

BESCHLUSSBUCH

15. ORDENTLICHE LANDESKONFERENZ
DES JUSO-LANDESVERBANDES NRW

8. & 9. OKTOBER 2016



DEINE BILDUNG

DEINE MOBILITÄT

DEINE DASEINSVORSORGE

INHALT

Übersicht der Beschlüsse.....	4
Arbeitsprogramm.....	9
Bildung und Ausbildung.....	23
Europa und Internationales	41
Feminismus und Gleichstellung	51
Integration und offene Gesellschaft.....	55
Justiz und Innenpolitik	71
Kultur und Medien	77
Nachhaltige Wirtschaftspolitik.....	81
Organisationspolitik	89
Resolutionen.....	93
Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.....	99
Wohnen, Infrastruktur und Mobilität.....	103
Initiativanträge.....	111

Juso-Landesverband NRW
Kavalleriestraße 16
40213 Düsseldorf

Telefon 0211.13 622-325
E-Mail info@nrwjusos.de
www.nrwjusos.de

Verantwortlich: Sandra Kaiser
Gestaltung: Felicitas Horstschäfer

ÜBERSICHT DER BESCHLÜSSE

Arbeitsprogramm	7
A 1 NRW bleibt stabil	9
Bildung und Ausbildung.....	21
B 1 Bildung gibt's nicht für lau! Investitionen in die Zukunft des Bildungssystems	23
B 2 UnnachieBBiG: Wir kämpfen für moderne Ausbildung!	30
B 3 Eine Schule für alle	35
B 4 Für eine geschlechtergerechte Sprache in Schulbüchern	38
Europa und Internationales.....	39
E 1 Ein Europa mit Zukunft	40
E 2 Die BoykotteurInnen boykottieren – Gegen das BDS Movement	45
E 3 Zu seinem Wort stehen! Internationalen Standort Bonn erhalten	46
Feminismus und Gleichstellung	49
F 1 Feminismus intersektional denken.....	50
F 3 Überdurchschnittlich hohe Lohndiskriminierung von Frauen in geringer besiedelten Räumen stoppen!.....	52

Integration und offene Gesellschaft	53
I 1 Zukunft statt Grenzen – Wir investieren in die Integrationsgesellschaft.....	54
I 3 Ausweitung der Revisionsklausel auf rückwirkende Kostenerstattung der kommunalen Flüchtlingsunterbringung für das Jahr 2015.....	65
I 4 Die AfD und die Burschis - Es wächst zusammen, was zusammen gehört	66
 Justiz und Innenpolitik	 69
J 1 Unterstützung von Opfern sexualisierter Gewalt im Strafverfahren.....	70
J 2 Nein heißt Nein heißt Nein heißt Nein!.....	71
 Kultur und Medien	 75
K 1 Gebt die Wand frei! – Legale Wände für Graffiti-Künstler*innen.....	76
K 2 Archivrechte reformieren	77
 Nachhaltige Wirtschaftspolitik.....	 79
N 1 Energiewende gestalten! Ökologisch, ökonomisch und sozialverträglich.....	80
N 3 Wachstum durch Umverteilung – nicht andersherum!.....	83
 Organisationspolitik	 87
O 2 Unvereinbarkeitsantrag UETD.....	88
O 3 Digitale Kampagne ermöglichen.....	89
O 4 Barrierefrei im NRW-Neuland.....	90

Resolutionen 91

- R 1 Drei bildungspolitische Forderungen für eine gerechtere Schulpolitik nach der Landtagswahl in einer SPD-geführten Landesregierung – für gleiche Chancen für alle!..... 93
- R 2 Demokrat*innen beistehen – Solidarität mit unseren Schwesterorganisationen..... 95

Sozial- und Arbeitsmarktpolitik..... 97

- S 1 Kampf dem Union Busting! 99
- S 2 Gesetzlicher Mindestlohn – Eine Erfolgsgeschichte Weiterschreiben..... 100

Wohnen, Infrastruktur und Mobilität 101

- W 1 Bedarfsgerechter Wohnungsbau 103
- W 2 Belebet den Leerstand! 106

Initiativanträge..... 109

- INI 1 Wir sind die stärkste der Parteien
Anforderungen der NRW Jusos ans Wahlprogramm der NRWSPD..... 110

ARBEITSPROGRAMM

A 1 NRW bleibt stabil.11

NRW BLEIBT STABIL

AUSGANGSLAGE UND BEVORSTEHENDE HERAUSFORDERUNGEN

Die Welt ist im Wandel. Wir stehen vor großen Herausforderungen in sich immer schneller verändernden Zeiten: Soziale Spaltung, Rechtsruck und Terrorismus in Europa, Umgang mit Geflüchteten, die Energiewende (um nur wenige aktuelle Themen zu nennen). Es ist an uns mit diesen Herausforderungen umzugehen und sie zu meistern. Dafür benötigen wir eine klare, junge, linke und fortschrittliche Politik. Wir wollen unseren Kindern und EnkelInnen dereinst sagen können, dass wir alles getan haben, damals in den Krisenjahren.

Wir als NRW Jusos verstehen uns als Jugendverband der sich parteiintern sowie gesellschaftlich dafür einsetzt, dass eine linke, gerechte, vorsorgende und zukunftsfähige Politik für alle Menschen in unserem Bundesland und darüber hinaus erstritten wird. Wir haben dadurch gegenüber den jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen und auch gegenüber der SPD eine große Verantwortung, derer wir uns bewusst sind und derer wir uns stellen. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, haben wir uns in den letzten Jahren sehr gut aufgestellt und wollen daran auch in den nächsten zwei Jahren erfolgreich weiterarbeiten.

Wir haben uns auf der einen Seite durch die Zusammenarbeit mit BündnispartnerInnen in der Gesellschaft viele belastbare Kooperationen erarbeitet. Mit diesen streiten wir für gemeinsame Inhalte und setzen diese um, wo es möglich ist.

Auf der anderen Seite haben wir uns den Respekt der Partei erkämpft. Wir werden gehört und als ExpertInnen in vielen Bereichen geschätzt. Diese Position müssen wir weiter ausbauen und vor allem in einem Wahlkampfjahr darauf pochen, dass wir bei etwaigen Kontroversen auch weiterhin ernst genommen werden.

Seitdem unsere NRWSPD wieder die Landesregierung führt, verschieben sich die Entscheidungen zunehmend weg von der Partei und ihren Gremien, hin zur Landesregierung. Auch mussten wir in der Vergangenheit in wichtigen Themen hinnehmen, dass Entscheidungen getroffen wurden, ohne die Partei zu beteiligen. Zudem fällt auf, dass VertreterInnen der NRWSPD, sich nicht immer an Beschlüsse des eigenen Landesparteitags halten, beispielsweise bei der Abstimmung zur Vorratsdatenspeicherung. All dies scheint uns eine problematische Folge der Ausrichtung auf Regierung und Regierungspolitik zu sein, die dringend angesprochen und verändert werden muss. Denn der Wahlkampf in Rheinland-Pfalz hat gezeigt, dass sich eine klare Haltung auch bei schwierigen und unbequemen Themen auszahlt. Nachdem wir 2005 die Landtagswahlen in NRW verloren hatten, haben wir eben diese Verschiebung von Entscheidungen und die fehlende Beteiligung der Partei als zwei der Hauptgründe für die Niederlage ausgemacht. Die Beteiligungsmöglichkeiten zum Aufstellen des Wahlprogramms zeigen, dass die Partei beteiligungsorientiert arbeiten kann. Dies ist ein Erfolg von vielen jungen GenossInnen in NRW und daran gilt es auch in Zukunft anzuknüpfen.

Auch und gerade die Bundespolitik benötigt unsere Einmischung. Wir Jusos haben uns mehrheitlich gegen eine große Koalition auf Bundesebene ausgesprochen, die Mehrheit der Partei war jedoch dafür. Als DemokratInnen akzeptierten wir diese Mehrheitsentscheidung. Wir wissen allerdings noch sehr genau, warum wir der derzeitigen Koalition skeptisch gegenüber standen und immer noch stehen. Daher kämpfen wir auch weiterhin für linke Mehrheiten diesseits der Union.

Für viele von uns war es in den letzten Jahren nicht immer leicht, Mitglied unserer Partei zu sein und sich immer wieder neu zu motivieren weiter zu machen: Auch deshalb müssen wir alles dafür tun, dass es nicht zu einer Landesregierung mit CDU-Beteiligung kommt. Denn ohne uns, auch oft als innerparteilicher Opposition, würde die SPD weitaus schlechter dastehen als sie es jetzt schon tut. Wir haben die Studiengebühren abgeschafft, haben den Bildungsurlaub für Azubis mit durchgesetzt und arbeiten gerade an einem landesweiten Azubi-Ticket, das Auszubildenden ähnliche Konditionen bieten soll wie das Semesterticket den Studierenden. Die NRW Jusos gestalten damit konkrete Politik in diesem Land – und werden damit weitermachen. Trotz der Wahlkämpfe im nächsten Jahr und unseren realpolitischen Erfolgen dürfen wir die Entwicklung neuer progressiver Ideen nicht vernachlässigen. Denn die Welt steht an einem Scheideweg, da braucht es neue linke Antworten.

In den USA bekommt ein frauenfeindlicher, unzurechnungsfähiger und populistischer Donald Trump extrem viel Zuspruch und hat gute Chancen der nächste Präsident zu werden. In der Türkei unternimmt der Autokrat Erdogan alles dafür um die Türkei wieder ins „Mittelalter“ zu führen. In Großbritannien entscheidet sich die knappe Mehrheit der WählerInnen, der europäischen Idee den Mittelfinger zu zeigen. In Frankreich, Ungarn, Österreich, Polen und auch in Deutschland gewinnen rechtspopulistische, antieuropäische und nationalistische Parteien an Zulauf und machen Stammtischparolen salonfähig. In diesen Zeiten des nationalistischen und ultrakonservativen Rückfalls ist ein schlüssiger emanzipatorischer Gegenentwurf von links und eine klare Haltung notwendiger denn je. Wer muss diesen liefern und wer kann diesen liefern? Das sind wir. Mit anderen jungen Menschen und BündnispartnerInnen zusammen.

DIE ZUKUNFT GIBT ES #NICHTFÜRLAU – DIE GESCHICHTE WEITER ERZÄHLEN

In den letzten zwei Jahren war grundlegend für unsere Kampagne, unsere progressiven politischen Lösungen klar zu formulieren, für sie zu werben und sie schließlich durchzusetzen. In unserer Kampagne „Zukunft gibt's nicht für lau!“ haben wir allen gezeigt, was wir damit meinen: Investieren! Und zwar investieren in Mobilität, öffentliche Daseinsvorsorge und Bildung. Wer eine gute Zukunft will, muss schon heute etwas dafür bezahlen. Damit der Staat die Voraussetzungen für eine gute Zukunft schaffen kann, muss er mit den nötigen finanziellen Mitteln und Möglichkeiten ausgestattet sein. Denn nicht das Mantra der „Schwarzen Null“ bringt die Gesellschaft voran, sondern das Organisieren des sozialen Zusammenhaltes.

Ziel unserer Kampagne war es, das an uns und unserer Interpretation von Zukunftsthemen in NRW kein Weg vorbeiführt und wir die Chance ergreifen, unsere Themen im Wahlprogramm 2017 der NRWSPD zu verankern. Dies haben wir zum Teil geschafft und arbeiten noch weiter daran. Das bedeutet nun, dass wir mit unseren Themen der Zukunft, wie z.B. dem Azubiticket in den Wahlkampf gehen um dort dafür zu werben.

Aber es heißt auch, dass wir mit der Kampagne was bewegen konnten. Daher wollen wir diese auch weiterhin fortführen und weitere Kampagnenbausteine erschließen, die für uns eine gute Zukunft bedeuten. Das bedeutet gleichwohl, dass der Staat die Voraussetzungen für eine gute Zukunft gestalten kann. Daher fordern wir weiterhin, dass die öffentliche Hand weiterhin mit den nötigen finanziellen Mitteln und Möglichkeiten ausgestattet wird. Die staatlichen Einnahmen müssen durch eine verantwortungsvolle, gerechte Steuerpolitik (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Finanztransaktionssteuer, Körperschaftssteuer, Kapitalertragssteuer) erhöht werden. Mittelfristig fordern wir die Rücknahme der Schuldenbremse. Kurzfristig soll der gesamte Spielraum der aktuellen Gesetzeslage für Zukunftsinvestitionen ausgenutzt werden.

Mit der Kampagne „Zukunft gibt's nicht für lau!“ wollen wir in den nächsten Jahren die Handlungsfelder im Bereich der Stadt- und Regionalentwicklung, der Strukturpolitik, NRW als Wissenschaftsstandort und die Förderung in den sozialpolitischen Bereich stärker fokussieren, z.B. durch gesundheits- und rentenpolitische Debatten sowie die Unterstützung von jungen Familien. Denn auch und gerade junge Familien müssen dabei verstärkt Berücksichtigung finden. Weit über die Frage nach Kinderbetreuungsmöglichkeiten hinaus, müssen wir Wege finden, das Leben junger Familien durch entsprechende Maßnahmen und Investitionen besser und einfacher zu machen. Dabei müssen quartierspezifische Maßnahmen genauso mehr Berücksichtigung finden, wie die Frage nach dem Umgang mit haushaltlichen Aufgaben, dem oft vergessenen Glied im Spannungsfeld zwischen Familie und Beruf. Junge Familien sind unsere Zukunft und somit gibt's die auch nicht für lau.

DAS WAHLKAMPFJAHR 2017

Nach dem stetigen Vertrauensverlust der NRWSPD bis 2005, konnte seit 2010, zunächst in einer Minderheitsregierung, und 2012, wieder mit einer stabilen Mehrheit, Vertrauen bei den Menschen in NRW zurückgewonnen werden. Damit ist die NRWSPD aber noch nicht wieder dort, wo sie zu ihren erfolgreichsten Zeiten in NRW war und wo sie hingehört. Viele Menschen vermissen eine „neue“ sozialdemokratische Geschichte die die SPD klar von anderen Parteien unterscheidet. Ansätze gibt es vor allem in NRW: „Kein Kind zurücklassen“ – die Idee vorsorgender und präventiver Politik steht beispielhaft für eine gerechte und zukunftsweisende Politik.

Mit unserer Kampagne „Zukunft gibt's nicht für lau“ haben wir es geschafft, das Erfolgskonzept „Kein Kind zurücklassen“ auf weitere politische Themenfelder zu übertragen. Wir brauchen eine Politik, die unsere Gesellschaft nicht gegeneinander ausspielt, schon gar nicht, mit Blick auf die

Geflüchteten, die Schwächsten gegen die Schwachen. Vermögen sind in Deutschland extrem ungleich verteilt. Diese Verteilung gilt es zu verändern, damit wir alle von diesem Wohlstand profitieren. Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Soziales sind keine Schulden! Sie sind Anlagen in die Zukunft und Lebensgrundlage von morgen! Sie müssen dafür sorgen, dass ältere Generationen nicht von Altersarmut betroffen sind. Das ist vorsorgende und gerechte Politik für alle Generationen. Unsere dort aufgestellten Forderungen wollen wir jetzt in das Wahlprogramm der NRWSPD bringen.

Der 13. März 2016 war kein guter Tag für die Demokratie insgesamt und für die Sozialdemokratie im Speziellen. In drei Landtagswahlen erzielte die AfD zweistellige Ergebnisse, die SPD kam zweimal heftig unter die Räder. Wir alle sehen spätestens nach diesen Wahlen deutlich, dass sich die Parteienlandschaft in Deutschland gravierend verändert hat – und dass wir darauf dringend neue Antworten geben müssen. Antworten, die nicht „aus der Hüfte geschossen kommen“ sondern auf unseren Werten und Überzeugungen basieren.

Gleichzeitig scheinen sich unsere Sorgen bezüglich der SPD in der großen Koalition derzeit zu bestätigen. Nach drei Jahren muss man sich inzwischen fragen, inwiefern die Regierungsbilanz im Hinblick auf unser Grundsatzprogramm und unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität noch positiv ausfällt. Guten Gesetzen wie dem Mindestlohn stehen solche wie Asylrechtsverschärfungen oder die Vorratsdatenspeicherung gegenüber. Deshalb sollte man auch kritisch analysieren, ob die schlechten Umfragewerte für die SPD wirklich aufgrund eines Vermarktungsproblems oder nicht doch wegen der Inhalte zustande kommen. Es muss sich dringend etwas ändern, damit die SPD bei den Bundestagswahlen 2017 überhaupt so abschneidet, dass eine Koalition ohne Konservative möglich wird.

Im Wahljahr 2017 wollen wir NRW Jusos für die Landtagswahl einen eigenständigen Jugendwahlkampf führen und damit unsere Themen auf die Straße und zu den WählerInnen bringen. Wir wollen sowohl bei der Landtagswahl als auch bei der Bundestagswahl Juso-Kandidaturen unterstützen und diese bekannt machen.

Für die Landtagswahl wollen wir den Unterbezirken und Kreisverbänden eine Bulli-Tour, Materialien, Argumentationskarten, ein Handbuch für Wahlkampf-Aktionen und Social Media Vorlagen zur Verfügung stellen. Außerdem wollen wir Wahlkampfschulungen anbieten und eine Austausch-Gruppe für WahlkämpferInnen in den Sozialen Medien anbieten.

Neben dem Wahlkampf vor Ort werden wir NRW Jusos auch zentrale Wahlkampfkaktionen durchführen. Hierzu möchten wir auch andere Landesverbände und Bezirke einladen, uns im Wahlkampf zu unterstützen.

Ohne Übertreibung werden diese Wahlen richtungsweisend und wir werden mit anderen dafür kämpfen, dass es in NRW und im Bund keine Wiederholung des 13. März gibt.

INTERNATIONALISMUS

Klar ist, dass die EU aktuell in einem schlechten Zustand ist. Nicht nur, dass die Solidarität innerhalb der europäischen Staatenfamilie an einem Tiefpunkt angekommen ist, auch und gerade unter Demokratie-Aspekten gibt es eine Menge Versäumnisse. Würde die EU einen Mitgliedsantrag bei der EU stellen, er müsste abgelehnt werden. Nicht erst seit dem Brexit stellt sich die Frage nach der Zukunft Europas. Die europäische Idee wird von verschiedenen AkteurInnen unterschiedlich gedeutet und ebenso ist unklar, was mit „föderalem Europa“ gemeint ist. Wir werden in den nächsten zwei Jahren tragfähige Konzepte zur Kompetenzverteilung erarbeiten und „unsere“ Visionen für ein Europa der Zukunft entwickeln.

Doch Europa ist nicht nur bloße Struktur. Europa muss mehr sein. Wir müssen mit Europa den hier lebenden Menschen eine Zukunft bieten, für die es lohnt sich einzusetzen. Die Politik der EU muss weg von der rein wirtschaftlichen Dimension hin zu einer wirklichen Solidargemeinschaft, in der die Menschen, vertreten durch ihre Staaten, füreinander eintreten. Diese Dimension ist notwendig um Menschen von der EU zu überzeugen.

So leidet Europa unter dem unsinnigen Austeritätsregime, das besonders in Südeuropa Wohlstand zerstört und Wachstum verhindert. Wir müssen einen Politikwechsel organisieren, der die Abkehr vom Austeritätsdogma einleitet und so die soziale Situation der Menschen – vor allem im Süden Europas – verbessert. Denn auch in Europa gilt: Die Zukunft gibt's nicht für lau. Die Finanzmärkte, die Europa erst in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen ließen, sind immer noch nicht so reguliert, wie wir es fordern. Diesen Missstand gilt es weiter zu bekämpfen.

Währenddessen geht das Sterben im Mittelmeer weiter. Noch immer sterben Menschen bei dem Versuch die Mauern der Festung Europa zu überwinden. Wir setzen uns weiterhin für ein Europa der offenen Grenzen ein, für sichere Einreisewege und für ein Bleiberecht für alle! In den nächsten zwei Jahren werden wir die Asylpolitik Europas und Deutschlands weiter kritisch begleiten und solidarische Gegenentwürfe erarbeiten.

Die NRW Jusos stehen für ein Europa der Menschen und des friedlichen Miteinanders. Wir leben Europa aktiv und zeigen das auch deutlich mit YES-Logo und -Flagge. Wir koordinieren die europäische Arbeit intern und treffen uns mit allen Interessierten regelmäßig. Dass wir dabei mit uns nahestehenden Verbänden zusammenarbeiten, ist selbstverständlich. Im kommenden Jahr stehen zwei wichtige Wahlkämpfe bei uns an, die auch im europäischen Kontext gedacht und umgesetzt werden müssen. Wir werden zeigen, dass wir für ein NRW in Europa stehen und uns somit klar von rechten Tendenzen einiger politischer Kräfte absetzen.

Gemeinsam mit YES und PES kämpfen wir für ein Europa mit Zukunft. Die Zusammenarbeit mit Verbänden in den Nachbarländern führen wir weiter und organisieren einen regelmäßigen Austausch. Innerhalb der Bundesjusos setzen wir uns für eine weitere Stärkung der internationalen Arbeit ein. Neben der Sozialdemokratie haben neue linke Kräfte in mehreren Ländern Europas große Erfolge erzielt. Nicht selten sind die progressiven Forderungen gemischt mit linkem Populismus. Immer wieder treten auch dort menschenfeindliche Tendenzen, insb. Antisemitismus auf. Wir wollen uns auch mit diesen Bewegungen auseinandersetzen und über die Strukturen der Europäischen Linken der Zukunft diskutieren.

Unser internationalistischer Ansatz gilt natürlich nicht nur für Europa. Auch darüber hinaus wollen wir uns gemeinsam mit unseren Bündnispartner*innen für eine progressive und gerechte Politik einsetzen. Dabei muss es auch darum gehen die Ausbeutung des globalen Südens durch die Länder des globalen Nordens nachhaltig zu beenden, um jungen Menschen überall auf der Welt gute Perspektiven zu ermöglichen.

AUSBILDUNG UND ARBEIT

Crowd- und Clickworking, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Flexibilisierung – diese Überschriften bestimmten die Veränderung des Arbeitslebens in den letzten Jahren. Gibt es noch ein „Normalarbeitsverhältnis“? Und wenn ja – wie viele? Warum sprechen Unternehmen vom Fachkräftemangel, während viele Jugendliche keinen Ausbildungsplatz bekommen? Diesen und weiteren Fragen werden sich die NRW Jusos stellen müssen.

Neue Formen der Erwerbsarbeit erschweren die betriebliche und überbetriebliche Arbeit von Interessenvertretungen. In welcher Form lassen sich Clickworking und Home Office in Betriebsverfassungsgesetz und Co. vielleicht integrieren? Kann der Prozess der Digitalisierung und der Verflachung von betrieblichen Hierarchien nicht auch eine Chance sein, mehr Entscheidungsprozesse in die Hände der Belegschaften zu geben? In welcher Form könnte eine neue Demokratisierungsoffensive in Unternehmen und Betrieben vorangetrieben werden? Neben der Erörterung dieser Fragen gehört die Vermittlung von Basiswissen zur betrieblichen und tariflichen Interessenvertretung zur Arbeit in den nächsten zwei Jahren.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleibt in der politischen Debatte oft nicht mehr als eine Überschrift. Wie lassen sich die Übergänge von Erziehung, Weiterbildung oder Familienpflege gerecht gestalten, ohne dass die Arbeit unbedingt aufgegeben werden muss? Bedeuten neue Arbeitszeitmodelle nur mehr Flexibilität für die Unternehmen oder können sie auch neue Freiräume für Arbeitende erschließen?

Für Click- und CrowdworkerInnen ergeben sich viele Schwierigkeiten, um sich einer Sozialversicherung anzugliedern. Dieses Problem kennen Selbständige genauso gut. Gerade ExistenzgründerInnen gehen ein besonderes Risiko ein, wenn sie (auch mangels Kapital) sich in ein berufliches Abenteuer stürzen und am Ende ohne Absicherung dastehen. Die Veränderungen im Bereich der freien und selbständigen Berufe (z.B. ÄrztInnen, AnwältInnen, SteuerberaterInnen), mit dem gesteigerten Interesse an regelmäßigen und sozial abgesicherten Jobs, müssen näher betrachtet werden. Wir wollen in den nächsten zwei Jahren Ideen weiterentwickeln (Stichwort: BürgerInnenversicherung), um Innovation und soziale Absicherung in einen Gleichklang bringen zu können.

Die Kampagne der Gewerkschaftsjugend zur Novellierung des Berufsbildungsgesetzes findet im Verband seine volle Unterstützung. Die Forderungen müssen durch Jusos auf Parteitag gestellt

werden. Jegliche Form der Mobilisierung für ein Berufsbildungsgesetz, das unter anderem Schluss macht mit Mini-Ausbildungsvergütungen und der Ungleichbehandlung von Auszubildenden und Studierenden im Betrieb, wird durch die NRW Jusos in den nächsten Jahren begleitet und verstärkt. Insgesamt werden wir als NRW Jusos den Kontakt zu jungen Menschen in Ausbildung und/oder Verbundstudium intensivieren. Hierzu gehört die Auswahl unterschiedlicher Anspracheformate. Dazu können unter anderem unkonventionelle Treffen mit Jugend- und AuszubildendenvertreterInnen, das Gespräch mit den Gewerkschaftsjugendlichen, der Kontakt zu den Berufsschulen oder auch die Basisansprache in den Sozialen Netzwerken gehören. Dabei muss es einerseits darum gehen, die unterschiedlichen Lebensrealitäten von jungen Menschen in Unternehmen und Betrieben kennenzulernen. Andererseits ist es genauso wichtig, die Jusos als Verbündeten von Azubis und Studierenden zu präsentieren. Damit kann die Akzeptanz demokratischer Überzeugungsarbeit in der Fläche gestärkt werden.

Viele Unternehmen verzichten mittlerweile auf eine reguläre Duale Ausbildung und bieten auch im gewerblichen Bereich Verbundstudiengänge an, die einerseits einen Studienabschluss und andererseits einen IHK-Berufsabschluss umfassen können. Für AbsolventInnen von Haupt- und Realschulen stehen diese Bildungsgänge nicht offen. Gleichzeitig sprechen Unternehmen von Fachkräftemangel und erkennen SchulabsolventInnen die Ausbildungsfähigkeit ab. Diese Entwicklung ist entschieden abzulehnen. Deswegen werden wir uns auch weiterhin für eine Ausbildungsplatzumlage einsetzen!

Hält das Berufsschulsystem mit seiner veralteten Schulordnung den Anforderungen des 21. Jahrhunderts Stand? Wie kann man Unterrichtsausfall minimieren und der Berufsschule als Standbein der Dualen Ausbildung neuen Schub geben, auch für die politische Bildung junger Menschen? Wie kann man Dual Studierende stärker in das Schul- und Ausbildungssystem integrieren? Zur Klärung dieser Fragen ist es wichtig, sich im Detail das Duale Ausbildungssystem anzuschauen und das Handeln der Akteure, wie Unternehmen, Kammern, Berufsschule und Gewerkschaften in einer kritischen Bestandsaufnahme festzuhalten. Das Themenfeld Ausbildung und Berufsschule bedarf gerade im Bezug zur Gestaltung des Landtagswahlprogramms einer stärkeren Bedeutung.

Im Wahlkampf und im Zuge der Programmdiskussion wollen wir uns, auf Grundlage unserer Beschlüsse, für die Einrichtung des Azubi-Tickets einsetzen. Ergänzend hierzu werden wir uns auch für die Etablierung von Azubi-Wohnheimen stark machen. Nicht nur für den anstehenden Wahlkampf und die anstehende Programmdebatte wollen wir den Austausch mit den DGB-Gewerkschaften pflegen, um auch in der Partei unterstützenswerten Ideen aus diesem Bereich Gehör verschaffen zu können.

Während Erasmus und Co. unzählige Studierende zu Auslandsaufenthalten motiviert haben, stecken die Möglichkeiten des internationalen Austauschs für Auszubildende noch in den Kinderschuhen. Das soll so nicht bleiben. Größere Unternehmen mit Auslandsstandorten bieten bereits heute die Möglichkeit zur Hospitation außerhalb Deutschlands an. Die Europäische Union hat mit dem „Da Vinci“-Programm Anreize geschaffen, einen Teil der Ausbildung im Ausland verbringen zu können. Wir wollen die Möglichkeiten des internationalen Austauschs während der Ausbildung stärken. Und dabei soll der Schwerpunkt nicht nur in den Bereichen Sprachkurs, Werksbesichtigung oder der Mitarbeit im Werk liegen. Die Welt bietet mehr!

DEMOKRATIE UND PARTIZIPATION: DEN GEIST DER AUFKLÄRUNG WIEDERERWECKEN

In Deutschland und ganz Europa sind momentan reaktionäre Kräfte auf dem Vormarsch. Rechte PopulistInnen erobern die Parlamente und versuchen, gemeinsam mit einer erstarkten außerparlamentarischen Rechten (z.B. Pegida), die Meinungshoheit zu erlangen. Dieser neue Populismus und Rechtsextremismus wird begleitet von Phänomenen wie verstärktem strukturellen Antisemitismus und einer krassen Abgrenzung zu "denen da oben" - also Regierung, Parteien, Medien, Wissenschaft etc. - und "denen da unten" - also Geflüchteten, MigrantInnen, LGBTIQ* etc. Die einzigen Nachrichten, die in dieser Szene konsumiert werden, sind verschwörungsideologische Hetzseiten und faktenfeindliche "Alternativmedien". Diese Entwicklung umzukehren ist eine der größten Herausforderungen in der aktuellen Zeit. Wir brauchen eine neue Aufklärung und ein neues Verständnis von Demokratie und Partizipation in der Gesellschaft!

An das Projekt der Aufklärung wieder anzuknüpfen, heißt für uns, Demokratisierung und Selbstorganisation überall dort zu unterstützen und zu vertiefen, wo sie "von klein auf" und lebenslang stattfinden soll. Die Selbstbestimmung der Menschen muss politisch gefördert werden, aber sie kann nur "von unten" wachsen. Außerdem gilt: Demokratie kennt keinen Schaukelstuhl.

Deshalb wollen wir ausloten, wie Demokratie schon ab der KiTa gelebt werden kann. Hier möchten wir vor allem den Ansätzen und Erfahrungen unserer FreundInnen der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken stärkere Beachtung schenken.

Jugendliche Menschen brauchen Orte, an denen sie auf Gleichaltrige treffen und sich zurückziehen können. Wir wollen uns in der Partei dafür einsetzen, dass Jugendzentren und die Kinder- und Jugendbildungsarbeit gefördert und gestärkt wird. Selbst Verantwortung zu übernehmen und Strukturen zu gestalten, ist ein wichtiger Lernprozess. Deshalb werden wir uns auch für selbstverwaltete und autonome Jugendzentren, sowie soziale, kulturelle und ökologische Projekte stark machen.

In unseren Schulen und Hochschulen gibt es seit Jahrzehnten selbstorganisierte demokratische Kräfte. Und es gibt Gremien, die deren Beteiligung vorsehen. Die Selbstorganisationen der SchülerInnen und Studierenden wollen mitgestalten, haben aber einerseits häufig zu wenig Spielraum dafür und andererseits oftmals zu wenig organisatorische Unterstützung von den Institutionen, denen sie angehören. Wir wollen Vorschläge diskutieren, wie die Selbst(mit)bestimmung sowie organisatorische Unterstützung in Schulen und Hochschulen ausgeweitet und vertieft werden kann. Die Ausweitung von Demokratie und Mitbestimmung ist keineswegs nur ein Jugendthema. In gleicher Wichtigkeit betrifft sie andere Altersgruppen, für die wir sie ebenso erörtern wollen. Von zentraler Bedeutung ist für uns die politische Nachbarschaftsarbeit gerade in Wohngebieten, die gesellschaftlich abgehängt sind – durch Arbeitslosigkeit, unzulängliche Bildungszugänge, Zugang zu öffentlicher Daseinsvorsorge etc. Für solche Gebiete wollen wir gemeinsam mit unserer Partei nach Möglichkeiten suchen, wie wir – auch fernab von Wahlkämpfen – regelmäßig präsent sind, den Menschen Problemlösungsvorschläge machen und ihre Selbstorganisation/gesellschaftliche Partizipation stärken können. Unsere obersten Ziele müssen sein: das Leben der Menschen zu verbessern und Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Auch die Nutzung von bestimmten demokratischen Verfahren wie Nachbarschaftsversammlungen wollen wir prüfen. Ein zentrales Feld gesellschaftlicher Demokratisierungsanstrengungen bleibt für uns das Arbeits- und Wirtschaftsleben. Hier sehen wir uns als engste PartnerInnen der Gewerkschaften und ihrem Kampf für mehr Wirtschaftsdemokratie.

Demokratie mit neuem Leben zu füllen, heißt für uns auch, nach aktivierenden Ansätzen zu suchen. Wir wollen diskutieren, ob bestimmte Instrumente – wie z.B. die Wahlpflicht – sinnvoll sein können, um demokratische Partizipation wieder in die Breite zu tragen. Und wir wollen konsequent dafür einstehen, dass junge Menschen mehr teilhaben und damit demokratischer sozialisiert werden. Themen, die Jugendliche und Kinder betreffen, sind in der politischen Debatte und in den politischen Organen meist unterrepräsentiert. Dies liegt vor allem daran, dass Jugendlichen unter 18 Jahren auf Landes- und Bundesebene, und teilweise auch auf Kommunalebene, das aktive und passive Wahlrecht verwehrt wird. Eine Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre ist für uns auf allen Ebenen unerlässlich; auch weil Jugendlichen immer mehr Pflichten zugeschrieben werden. Jugendliche sind in diesem Alter sehr wohl urteilsfähig und ihre politischen Meinungen sind – gerade wegen des demographischen Wandels – zur Erhaltung der Generationengerechtigkeit von äußerster Wichtigkeit. Die stärkere Partizipation von Kinder und Jugendlichen ist uns wichtig, weil uns unsere Zukunft am Herzen liegt. Deshalb wollen wir uns der Stärkung von Projekten zur Kinderwahl (U16/U18 Wahl) widmen und uns mit dem Wahlrecht für Kinder auseinandersetzen. Es geht uns beim Wahlrecht aber nicht nur um die Partizipation von Jugendlichen, sondern wir wollen uns auch mit dem Wahlrecht für EU-BürgerInnen auf allen Ebenen, mit dem Wahlrecht für Geflüchtete und Geduldete, mit dem Wahlrecht für Obdachlose und allen anderen Menschen, die zur Zeit vom Wahlrecht nicht beachtet werden, auseinandersetzen. Des Weiteren wollen wir weiterhin konsequent für die Verankerung des Wahlrechts ab 16 in den Landes- und der Bundesverfassungen streiten.

Auch theoretische Ansätze zu mehr Partizipation – wie Elemente der direkten Demokratie – wollen wir kritisch unter die Lupe nehmen. Die meisten konkreten politischen Fragen lassen sich schlecht auf eine Ja/Nein-Frage reduzieren. Der Brexit hat erst kürzlich gezeigt, was für katastrophale Auswirkungen direkte Demokratie unter dem Einfluss von Populismus haben kann. Wir wollen echte und langfristige Partizipation statt Zufallspolitik durch Schnellschüsse! Gemeinsam wollen wir in den nächsten zwei Jahren, Ideen zur Mitbestimmung, die alle Menschen einbezieht und erreicht, in der repräsentativen Demokratie diskutieren.

Die Skepsis gegen Eliten und insbesondere die Wissenschaft rührt auch von einer wachsenden Ungleichheit zwischen dem allgemeinen Bildungsstand und dem aktuellen Stand der Forschung an unseren Hochschulen und anderen Forschungsstätten. Wir wollen neue Formate diskutieren, um aktuelle wissenschaftliche Forschung einer breiten Masse zugänglich zu machen. Dabei wollen wir die Rolle und Verantwortung von Politik und Wissenschaft im Sinne einer "neuen Aufklärung" beleuchten. Aufklärerische Ansätze können auch in der stärkeren inhaltlichen Einbindung der Entscheidungsbetroffenen liegen; etwa bei Verwaltungsentscheidungen über eine neue Stromtrasse. Erfahrungen aus entsprechenden Projekten wollen wir in unsere Programmatik einfließen lassen. Kritisch auseinandersetzen wollen wir uns auch mit dem Verhältnis von Staat und Religion. In den vergangenen Jahrzehnten erleben wir in unserer Gesellschaft eine starke Ausdifferenzierung der religiösen Landschaft. Das bietet auf der einen Seite für viele junge Menschen neue Chancen und die Freiheit, Lebensentscheidungen unabhängig von klerikaler Bevormundung zu treffen. Auf der anderen Seite stehen die Risiken des Erstarkens neuer fundamentalistischer Bewegungen. Wir wollen einerseits aus sozialistischer und feministischer Perspektive kritisch diskutieren, wie das verfasste Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Religion in die heutige Zeit einer demokratischen und aufgeklärten Gesellschaft passt, andererseits aber auch darüber nachdenken, wie wir die Religionsfreiheit stärken und Menschen vor Diskriminierung für ihre Religion – das gilt natürlich im Besonderen für die rassistischen Vorurteile gegen Menschen muslimischen Glaubens – schützen können.

#NEULAND – WIR WOLLEN ES GESTALTEN!

Wir leben in einem digitalen Zeitalter. Die Nachrichten überschlagen sich oftmals im Internet, eine Meldung ist mit einem Klick schneller raus als man es sich manchmal dachte und es besteht eine Kluft zwischen denen, die das Internet noch als "Neuland" bezeichnen und jenen, die sich fragen, wozu es ein Telefonbuch oder Straßenkarten auf Papier geben sollte. Doch was steckt da eigentlich alles zwischen? Wie verändert es unser Leben? Wir NRW Jusos bewegen uns in vielerlei Hinsicht im digitalen Raum und wollen diesen Themenkomplex zu einem zentralen Handlungsfeld unserer Arbeit machen und das Thema als Querschnitt auch bei anderen Arbeitsfeldern mitdenken. Wir sehen die Digitalisierung als große Chance, gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern (um beispielsweise Partizipationsmöglichkeiten auszubauen, Bildung zu demokratisieren, Arbeit zu erleichtern, aber auch um Arbeitsplätze zu schaffen), wollen aber die Risiken dabei nicht ausblenden (wie zum Beispiel Datenklau, UrheberInnenrechtsverletzungen) sondern Kontrollmöglichkeiten diskutieren. Dabei sehen wir Anknüpfungspunkte zu Themen wie Arbeit (Digitalisierung der Arbeitswelt, Home Office, ständige Erreichbarkeit, Wegfall von Arbeitsplätzen zur Digitalisierung...), Infrastruktur (öffentliches W-Lan, Breitbandausbau, Smartcities), Partizipationsmöglichkeiten (E-Government, digitale Stadtverwaltung) sowie zu unserer Grundrichtung als sozialistischer und feministischer Richtungsverband in der Frage, inwiefern Digitalisierung auch Herrschaftsstrukturen verändern und beeinflussen kann.

Wie sieht für uns die Netzpolitik und Sicherheitspolitik im Netz aus? Wie steht es um Datenschutz, Überwachung, Netzneutralität, UrheberInnenrecht, Kriminalität und Hass-Kommentare im und durch das Internet? Wie gehen wir mit künstlicher Intelligenz um? Wie steht es um die Gleichstellung im Netz? Auch im Bereich der Gesundheits- und Sozialpolitik spielt Digitalisierung eine immer größere Rolle und im Rahmen der Globalisierung rückt digitales Geld immer mehr in den Fokus der Lebenswirklichkeiten.

Letztlich gehört dazu aber auch der verbandsinterne Bereich der Social Media. Wir müssen eruieren, welche Angebote und Möglichkeiten wir für unsere Kommunikation intern wie nach außen nutzen wollen und insbesondere im Wahlkampf werden wir die richtigen Wege nutzen und anwenden müssen. Daher muss dieser Bereich auch in unserer Bildungsarbeit Berücksichtigung finden.

SOZIALISMUS

Als sozialistischer Richtungsverband haben die NRW Jusos zwei herausragende Aufgaben: Einerseits die sozialistische Grundlagen- und Bildungsarbeit, die mit niedrigschwelligen Angeboten den Einstieg in die theoretischen, historischen und aktuellen Grundlagen der ArbeiterInnenbewegung bieten soll. Auf der anderen Seite erfordern Arbeit 4.0, die fortschreitende Globalisierung und der Trend zu "Flatrates" in allen Lebensbereichen eine neue Antwort auf die Frage, was sozialistische

Politik im Jetzt und Hier eigentlich bedeutet. Reicht es aus, bei der Herleitung des Interessensgegensatzes nur von Kapital und Arbeit zu sprechen? Oder umfasst der Interessensgegensatz im digitalen Alter nicht noch mehr Lebenssphären?

Sozialistische Arbeit ist immer auch internationalistische Arbeit. JungsozialistInnen nehmen die internationale Arbeit ernst und machen dies beispielsweise durch internationale Bündnisarbeit und die Teilnahme an internationalen sozialistischen Festivals auch in der Praxis deutlich. Während der Kapitalismus zum Beispiel durch grenzenlosen Waren- und Zahlungsverkehr ohne Rücksichtnahme seine internationalistische Ausrichtung beweist, fällt auf unserer Seite die klare Definition unserer Ideen offenbar schwer. Wie lautet unsere Antwort auf Marktradikalismus und Armut? Wie können wir unsere internationalen Netzwerke besser nutzen, damit Geflüchtete geschützt, Fluchtursachen bekämpft und Unterdrückung in anderen Ländern bekämpft werden können? Dieser Fragestellung werden wir uns widmen.

Im nationalen wie internationalen Kontext ist eine kritische Auseinandersetzung mit Märkten erforderlich, um grundlegende Veränderungen von Herrschaftsverhältnissen zu begreifen und sozialistische Alternativen zu formulieren. Es ist nicht verhandelbar, dass durch CETA und TTIP, sowie anderen Freihandelsabkommen, versucht wird, neoliberale Herrschaftsstrukturen durch Investorenschutz und Privatisierungsdruck weiter auszubauen und damit Entdemokratisierungsprozesse einzuleiten. Gerade jetzt in Europa verdeutlicht Deregulierung und Privatisierung, wie Marktzwänge demokratische Entscheidungsprozesse im Interesse kleinerer Klientel unterbinden und somit vernachlässigte Arbeitnehmer*innen in die Hände rückschrittlicher Kräfte treiben, die à la AfD Ungleichheiten durch rassistische Alternativen reproduzieren.

Es ist daher unsere grundlegende Aufgabe, weiterhin sozialistische Alternativen gegenüber neoliberalen, wie rassistischen Dogmen zu formulieren und daher in puncto Wirtschaft, mehr Wirtschaftsdemokratie und Fesselung der Märkte zu fordern! Eine rein auf nationalistische Interessen begrenzte Globalisierungskritik kann keine vernünftige Alternative zu neoliberalen Dogmen sein!

Wir beobachten in unserer Gesellschaft aber auch positive Entwicklungen, die es im Gegenteil zum Ausbau neoliberaler Machtstrukturen zu fördern gilt:

Während die CD- oder Plattensammlung ebenso wie das eigene Auto in vergangenen Zeiten als Statussymbole galten, nutzen immer mehr Menschen heute Streaming- und Car-Sharing-Dienste. Anhand dieser Entwicklung ist die Frage zu untersuchen, ob das fast einem Fetisch ähnelnde Begehren nach Eigentum sich in unserer Gesellschaft verflüchtigt. In den kommenden zwei Jahren wollen wir uns deswegen der Diskussion stellen, was Eigentum im digitalen Zeitalter bedeutet und wie ein alternativer Eigentumsbegriff aussehen kann.

Wir stellen fest: Die kapitalistische Wirtschaftsweise hat sich in den letzten Jahren im Positiven, wie im Negativen erheblich verändert. Dies hat auch Auswirkungen auf die Entwicklung von Herrschaftsverhältnissen im positiven, wie im negativen Sinne. Während die Plattenindustrie vor 15 Jahren noch maximal hohe Preise für Musikalben diktieren konnte, beschwert sie sich heute über die bekannten Streaming-Dienste. Wo früher Konzerne ganze Produktionsketten von oben bestimmen mussten, ermöglicht Industrie 4.0 heute passgenaue Produktionslösungen bei flacheren betrieblichen Hierarchien und minimiertem Risiko. Diese Entwicklungen gilt es zu beobachten und zu fördern. Werden in der fortwährenden Entwicklung die klassischen personifizierten UnternehmerInnenfunktionen noch notwendig sein? Wenn die Wirtschaftsweise kleinteiliger und effizienter wird - sind hierarchische Strukturen überhaupt noch notwendig?

Sozialismus ist für uns JungsozialistInnen mehr als eine Antwort auf kapitalistische Eigentums- und Machtkonzentration. Er ist ein eigenständiges Wirtschaftskonzept und auch Lebensgefühl, das die Befreiung des Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Hier gilt es, eine Bestandsaufnahme zu leisten, um gesellschaftliche und andere Zwänge kennzeichnen zu können. Aus dieser Bestandsaufnahme ist eine moderne Definition sozialistischer Ziele - im Rahmen einer Perspektivdiskussion - zu entwickeln. Vielerorts wird der Sozialdemokratie unterstellt, keine "Erzählung" mehr zu haben. Ziel unserer Perspektivdiskussion muss es sein, Impulse für eine moderne Erzählung der Sozialdemokratie zu liefern.

SOLIDARITÄT STATT AUSGRENZUNG! - DIE SPALTUNG DER GESELLSCHAFT ÜBERWINDEN

Die seit Jahrzehnten wachsende Spaltung in der Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschärft. Während das Kapital die Krise längst überwunden hat und sich unnachgiebig gierig in neuen Profitstrategien austobt, wird die Gruppe der vom System Abgehängten und Ausgestoße-

nen immer größer. Die Folge dieses Konkurrenzkampfes im Kapitalismus sind Abstiegsängste und Ausgrenzung, die sich in letzter Zeit immer wieder in Form von blankem Rassismus explosionsartig geäußert haben. Wir kämpfen für ein gutes Leben für alle Menschen und gegen jede Form von Diskriminierung! Unser Kampf ist ein solidarischer Kampf, den wir gemeinsam mit unseren Genossinnen und Genossen auf der ganzen Welt und immer an der Seite der Verdamnten dieser Erde bestreiten!

Der Diskurs über Rassismus hat sich in letzter Zeit weit verschoben – nach rechts. Mit der AfD ist aktuell eine Partei erfolgreich, die offen rassistisch argumentiert, gegen Minderheiten hetzt und es dennoch schafft, dass ihre Thesen als diskussionswürdig wahrgenommen werden. Aus allen Löchern kriechen nun die RassistInnen, befreit von der Angst für ihren Hass verurteilt zu werden und wüten in Kommentarspalten, hetzen in Talkshows oder basteln Brandsätze.

Wir stehen für die solidarische Gesellschaft der Freien und Gleichen, in der alle Menschen ohne Angst vor Diskriminierung leben können. Der Antifaschismus begleitet uns als Grundüberzeugung in unserer alltäglichen politischen Arbeit. In den kommenden zwei Jahren wollen wir uns weiter mit dem Rechtsdrift in der Gesellschaft und dem neuen Populismus auseinandersetzen und solidarische Gegenentwürfe zeichnen. Wir werden weiterhin gegen Nazis auf die Straße gehen und in breiten gesellschaftlichen Bündnissen den Nazis keinen Meter überlassen. Außerdem werden wir uns gemeinsam für den Wahlkampf rüsten und Umgänge mit den Rechten während dieser Zeit erarbeiten.

Unsere Idee einer guten Gesellschaft lässt alle Menschen an der Ausgestaltung dieser Gesellschaft teilhaben. Wir wollen erarbeiten, wie erfolgreiche Integration und Inklusion gestaltet werden kann. Dabei stehen wir solidarisch an der Seite der Geflüchteten, die zu uns gekommen sind. Wir werden den Kontakt zu zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bündnissen im Bereich der Flüchtlingshilfe suchen. Daher werden wir kritisch analysieren und evaluieren, wie das Land NRW aus den Herausforderungen des letzten Jahres lernen kann, um in Zukunft besser aufgestellt zu sein.

Weiterhin werden wir uns mit der wachsenden Armut und Ungleichheit in der Gesellschaft auseinandersetzen. Dabei werden wir uns die Lebenssituationen von verschiedenen Menschen, die von staatlichen Leistungen abhängig sind, auseinandersetzen. Wir werden die besonders prekäre Situation von Frauen in Armut beleuchten.

Wir lassen nicht zu, dass einzelne benachteiligte Gruppen gegeneinander ausgespielt werden, sondern kämpfen für ein gutes Leben für alle Menschen.

Innerhalb der letzten Monate ist es auch in Europa immer wieder zu grausamen Gewalttaten gekommen, bei denen auf brutale Weise viele Menschen gewaltsam aus dem Leben gerissen wurden. Wir verurteilen jede Form von Terror und Gewalt, sei es von AnhängerInnen des Islamischen Staates oder rechtsextremen Gruppen und EinzeltäterInnen wir AmokläuferInnen!

Die Antwort der Politik auf diese Anschläge ist immer wieder die gleiche: Verschärfung von Überwachung, Einschränkung von Freiheitsrechten. Nur gebracht hat das leider bisher wenig. Unsere Idee von Sicherheit schränkt Freiheit nicht ein, sondern garantiert diese. Wir wollen in den nächsten beiden Jahren diskutieren, was für uns eine aktuelle sozialistische Sicherheitspolitik, unabhängig von Herkunft, Religion und Gesinnung der TäterInnen, konkret bedeutet und welche Rollen Präventionsprogramme, Sozialarbeit und Sicherheitsbehörden in einem zeitgemäßen Sicherheitskonzept einnehmen müssen.

FEMINISMUS

Weil es nicht oft genug gesagt werden kann: Wir NRW Jusos sind ein feministischer Richtungsverband. Wir wollen, dass alle Menschen gleiche Chancen haben und selbstbestimmt und frei von Diskriminierung leben können. Bisher ist die Gleichstellung der Geschlechter in unserer Gesellschaft nicht erreicht, die stereotypen Geschlechterbilder prägen nach wie vor sämtliche Bereiche unseres Lebens. Sexistische Werbung, sexualisierte Gewalt, männlich dominiertes Redeverhalten und ungleiche Bezahlung sind nur einige Beispiele dafür.

Da das Thema in alle gesellschaftlichen Teilbereiche hineinwirkt und Lebensräume betrifft, wollen wir uns auch mit Feminismus im internationalen Kontext beschäftigen. Feminismus ist kein Frauenthema. Feminismus ist ein Thema, mit dem sich alle Geschlechter befassen sollen, denn bei Feminismus geht es uns nicht um "Männerhass", sondern darum, der strukturellen Diskriminierung von Frauen* entgegenzuwirken.

Ebenso rückt im Rahmen der erstarkenden rechten Bewegung gerade im europäischen Raum der Themenkomplex Antifeminismus und wie dagegen vorgegangen werden kann in den Fokus. Wir wollen uns selbstkritisch damit beschäftigen, wie wir unser Bild des Feminismus nach innen und außen vermitteln, ohne dabei direkt auf Abwehrreaktionen und Ängste zu stoßen.

Wir werden Feminismus weiterhin als Querschnittsthema bei all unseren Themen, Aktionen und Stellungnahmen beachten. So werden wir die bereits etablierte feministische Viertelstunde beibehalten, ebenso wie das jährliche Forum Feminismus vor dem Sommerfest der NRW Jusos. Auch werden wir in unseren Veröffentlichungen, wie etwa dem Verbandsmagazin, auf eine ausgewogene Repräsentation der Geschlechter achten.

Insgesamt reicht unser Verständnis von Feminismus und Gleichstellung weiter als die Gleichstellung zwischen Mann und Frau. Denn längst nicht alle Menschen finden sich in diesen Kategorien wieder. Während die Gesellschaft meist nur zwischen den beiden Geschlechtern "Mann" und "Frau" unterscheidet, gibt es weitaus mehr geschlechtliche Identitäten, die in unserer Sprache aber keinen Ausdruck finden. Unser langfristiges Ziel muss die Überwindung dieses binären kategorialen Denkens sein. Daher wollen wir uns verstärkt mit der Bewegung des Queer-Feminismus beschäftigen. Dies jedoch ohne zu verkennen, dass die gesellschaftliche Wahrnehmung die Menschen in diese zweigeschlechtlichen Kategorien einfügt und daraus tatsächliche strukturelle Diskriminierung von Frauen erwächst. Daher wollen wir auch weiterhin speziell Frauenförderung betreiben. So werden wir aufgrund der anstehenden Wahlkämpfe hierzu ein Workshopangebot machen, um mögliche Hemmschwellen bei der Wahlkampfrhetorik zu bekämpfen.

Als zentrales Problem sehen wir die heteronormativen Gesellschaftsstrukturen. Aus ihnen erwächst nicht nur die Diskriminierung von Menschen, die sich nicht in das binäre Geschlechtersystem einfinden wollen und können, sondern auch von Menschen mit einer nicht-heterosexuellen Orientierung. Wir widersprechen der „Genderkritik“ von rechts-konservativen, AfD-nahen Initiativen wie den „Besorgten Eltern“ und der „Demo für Alle“, sowie ihrer Kritik an der modernen Sexualpädagogik, entschieden. Die Entwicklung dieser rückwärtsgewandten Initiativen werden wir kritisch verfolgen. Wir fordern stattdessen begonnene Initiativen und Anstrengungen, queere Themen im Schullalltag zu verankern, zu intensivieren.

DOPPELSTRATEGIE & BÜNDNISARBEIT

Als NRW Jusos verstehen wir uns einerseits als Jugendorganisation der NRWSPD, andererseits als eigenständiger linker Jugendverband. Im Sinne der Juso-Doppelstrategie wollen wir deshalb weiterhin – und gerade im Wahlkampf 2017 – über Arbeit(sgemeinschaften), Gremien und Kampagne der NRWSPD hinauszuwirken. Ähnlich wie es für uns innerhalb der SPD langfristige BündnispartnerInnen und themenbezogene Verbündete gibt, sehen wir gesellschaftlich ein breites Spektrum, das sich von eng verbundenen Organisationen bis zu thematischen PartnerInnen erstreckt.

Besonders eng verbunden fühlen wir uns mit den ArbeiterInnenjugendverbänden, mit denen wir weit mehr als politische Wurzeln teilen. Daher wollen wir mit den DGB-Gewerkschaftsjugendlichen, der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken und Verbänden wie der AWO-Jugend laufend das Gespräch und die Abstimmung suchen. Die Zusammenarbeit mit der Grünen Jugend NRW, mit der uns viele linke Inhalte und Bündnispräferenzen verbinden, wollen wir themenbezogen fortsetzen. Bei rot-grüner Zusammenarbeit hat es für uns Priorität, auf progressive politische Mehrheiten und Koalitionsoptionen hinzuwirken. Themenbezogen und regionalspezifisch ist es für uns NRW Jusos sinnvoll, mit einem breiten Spektrum von progressiven politischen und gesellschaftlichen Organisationen zusammenzuarbeiten. Das gilt für die Antifa-Arbeit, aber auch für Themenbereiche wie Wirtschafts-, Gleichstellungs- oder Verkehrspolitik.

Zur Verstärkung der Zusammenarbeit mit den DGB-Gewerkschaftsjugendlichen sollen neue Veranstaltungs- und Anspracheformate eingeführt werden. Denkbar wäre zum Beispiel eine Kooperation mit anerkannten Bildungsträgern, um auf Seminaren und Kongressen nach gemeinsamen Themen Ausschau zu halten. Hier könnten sich Mitglieder der Jugend- und Auszubildendenvertretungen sowie junge BetriebsrätInnen nach dem Betriebsverfassungsgesetz von der Arbeit freistellen lassen. Lokale Bemühungen dieser Art wollen wir im Rahmen der bewährten Kooperationsveranstaltungen von Landesverband und lokaler Gliederungsebene fördern.

Wir NRW Jusos haben den Anspruch, gesellschaftliche Bündnisarbeit – gemeinsam mit unseren engsten politischen FreundInnen – federführend zu gestalten. Dabei bemühen wir uns um eine möglichst themenspezifische Ansprache und Koordinierung möglicher PartnerInnen. Im Unterschied zu einer dauerhaften und allgemeinen Bündniskoordinierung versprechen wir uns von einer

themenspezifischen Ansprache bessere Chancen, um linke und progressive Mehrheiten zu ermöglichen. Wir sehen uns als natürlicher Verbündeter verschiedener politischer Selbstorganisationen – von Jugendmigrationsorganisation bis LGBTIQ*-Verbänden. Wenn es um Emanzipation und Demokratie geht, nehmen wir klare Haltungen ein, aber bekennen uns nicht einseitig zu einem von verschiedenen konkurrierenden Verbänden. Unser Ziel ist nicht nur, selbst auf die (Zivil-)Gesellschaft einzuwirken. Ebenso möchten wir erreichen, dass die Zivilgesellschaft in unseren Verband und unsere Partei hereinwirkt. Im Feld unserer BündnispartnerInnen motivieren wir für das Engagement bei den Jusos – sei es in NRW oder im Bundesverband- und in der SPD.

In der internationalen Bündnisarbeit ist für uns die enge Anbindung an die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken nicht verhandelbar. Darüber hinaus sind für uns die Mitgliedorganisationen von YES und IUSY die ersten Bündnisadressen innerhalb weitreichender Netzwerke. In den kommenden zwei Jahren wollen wir uns als Verband insgesamt stärker auf internationaler Ebene einbringen.

BILDUNGSARBEIT

Kritische Köpfe in ganz NRW, das ist das Motto unserer Bildungsarbeit. In den letzten Jahren konnten wir mit unseren niedrigschwelligen Bildungsangeboten vielen jungen Menschen die Grundlagen unserer Juso-Arbeit nahe bringen und auf Veranstaltungen aktuelle und gegenwärtige jungsozialistische Herausforderungen bearbeiten. Deshalb wollen wir grundsätzlich an unseren Formaten in der Bildungsarbeit, den Foren, Verbandswochenenden, den Grundlagenseminaren, den Abendveranstaltungen und den Neumitgliederseminaren festhalten. Auf den Foren und Verbandswochenenden wollen wir zusätzlich Platz für aktuelle Themen schaffen, damit wir auch kurzfristig auf politische Entwicklungen eingehen können.

Der Wahlkampf wird uns im Jahr 2017 prägen, und das nicht nur inhaltlich. Denn auch zeitlich müssen wir trotz Wahlkampf dieselbe Qualität unserer Bildungsarbeit gewährleisten können. Darum wollen wir in 2017 erstmalig testen, alle Grundlagenseminare an einem Wochenende gemeinsam an einem Ort stattfinden zu lassen. Für das darauffolgende Jahr soll nach der Auswertung entschieden werden, ob die neue Variante beibehalten wird oder nicht.

Feminismus geht immer! Darum wollen wir selbstverständlich auch in den kommenden zwei Jahren auf jeder (!) Veranstaltung genügend Raum für feministische Themen haben. Mit einem strategischen Blick auf die Kommunalwahlen in 2020 wollen wir das Forum junge Kommunalpolitik aufstellen und dabei den Land- und Bundestagswahlkampf mit einplanen.

Bildung kennt keine Grenzen! Darum wollen wir in der anstehenden Legislaturperiode verstärkt unseren Fokus auf Bildungsfahrten und Exkursion legen.

Das Bildungsprogramm der NRW Jusos soll für jeweils ein Jahr festgeschrieben werden. Auswertung und Feedback sind uns zwecks möglicher Verbesserung besonders wichtig. Weiterhin können Unterbezirke und Kreisverbände Kooperationsseminare bei den NRW Jusos beantragen.

In den letzten Jahren haben sich viele Mitglieder uns angeschlossen und so haben sich natürlich auch immer öfter neue Orts- und Stadtverbände gegründet oder sein/ihre Vorsitzenden gewechselt. Daher sehen wir es als erforderlich an diesen Personengruppen eine Schulung und Infomaterial bezüglich der Rechte und Pflichten eines Vorstandes zu geben. So denken wir klappt die Arbeit noch reibungsloser.

KOMMUNIKATION NACH INNEN UND DARSTELLUNG NACH AUSSEN:

Die verbandsinterne Kommunikation wollen wir weiterhin auf allen verfügbaren Kanälen betreiben. Wir wollen schnell, professionell und kollegial kommunizieren – sowohl intern, als auch mit unseren BündnispartnerInnen. Unsere Mitglieder wollen wir weiterhin über die Homepage der NRW Jusos, soziale Netzwerke, sowie Newsletter erreichen. Auch das Verbandsmagazin „stadt.land.links“ soll unsere Mitgliedschaft weiterhin als gebündeltes Themenheft erreichen und über unsere Arbeit informieren. Zur weiteren Verbreitung wollen wir in Zukunft auch ausgewählte Artikel aus dem Verbandsmagazin auf unserem Blog veröffentlichen. Ebenso wollen wir gegenüber der Partei sichtbar sein und dazu auch die zur Verfügung stehenden Kanäle (etwa NRW-Teil im Vorwärts, Dienstagspost) nutzen.

Für unsere Wahrnehmung nach Außen sind unsere wichtigsten Grundpfeiler die Präsenz in den sozialen Medien, sowie die klassische Pressearbeit. Die Nutzung sozialer Netzwerke wollen wir weiter ausbauen und stets am Puls der Zeit halten, um die Außenwirkung zu verbessern und auf aktuelle Entwicklungen reagieren zu können. Wir werden testen, ob und inwieweit sich der Einsatz

von Video- und Livestream-Diensten, z.B. Facebook Live, für unsere Zwecke in Frage kommt. Außerdem wollen wir die Nutzung des Netzwerkes Twitter intensivieren, da es eine gute Möglichkeit bietet, die öffentliche Debatte zu beeinflussen und Aufmerksamkeit zu erzeugen. Dazu wollen wir gezielt Diskussionen anstoßen und führen und in Twitter-Aktionswochen mit gezielten Kampagnen auf uns aufmerksam machen.

Daneben sollen neue Trends in Form digitaler Tools und Apps berücksichtigt und ihr möglicher Einsatz angestrebt werden. Ziel ist es, gemeinsam die digitale Wirkmacht der NRW Jusos zu steigern. Auch über die klassische Pressemitteilung wollen wir weiterhin Aufmerksamkeit generieren und die vorhandenen Pressekontakte nutzen und ausbauen. „Klassische“ Medien besitzen noch immer eine hohe Reichweite, weshalb Jusothemen und -aktionen auch dort vorkommen und diskutiert werden müssen. Das muss uns unter anderem durch eine neue Konzeptionierung unserer Mitgliederwerbung erfolgen, die sowohl neue Mitglieder als auch SympathisantInnen für unsere Inhalte gewinnen kann. Dabei bemühen wir uns um eine lebensnahe Sprache und Barrierefreiheit. Außerdem wollen wir unsere Präsenz auf der Straße erhöhen. Wir werden noch stärker präsent an Demonstrationen teilnehmen und Genossinnen und Genossen, die viel in NRW, auf z.B. antifaschistischen Demos unterwegs sind, miteinander vernetzen. Außerdem wollen wir mit kreativen und spontanen Aktionen unsere Positionen öffentlich zeigen.

WAS IST DAS FÜR 1 GEILES ARBEITSPROGRAMM?

Mit diesem Arbeitsprogramm stellen wir die inhaltliche sowie organisatorische Grundlage der NRW Jusos für die kommenden zwei Jahre. Wir haben eine ganze Menge vor der Brust, und freuen uns darauf, motiviert und wie immer mit viel Engagement die Arbeit zu beginnen. Es reicht aber nicht, wenn „nur“ ein paar Menschen aus dem Landesvorstand an die Arbeit gehen. Wir brauchen in den kommenden Jahren einen schlagkräftigen Verband. Somit sind auch die Unterbezirke und Kreisverbände wie immer in der Pflicht, ihren Beitrag zu leisten, um unsere gemeinsamen Themen zum Erfolg zu führen. Wir sind nämlich nicht nur ein Verband von politisch ähnlich denkenden jungen Menschen, sondern auch ein Verband der unsere Grundsätze wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität lebt und kulturell eine Alternative darstellt.

Viele beobachten sehr genau, was bei den NRW Jusos passiert. Dem sind wir uns bewusst und gehen voller Tatendrang an die Arbeit. Es liegen zwei spannende und chancenreiche Jahre vor uns. Schaffen wir die Grundlagen für ein strahlendes und zukunftsfähiges NRW. Trotz aller Schwierigkeiten und politischen Stimmungen:

Lasst uns loslegen die Erfolgslegende der NRW Jusos fortzuschreiben und alles geben!

NRW JUSOS GLÜCK AUF!

BILDUNG UND AUSBILDUNG

B 1	Bildung gibt's nicht für lau! Investitionen in die Zukunft des Bildungssystems	25
B 2	UnnachgieBBiG: Wir kämpfen für moderne Ausbildung!	32
B 3	Eine Schule für alle	37
B 4	Für eine geschlechtergerechte Sprache in Schulbüchern	40

BILDUNG GIBT'S NICHT FÜR LAU! INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT DES BILDUNGSSYSTEMS

Für uns NRW Jusos ist Bildung der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben, sowie eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Bildung entscheidet maßgeblich über Lebenschancen. Damit kein Mensch zurück gelassen wird, ist eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen vonnöten. Vor allem die Kommunen dürfen bei der Bewältigung ihrer vielen Aufgaben nicht allein gelassen werden, denn gute Bildung darf am Ende nicht an ihren klammen Kassen scheitern, sondern muss allen Ebenen Investitionen wert sein. Der Anspruch muss sein, wenigstens den Durchschnitt der OECD-Länder an den Bildungsausgaben zu erreichen. Mindestausgaben für Bildungspolitik gehören ins Grundgesetz! Als Verteilungskriterium von Ressourcen erachten wir dabei das Prinzip „Ungleiches ungleich behandeln“ als richtig. Nur indem die Wirkung von kontextspezifischen Einflussfaktoren berücksichtigt wird, kann der Reproduktion sozialer Ungleichheit entgegen gewirkt werden. Die Berücksichtigung eines Sozialindex auf der Basis von transparenten Kriterien ist daher Grundvoraussetzung einer gerechten Verteilung von Ressourcen. Bildung ist staatliche Aufgabe, deshalb ist es für uns auch nicht diskutabel, deshalb fordern wir die Ausfinanzierung des Bildungsbereichs durch den Staat. Die Finanzierung über Private lehnen wir entschieden ab. Ziel ist die ausreichende Finanzierung unseres Bildungssystems, damit wir unsere Vorstellungen von Chancengleichheit, Gleichstellung und Inklusion umsetzen können. Bildung muss für die Individuen gebührenfrei sein, von der KiTa bis zur Weiterbildung im Erwachsenenalter und Menschen in Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen müssen finanziell unterstützt werden. In vielen Bildungsbereichen werden Menschen aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt. Um diesem Zustand entgegen zu wirken, braucht es spezielle Förderprogramme. Dazu muss es entsprechend Schulungen für Lehrende geben, damit eine Reproduktion von gesellschaftlichen Rollenbildern entgegengewirkt und eine freie Entfaltung gefördert wird. Darüber hinaus müssen sich Bildungsinstitutionen an die unterschiedlichen und individuellen Lebenswege von Menschen anpassen und insbesondere die Vereinbarkeit von Care-Arbeit und Bildung herstellen.

Neben der feministischen Perspektive, die wir immer mitdenken, sehen wir viele zentrale Herausforderungen für die Zukunft unseres Bildungssystems. Vor allem in den Bereichen von Infrastruktur, Digitalisierung, Gute Arbeit und Inklusion. Da muss investiert werden, denn Investitionen in Bildung sind Zukunft und die gibt es ja bekanntlich nicht für lau!

INFRASTRUKTUR

Bildungsstätten sind die zentralen Orte, an denen alle Menschen zusammen lernen und leben können. Wenn wir sie uns aber anschauen, sehen wir dringenden Investitionsbedarf. Wir haben in vielen Bildungsbereichen eine gute infrastrukturelle Substanz, dafür hat sozialdemokratische Politik gesorgt. Jetzt müssen wir dran bleiben, dort investieren, wo Schulen verfallen und Hörsäle nicht mehr alle Studierende aufnehmen können. Wir müssen modernisieren und dort ergänzend ausbauen, wo es mangelt. Für uns können Menschen nur lernen, wenn sie sich auch wohlfühlen, wo sie Freiräume haben. Deshalb muss die Qualität der Bildungs-Infrastruktur auch Vorrang vor der Quantität haben. Unser oberstes Ziel ist nicht der möglichst kurze Schulweg, sondern ein gutes Lernumfeld. Mit dem Programm „Gute Schule 2020“ schlägt die Landesregierung den richtigen Weg ein. Damit darf aber nicht Schluss sein! Auch in die Infrastruktur der KiTas, der Hochschulen und der Berufsschulen muss investiert werden!

Frühkindliche Bildung

Kindertagesstätten sind der erste Berührungspunkt von Kindern mit unserem Bildungssystem. Dieser frühe Bildungsabschnitt bildet die Grundlage für die weitere Bildungsteilhabe von Kindern. Um der Chancengleichheit und Selektion entgegenzuwirken, ist es zwingend notwendig, dass

alle Kinder die Möglichkeit haben, an diesem ersten Bildungsschritt teilzunehmen. Allen Eltern müssen ausreichende, wohnungs- und arbeitsplatznahe, gut erreichbare und vor allem kostenfreie KiTa-Plätze für ihre Kinder zur Verfügung stehen. Auch wenn unser Ziel ist und bleibt, dass Eltern in einem Umfeld arbeiten können, das ihnen genügend Freiraum für die Betreuung ihrer Kinder und für ein Familienleben lässt, müssen wir trotzdem Möglichkeiten für Kinderbetreuung während der gesamten Arbeitszeit schaffen. Besonders Alleinerziehende sind häufig auf die Unterstützung von Großeltern oder Bekannten angewiesen, weil ihre Arbeitszeiten nicht von den Öffnungszeiten der Kitas gedeckt werden. Selbstverständlich muss bei der Ausweitung der Öffnungszeiten Arbeitsschutz der Angestellten berücksichtigt werden.

Wir fordern den Neubau von Kitas, wo benötigt und darüber hinaus eine Modernisierung von Kitas nach inklusiven und ökologischen Standards sowie pädagogischen Erkenntnissen. Das umfasst neben Spiel- und Lernräumen auch Grünflächen und Aufenthaltsmöglichkeiten außerhalb der Gebäude. Weiterhin müssen den Kindern in Kitas gesunde und kostenfreie Mahlzeiten zur Verfügung stehen.

Schule

Schulen sind die Bildungsstätten, in denen Menschen die größte Zeit ihres Bildungsgangs verbringen. Schulen müssen so ausgestattet sein, dass alle Schüler*innen zusammen lernen und leben können und sich dabei auch wohlfühlen. Wir fordern die Modernisierung von Schulen, wo notwendig und der Neubau von Schulen, wo benötigt – nach inklusiven und ökologischen Standards. Bau- und Modernisierungsmaßnahmen müssen nach pädagogischen Erkenntnissen geschehen. Hier müssen die Kommunen, die meistens Trägerinnen von Schulen sind, ausreichende finanzielle Unterstützung vom Land bekommen, um dies zu ermöglichen. Die Schulen sollen so gestaltet werden, dass sie Schüler*innen eine angenehme Lernatmosphäre geben und eine flexible Gestaltung des Schulalltags ermöglichen. Wir fordern eine ganztägige Gesamtschule, an der alle Kinder teilnehmen können.

Neben dem Ausbau der Schulen nach modernen Standards im Allgemeinen, bedarf es auch des Ausbaus und die bessere Ausstattung der Schulen für einzelne Fächer, wie zum Beispiel Chemie- oder Musikräume. Außerdem muss allen Schüler*innen eine kostenlose und gesunde Schulverpflegung durch eine Mensa ermöglicht werden.

Weil sich Schule zu einer Bildungsstätte entwickelt, wo Schüler*innen einen großen Teil des Tages verbringen, fordern wir die Einrichtung von Freiräumen für Lernen, Freizeit- und Sportmöglichkeiten, Ruheräume und Grünflächen.

Darüber hinaus soll sich die finanzielle Förderung auch auf die Schulung von Lehrenden ausweiten.

Hochschule

Die Hochschulen müssen so gestaltet werden, dass sie allen ein erfolgreiches und selbstbestimmtes Studium ermöglichen und sich der gesamten Gesellschaft öffnen. Die stetig ansteigende Anzahl an Studierenden verlangt in dieser Hinsicht den Ausbau und die Modernisierung von Hochschulgebäuden. Vor allem Lehrveranstaltungsräume und Bibliotheken müssen so ausgebaut werden, dass alle Platz finden und eine gute Lernatmosphäre geschaffen wird. Bei Bau- und Modernisierungsmaßnahmen müssen ökologisch nachhaltige und inklusive Konzepte verwirklicht werden.

Doch nicht nur die Hochschule als solche bestimmt das studentische Leben. Auch außerhalb der Hochschule müssen Infrastrukturen verbessert werden, um den Studierenden ein gutes Studium zu ermöglichen. Ob Menschen ihr Wunschstudium im Wunschort oder überhaupt ein Studium verwirklichen oder finanzieren können, hängt insbesondere auch von den Lebenshaltungskosten und von der sozialen Infrastruktur ab. Hier gilt es vor allem die Studierendenwerke finanziell so aufzustellen, sodass nachhaltig genügend bezahlbarer studentischer Wohnraum geschaffen wird und das Mensaangebot wenn nötig ausgebaut und modernisiert wird. Darüber hinaus muss das Beratungsangebot der Studierendenwerke für Studienfinanzierungsmöglichkeiten und darüber hinaus gestärkt werden. Es müssen zudem ausreichende Kitaplätze für Studierende mit Kind an allen Hochschulen geschaffen werden. Auch Studierende die neben ihrem Studium Angehörige pflegen, dürfen nicht aus dem Blick verloren werden. Für sie müssen flächendeckend Beratungs- und Unterstützungsangebote geschaffen werden. Die Kosten dafür dürfen nicht durch immer weiter ansteigende Sozialbeiträge allein auf die Studierenden abgewälzt werden. Stattdessen müssen die Studierendenwerke besser durch das Land finanziert werden. Darüber hinaus müssen die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studierenden in den Gremien der Studierendenwerke gestärkt werden.

Das studentische Leben kann und soll nicht für sich alleine stehen. Egal ob es um Wohnraum, Mensen, Bibliotheken, Kitas oder Kultur geht: In allen gesellschaftlichen Bereichen soll es zu einer Öffnung, einem Austausch und einer Durchmischung kommen. Nur so kann eine solidarische, offene und gerechte Gesellschaft entstehen, in der alle Menschen wertgeschätzt werden.

Berufliche Bildung

Im Bereich der beruflichen Ausbildung muss in das duale Ausbildungssystem investiert werden, sodass dieses einen mit einem Bachelor-Studium vergleichbaren Berufseinstieg bietet. Durch die Dualität des Ausbildungssystems sehen wir bei Investitionsmaßnahmen nicht nur den Staat in der Finanzierungspflicht, sondern auch die ausbildenden Unternehmen, die – heute und zukünftig – qualifizierte Arbeitskräfte nachfragen. Deshalb fordern wir eine gesetzlich verankerte Ausbildungsumlage, die Unternehmen in die Pflicht nimmt eine Umlage zu entrichten, wenn es nicht ausbildet, um somit diejenigen Unternehmen zu unterstützen, die ausbilden.

Für Berufsschulen gilt wie für Schulen und Hochschulen, dass sie allen Auszubildenden ein Lernumfeld bieten sollen, in denen sie selbstbestimmt lernen können. Auch hier müssen bei Bau- und Modernisierungsmaßnahmen ökologisch nachhaltige und inklusive Konzepte verwirklicht werden. Neben modernen fachspezifischen Lehr- und Lernräumen sowie ausbildungsrelevanten Geräten und Maschinen müssen auch Berufsschulen Mensen und Bibliotheken anbieten.

Im Gegensatz zu den Studierendenwerken, die ihre Rolle durch die Verfasstheit der Studierendenschaften bekommen, gibt es vergleichbares in der Ausbildung nicht. Deshalb ist es für uns Aufgabe des Landes, in Wohnheime für Auszubildende zu investieren, um diesen auch die Möglichkeit zu günstigem Wohnraum zu schaffen. Außerdem ist es zwingend notwendig in die Mobilität der Auszubildenden zu investieren, weswegen wir uns weiterhin für die Schaffung eines landesweiten Azubi-Tickets einsetzen, das Auszubildenden vergleichbare Konditionen bietet wie den Studierenden über das Semesterticket geboten werden.

DIGITALISIERUNG

Digitalisierung wird unser Verständnis von Lehren und Lernen und von den Lernorten stark verändern. Wir sehen im digitalen Lernen großes Potenzial, Bildung allen zugänglich zu machen und Bildung zu demokratisieren. Wir wollen digitales Lernen aktiv mitgestalten, uns mit Risiken auseinandersetzen und die Chancen nutzen, die Digitalisierung mit sich bringt. Wir wollen ein positives Verständnis von Digitalisierung vermitteln und fördern. Wir begrüßen den flächendeckenden Breitbandausbau in NRW und fordern die Landesregierung auf, bei diesem Thema am Ball zu bleiben. Auch das Vorhaben, einen Teil der Mittel aus dem Programm „Gute Schule 2020“ für die Ausstattung von Schulen mit WLAN aufzubringen, ist ein wichtiger Schritt. Hier darf aber erst Ende sein, wenn alle Bildungseinrichtungen mit Breitband und WLAN ausgestattet sind. Digitalisierung heißt für uns nämlich mehr, als Pilotprojekte zu fördern, es müssen alle daran teilhaben.

Frühkindliche Bildung

Die Nutzung von neuen Medien beeinflusst das Aufwachsen in der heutigen Zeit. Kinder kommen immer früher mit einer Vielzahl von Nutzungsmöglichkeiten in Berührung. Ein richtiger Umgang mit diesen, stellt aus diesem Grunde eine erhebliche Kompetenz für die Heranwachsenden dar. Eine wichtige Rolle kommt hierbei den Erzieher*innen in den KiTas zu. Sie sind Ansprechpartner*innen für Eltern die nach richtigem Umgang mit Medien fragen. Relevante Themen hierbei sind in welche neuen Medien für Kleinkinder geeignet sind, welche Nutzungszeiten angemessen sind und warum ein guter Kinderschutz für das Surfen im Web notwendig ist.

Des Weiteren spielt der Gebrauch von neuen Medien in den KiTas eine erhebliche Rolle. Gerade im frühkindlichen Bereich sollten neue Medien eine deutlich untergeordnete Rolle im KiTa Alltag spielen, da Kinder meist schon in ihrem privaten Bereich ein Überangebot dieser haben. Darum ist es essentiell, dass Kinder in der KiTa den verantwortungsvollen Umgang mit den neuen Medien lernen. Dies sollte vor allem vorbereitend mit Blick auf den Wechsel in die Grundschule geschehen. Um diesen gewachsenen Anforderungen optimal entgegen treten zu können ist es notwendig die spezifischen Medienkompetenzen der Erzieher*innen weiter zu stärken. Dies sollte über Fortbildungen geschehen, welche dem Personal in unseren KiTas kostenfrei zur Verfügung stehen sollten. Darüber hinaus ist es auch unablässig, pädagogisch sinnvolle Lehr- und Lernmedien den Tageseinrichtungen kostenfrei bereitzustellen.

Schule

Wenn für einen Film der Medienschränk mit einem Röhrenfernseher und einem Videospiele ins Klassenzimmer gerollt wird oder Schüler*innen nicht wissen, wo bei Windows 98 Word aufgerufen wird, zeigt sich, dass viele Schulen dem digitalen Zeitalter Jahre hinterherhinken. Wenn einige Schulen doch schon mit #neuland arbeiten, kann es vorkommen, dass den Schüler*innen das WLAN gesperrt wird, damit sie während des Unterrichts nichts Anderes machen. Schule als Lernort funktioniert nur, wenn die Ausstattung der Geräte und der Lernräume modern und offen sind. Schulen brauchen eine vollständige Ausstattung mit WLAN und es muss die Möglichkeit geben, dass Schüler*innen mobile Endgeräte kostengünstig während der gesamten Schullaufbahn ausleihen können, damit sie nicht durch ihre finanzielle Situation benachteiligt werden. Schüler*innen müssen auf „ihren“ Tablets, Laptops, Smartphone auf all ihre Lern- und Lehrmittel zugreifen können, diese müssen auch kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Schüler*innen können außerdem über individualisierten Accounts auch in anderen öffentlichen Lernnetzwerken, wie Hochschulen oder Bibliotheken kostenlosen Zugang zu Lehr- und Lernmitteln bekommen. Projekte wie learn:line NRW, die den Zugriff auf frei verfügbare Lernmittel ermöglichen, oder LOGINEO NRW, das verlässliche digitale Arbeitsräume im Internet schafft und bereits an 350 Schulen erprobt wird, müssen ausgebaut und bei Erfolg flächendeckend eingeführt werden.

Digitalisierung und digitales Lernen erfordert genauso eine Schulung der Schüler*innen zu einem kompetenten und kritischen Umgang mit digitalen Medien und deren Inhalten. Hierzu bedarf es verpflichtender und kostenfreier Weiterbildung der Lehrenden im Bereich Medienkompetenz sowie der stetigen pädagogischen Weiterentwicklung des Medienpasses NRW.

Hochschule

Wie im gesamten Bildungsbereich bietet die Digitalisierung auch an den Hochschulen die Chance, Menschen ein selbstbestimmteres und inklusiveres Studium zu ermöglichen und die Qualität von Lehre und Forschung zu verbessern. Wir begrüßen in dieser Hinsicht sehr, dass die Landesregierung im Landeshochschulentwicklungsplan auch einen Schwerpunkt auf das Thema Digitalisierung in der Lehre gelegt hat. Um diesem Anspruch gerecht zu werden müssen flächendeckend und zeitnah Maßnahmen getroffen werden. Dafür braucht es zunächst die entsprechende Ausstattung der Hochschulen. Diese umfasst zum Beispiel ausreichende und moderne Computerpools und flächendeckendes und kostenlos zugängliches WLAN auf dem gesamten Hochschulgelände. Ein erfolgreiches Studium darf nicht davon abhängen, wer sich die digitalen Medien finanziell leisten kann. Nur wenn alle an der Digitalisierung teilhaben können und das Wissen allen zugänglich gemacht wird, kann die Digitalisierung zu einer gerechteren Bildung beitragen. Deswegen muss es eine Bereitstellung von im Studium benötigten Computerprogrammen geben und die Hochschulen müssen einen Zugang zu digitalen Medien schaffen, etwa durch den Kauf von Lizenzen für wissenschaftliche E-Zeitschriften. Es muss zudem die Möglichkeit geben, an den Hochschulen moderne Endgeräte für die Dauer des Studiums kostengünstig auszuleihen.

In der Lehre sollen digitale Konzepte genutzt werden, um eine bessere Vermittlung der Lehrinhalte zu verwirklichen und vor allem, um die Lehre inklusiver zu gestalten. Digitalisierung kann dazu beitragen, Barrieren abzubauen. Vor allem auch Studierende mit Verpflichtungen außerhalb der Hochschule können davon profitieren. Dafür muss es flächendeckend eine technische Ausstattung zur Aufzeichnung von Lehrveranstaltungen geben. Auf einheitlichen Online-Plattformen sollen die Lernmaterialien zur Verfügung gestellt werden. Zudem soll die Möglichkeit geschaffen werden, Leistungsnachweise auch online erbringen zu können. Klar ist dabei aber auch, dass die Bereitstellung der Aufzeichnung einer Vorlesung die Hochschulen nicht aus der Pflicht nimmt, allen Studierenden die aktive Teilnahme an Lehrveranstaltungen zu ermöglichen. Alle Menschen lernen unterschiedlich, deswegen muss allen Menschen auch die Wahlfreiheit zustehen, zu entscheiden, auf welche Weise sie an der Hochschule partizipieren möchten.

Bei digitalen Medien muss darauf geachtet werden, dass diese inklusiv gestaltet sind. Es braucht in dieser Hinsicht auch ein umfangreiches Angebot an Schulungen für Studierende und Lehrende, bei denen diese für den Umgang mit und Einsatz von digitalen Medien qualifiziert werden. Die Hochschulen in NRW können auch gegenseitig von ihren Anstrengungen im Bereich Digitalisierung profitieren, weswegen ein Netzwerk zwischen den Hochschulen in NRW gefördert werden muss, über das sich Hochschulen zum Beispiel im Bereich E-Learning vernetzen können.

Digitalisierung betrifft aber nicht nur das Leben und Lernen, an Hochschulen wird im Bereich Digitalisierung und IT auch intensiv geforscht. Dieser Forschungsbereich ist zukunftsweisend und muss dementsprechend gefördert und unterstützt werden.

Berufliche Bildung

Auch für Berufsschüler*innen muss es die Möglichkeit geben, in einer modernen und gut ausgestatteten Berufsschule die Vorteile der Digitalisierung zu nutzen. Neben der Ausstattung aller Berufsschulen mit modernen Computerräumen und WLAN muss es für alle Berufsschüler*innen die Möglichkeit geben, am digitalen Lernen teilzunehmen. Für sie fordern wir mobile Endgeräte, die für die Dauer der Ausbildung kostengünstig entliehen werden können. Dieses darf nicht zum Nachteil für die Berufsschüler*innen werden. Es sollte festgehalten sein, dass auch weiterhin kein Betrieb die Pausenzeit als Arbeitszeit ausnutzt. Lehr- und Lernmaterialien müssen inklusiv gestaltet sein, um damit sicherzustellen, dass alle vom digitalen Lernen profitieren können. Es sind außerdem kostenlose Schulungen für Berufsschüler*innen und Lehrende anzubieten, bei denen diese für den Umgang mit und Einsatz von digitalen Medien qualifizieren.

GUTE ARBEIT

Wenn uns daran liegt, dass Bildung der Grundstein für gesellschaftliche Teilhabe ist, dann müssen wir uns auch um diejenigen kümmern, die in unserem Bildungssystem arbeiten. Gute Bildung funktioniert nur im Zusammenspiel mit Guter Arbeit.

Frühkindliche Bildung

Die Streiks der KiTa-Mitarbeitenden in der letzten Zeit haben wieder deutlich darauf hingewiesen, dass Erzieher*innen häufig nicht nur unterbezahlt sind, sondern ihre Arbeit auch gar nicht richtig wertgeschätzt wird. Wir schließen uns hier den Forderungen der Gewerkschaften nach Aufwertung des Berufs und nach besserer Bezahlung des*der Erzieher*in an. Außerdem fordern wir, dass das öffentliche Arbeitsrecht auch auf Erzieher*innen in KiTas angewendet wird, die außerhalb der öffentlichen Trägerschaft stehen.

Schule

Lange war es nicht nur Standard, sondern auch Konsens, dass Lehrer*innen verbeamtet werden. Heute werden immer mehr Anstellungsverhältnisse in den Schulen zur Normalität, häufig arbeiten Lehrer*innen in Arbeitsverträgen, die vom Ende der Sommerferien bis zum Anfang der nächsten Sommerferien befristet sind. Für uns ist das keine tragbare Situation, wir fordern die konsequente Verbeamtung von Lehrkräften. Außerdem muss es egal sein, ob eine Lehrkraft in der Grundschule oder der Oberstufe beschäftigt ist, eine Gleichstellung aller Lehrkräfte ist für uns unumgänglich, alles andere nicht zu rechtfertigen.

Weiterhin ist nicht nur aus pädagogischer Perspektive ein besseres Betreuungsverhältnis von Schüler*innen und Lehrkräften sinnvoll, auch die Lehrkräfte werden entlastet, wenn mehr Klassen verkleinert werden und weitere Ansprechpartner*innen, wie Sozialarbeiter*innen, zur Verfügung stehen. Deshalb fordern wir mehr Neueinstellungen von Lehrkräften und Sozialarbeiter*innen.

Hochschule

Die Hochschulen stellen für eine große Zahl an Menschen auch den Arbeitsort dar. Wir fordern für alle Beschäftigten in diesem Bereich gute Beschäftigungsbedingungen. Prekäre Bedingungen entstehen vor allem durch die Ökonomisierung der Hochschulen. Wenn Hochschulen ständig im Wettbewerb um eine ausreichende Finanzierung und Drittmittel stehen, macht dies langfristig sichere und gute Beschäftigungsverhältnisse unmöglich. Insbesondere prekär sind die zum Teil extremen Befristungen in der Wissenschaft. Diese führen zu einer höchst unsicheren Perspektive und setzen Beschäftigte unter enormen Druck. Wenn dann auch noch der*die Chef*in gleichzeitig die wissenschaftlichen Leistungen bewertet, steht dies der Entfaltung und der Qualität der Forschung entgegen. Eine kritische, freie und emanzipatorische Wissenschaft ist nur dann möglich, wenn Wissenschaftler*innen ihrer Forschung ohne ökonomische oder andere Zwänge nachgehen können. Prekäre Bedingungen wirken sich zudem auch negativ auf die Lehre an den Hochschulen aus. Beispielsweise die Praxis, bei Dauerlehraufgaben auf externe Lehrbeauftragte, die bei höchst mangelnder Bezahlung in einem prekären Beschäftigungsverhältnis stehen, zurückzugreifen, ist untragbar. Für gute Lehre braucht es auch Gute Arbeit!

Vor allem der Wunsch nach einer beruflichen Karriere in der Wissenschaft stellt Menschen vor eine sehr schlechte Perspektive: Nach der zum Teil jahrelangen prekären Beschäftigung im Mittelbau,

nach unzähligen befristeten Verträgen schaffen nur die allerwenigsten den Sprung zu einer Professur. Abgehängt werden auf diesem Weg vor allem diejenigen, die sich eine schwierige Perspektive und prekäre Beschäftigungsbedingungen nicht leisten können. Und das sind oftmals Frauen* oder andere benachteiligte Menschen. Perspektivlosigkeit und prekäre Bedingungen stehen einer diversen und kritischen Wissenschaft entgegen. Deswegen muss Befristungen auf allen Ebenen entgegengewirkt werden. Es braucht endlich auch abseits der Professur unbefristete Stellen im Wissenschaftssystem. Nur so kann jungen Wissenschaftler*innen einer Perspektive geboten werden. Darüber hinaus muss die Vereinbarkeit mit einer Familie oder andere Formen der Care-Arbeit sichergestellt sein.

Auch die große Anzahl an studentischen Beschäftigten an den Hochschulen braucht endlich gute Beschäftigungsbedingungen. Neben einer gerechten Entlohnung müssen sozialrechtliche Standards endlich tatsächlich eingehalten werden. Für einen ausreichenden Schutz braucht es in NRW einen Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte.

Einen ersten Schritt zur Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen stellt der „Rahmenkodex Gute Arbeit“ des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft und Forschung dar. Dessen tatsächliche Umsetzung muss in der nächsten Zeit kritisch begleitet und beobachtet werden.

Es zeigt sich, dass es für gute Arbeit an den Hochschulen vor allem eine ausreichende Grundfinanzierung der Hochschulen braucht, die es den Hochschulen auch möglich machen, langfristig zu planen. Jedoch sind die Hochschulen in der Pflicht, gute Arbeit an den Hochschulen endlich umzusetzen.

Berufliche Bildung

Ein Ausbildungsverhältnis ist ein Lehrverhältnis – und kein Hilfsjob. Wir schließen uns den Forderungen der Gewerkschaftsjugendlichen zur Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) an. Das Berufsbildungsgesetz muss bei einer Novellierung in seinem Geltungsbereich ausgeweitet werden, alle Ausbildungsberufe, die bisher eigene Ausbildungsgesetze haben oder die nach Landesrecht geregelt sind, sollen in den Anwendungsbereich des BBiG aufgenommen werden. Außerdem müssen das duale Studium oder Praktika, die auf einen Beruf vorbereiten, Gegenstand des Gesetzes sein. Weiterhin fordern wir eine Ausbildungsplatzgarantie, die einen rechtlich verbindlichen Anspruch auf eine qualitativ hochwertige Ausbildung geben muss. Eine gesetzlich garantierte Übernahme nach der Ausbildung kann sicherstellen, dass Auszubildende nicht von Unsicherheit über ihre berufliche Zukunft von der Ausbildung abgelenkt werden. Hierzu gehört auch, dass Ausbildungsvergütungen existenzsichernd sein müssen. Weiterhin muss der Zugang zur Hochschule weiter erleichtert werden; zum Beispiel indem Ausbildungsmodule bei Niveaugleichheit regulär als Studienleistungen angerechnet werden. Im BBiG muss die Lern- und Lehrmittelfreiheit endlich wirksam verankert werden, die den Auszubildenden die Last von finanziellen Kosten für die Ausbildung und das Lernen an Berufsschulen nimmt. Während der Ausbildung im Betrieb muss durch regelmäßige Weiterbildungen sichergestellt sein, dass Ausbilder*innen fachlich und pädagogisch qualifiziert sind, um den Lernstoff zu vermitteln. Für die Berufsschulen fordern wir ausreichende Lehrkräfte, um ein angemessenes Betreuungsverhältnis von Auszubildenden sicherstellen. Äquivalent zu Schulen und Hochschulen müssen auch an Berufsschulen Sozialarbeiter*innen vorhanden sein.

INKLUSION

Wir fordern die gleichberechtigte Teilhabe von allen Menschen in allen Bereichen der Gesellschaft. Dies bedeutet auch die inklusive Gestaltung aller Bildungsbereiche. Für den*die Einzelne*n bedeutet Inklusion das Recht, zu partizipieren, selbstbestimmt zu leben und sich frei zu entfalten. Für die Gesellschaft ist Inklusion eine Bereicherung, die Wertschätzung aller Menschen und die Grundlage für ein solidarisches und fürsorgliches Miteinander. Inklusion heißt, dass die Gesellschaft die Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilhabe aller schaffen muss. Und so muss es auch für den Bildungsbereich heißen: Nicht die Menschen, sondern die Bildungseinrichtungen müssen sich anpassen!

Unser Bildungssystem ist immer noch geprägt von (Mehrfach-)Diskriminierungen und Selektion. Egal ob etwa wegen der Herkunft, des Geschlechts, der finanziellen Situation oder einer körperlichen Beeinträchtigung: viele Menschen werden ausgeschlossen und haben nicht die gleichen Chancen. Wir fordern, dass sämtliche Barrieren abgebaut werden. Eine inklusive Bildung betrifft

viele Bereiche: etwa bauliche Aspekte, Didaktik, Gebührenfreiheit, personelle Ressourcen und die Ausbildung und Schulung von Lehrkräften. Nur wenn Inklusion auf allen Ebenen mitgedacht wird, kann sie gelingen.

Viele Bildungseinrichtungen müssen nach inklusiven Aspekten ausgebaut und modernisiert werden. Auch die Chancen der Digitalisierung für die Inklusion müssen evaluiert und umgesetzt werden. Das muss für KiTas, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen gelten. Hinzu kommt, dass in der Ausbildung aber nicht nur die Berufsschulen inklusiv gestaltet sein müssen, sondern auch der Arbeitsplatz von Auszubildenden. Auszubildende Betriebe müssen in die Pflicht genommen werden, auch Auszubildende mit Handicap und/oder chronischer Erkrankung auszubilden. Diejenigen Betriebe, die dies tun, müssen für den Ausbau der Arbeitsstätten nach inklusiven Aspekten finanziell durch eine Umlagetechnik unterstützt werden, bei der nicht-ausbildende Unternehmen in einen Fond zahlen, der an ausbildende Betriebe auszahlt, wenn Arbeitsstätten inklusiv gestaltet werden. Außerbetriebliche Ausbildungen für Menschen mit Behinderungen und/oder chronischen Erkrankungen in speziellen Ausbildungseinrichtungen, wie sie von der Bundesagentur für Arbeit angeboten werden, müssen kurzfristig unterstützt werden, langfristig halten wir auch hier an dem Ziel fest, dass alle Menschen zusammen lernen und ausgebildet werden.

Wir wollen mit unseren Investitionsmaßnahmen deutlich machen, was uns Bildung wert ist und dass wir das Bildungssystem als zentrales Handlungsfeld jungsozialistischer und sozialdemokratischer Politik betrachten. Wenn wir dort nun die Investitionen tätigen, die nötig sind, können wir dafür Sorge tragen, dass wir allen Menschen ein selbstbestimmtes und auf Teilhabe orientiertes Leben ermöglichen können. Bildung ist Zukunft, und die gibt es ja bekanntlich nicht für lau!

UNNACHGIEBBIG: WIR KÄMPFEN FÜR MODERNE AUSBILDUNG!

BESTANDSAUFNAHME

Landauf und landab wird das duale Ausbildungssystem gelobt. Wirtschaftsführer*innen und -lenker*innen sprechen von einem Standortvorteil. Das „Deutsche Handwerk“ stellt sich zum Beispiel in teuren Medienkampagnen als Retter von Berufskräften und Fachkräften dar. Über die Schattenseiten wird kaum gesprochen. Ausbildungsfremde Tätigkeiten, Überlastung im Dualen Studium, unzureichende Ausbildungsvergütungen und fehlende Perspektiven nach der Ausbildung werden oft ausgeblendet.

Die Digitalisierung und Veränderung der Arbeitsweisen in Dienstleistung sowie Industrie und Handwerk hat zahlreiche neue Berufsbilder geschaffen. Sie ergänzen bestehende Berufe oder ersetzen sie auch. Während Industriekaufleute vor zehn oder zwanzig Jahren noch für sämtliche Abläufe im Rechnungswesen auch körperlich zuständig waren, werden beispielsweise für das Erfassen und Buchen von eingehenden Rechnungen immer öfter EDV-Lösungen und sogar Handy-Apps eingesetzt. Im Bereich der gewerblichen Berufe gilt die Frage zu beantworten, ob man künftig Hilfsarbeitende, Facharbeitende oder nur noch Ingenieure in den Industriebetrieben sehen wird.

Klar ist: Die Sicherung von Arbeitsplätzen aller Art bedarf einer guten Ausbildung. Die Veränderung der Arbeitswelt erfordert aber auch einen stärkeren Fokus auf vielfältige Möglichkeiten der Weiterbildung. Diese dürfen nicht nur nach dem Gusto des Chefs genehmigt werden. Die Jusoforderung nach einer Arbeitsversicherung stellt hier sicherlich eine sinnvolle Maßnahme dar. Zur Sicherung und Entwicklung von bestehenden und neuen Arbeitsplätzen benötigen wir aber mehr. Dazu gehört auch ein neues Berufsbildungsverständnis!

MODERN BILDEN – FÜR EIN ZEITGEMÄSSES UND GERECHTES BERUFSBILDUNGSGESETZ!

Die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes befindet sich zurzeit im Gesetzgebungsverfahren. Eigentlich sollte die Novellierung längst beschlossen sein. Doch das Verfahren stockt. Dies liegt auch am Druck, den die DGB-Gewerkschaftsjugenden in vielfältiger Weise erzeugt haben. Wir NRW Jusos schließen uns den Forderungen der Gewerkschaftsjugenden nach besseren Ausbildungsbedingungen und -Regelungen an! Die von Bundesbildungsministerin Wanka beabsichtigte Schmalspurreform reicht an keiner Stelle aus.

Ein neues Berufsbildungsgesetz hat dafür Sorge zu tragen, dass auch Auszubildende von Beginn ihrer Ausbildung an befähigt sind, ihre Rechte einzufordern. Dazu gehören sachgemäße Unterrichtungen und Unterweisungen genauso wie der Ausschluss von ausbildungsfremden Tätigkeiten.

Insbesondere in Teilen des Handwerks werden unzureichende Ausbildungsvergütungen gezahlt. In Unternehmen ohne Tarifvertrag darf die Ausbildungsvergütung nach BAG¹-Rechtsprechung nicht 80 Prozent der Tarifvergütung unterschreiten. In tariffreien Branchen bedeutet das, dass auch weit unter 200 Euro im Monat zulässig sein können – das BBiG spricht hier von einer „angemessenen“ Ausbildungsvergütung. Wir fordern eine existenzsichernde Ausbildungsvergütung in Anlehnung an die Höhe des BAföG-Höchstsatzes, die den Auszubildenden den Einstieg in ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

Das sogenannte Duale Studium scheint ein tolles Versprechen an junge Schulabsolvent*innen mit (Fach-)Hochschulreife zu sein. Viele Schüler*innen glauben an einen Glücksgriff mit Ticket in die höheren Etagen und sind mit 22 Jahren bereits nahe am Burnout.

Die Kombination von Studium und Berufsausbildung soll Praxisnähe und Hochschulstudium zeitsparend miteinander verbinden. Leider wird zu wenig über die Kehrseiten gesprochen: Private Hochschulträger und verschiedene Formen des Dualen Studiums (z.B. Studium mit Praxisphasen, Studium mit integrierter Berufsausbildung oder Studium mit externer IHK-Prüfung) sorgen

¹ Bundesarbeitsgericht

für erhebliche Probleme. Wird der erworbene Bachelor-Abschluss an staatlichen Hochschulen als Grundlage für ein Masterstudium anerkannt? Wie wird das zusätzliche Lernpensum für das Studium im Bezug zur Arbeitszeit gewertet? Was passiert, wenn am Ende kein Universitätsabschluss erworben wird und die betriebliche Ausbildung nur durch Praxisphasen gewährleistet werden sollte? An dieser Stelle wird klar, dass auch das Duale Studium Einzug in das Berufsbildungsgesetz finden muss. Studienzeiten müssen als Arbeitszeiten anerkannt werden. Vertragsstrafen aufgrund des Verlassens des Unternehmens nach dem Studium gehören abgeschafft. Und vor allem: Hochschulbildung muss staatlich kontrolliert werden! Hier müssen klare Anforderungen an Hochschulträger definiert werden. Zudem soll das Duale Studium im Regelfall an einer staatlichen Hochschule absolviert werden. Hierzu bedarf es einer Novellierung des NRW-Hochschulgesetzes. Mehr Sein, weniger Schein!

Klare Regeln für die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen bzw. privaten Hochschulträgern und Unternehmen statt Chaos und Wildwuchs! Rechtssicherheit für die Dualstudierenden!

EIN BBiG FÜR ALLE!

In § 26 ist der Anwendungsbereich des BBiG für Praktika beschrieben. Ausgenommen sind bisher Praktika, die Teil eines Fachhochschul- oder Hochschulstudiums oder sogenannte Betriebs- oder Schülerpraktika sind. Diese haben unterschiedliche Regelungen. Wir fordern, dass jede Form des Praktikums, das dazu dient Lernziele oder aber Abschlüsse im beruflichen Sinne zu erlangen, in der Praxisphase den Regularien des BBiG unterliegen muss.

Zahlreiche berufliche Ausbildungsgänge und vergleichbare neue Ausbildungsstrukturen werden nicht nach dem BBiG geregelt. Im Ergebnis führt das in vielen Ausbildungen oftmals zu unklaren Rechtsverhältnissen oder schlechteren Ausbildungsbedingungen. Daher fordern wir die Ausweitung des BBiG zu einem einheitlichen Ausbildungsgesetz, das gleiche Qualitätsstandards für alle Ausbildungsberufe sicherstellt. Dazu gehören z. B. die Gesundheits- und Pflegeberufe sowie Erzieher*innen oder auch die sonstige Ausbildung im öffentlichen Dienst. Ebenso muss das BBiG für alle betrieblichen Ausbildungsphasen von schulischen Ausbildungsgängen gelten. Ausgenommen sind derzeit Meisterprüfungen. Die Meisterprüfung im Handwerk ist in der Handwerksordnung (HwO) geregelt und unterliegt nicht dem Geltungsbereich des BBiG.

Meisterprüfungsverordnungen werden vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Einvernehmen mit dem Ministerium für Bildung und Forschung erlassen. Sie werden nicht unter der Federführung des Bundesinstituts für Berufsbildung erarbeitet und nicht den Gremien des BBiG vorgelegt. Diese Ausklammerung der Meisterprüfungen aus der regulären Ausbildungsgesetzgebung führt zu einer stark arbeitgeber*innenfreundlichen und arbeitnehmer*innennachteiligen Prüfungsordnung. Um dies zu beheben, sollen die Normen des BBiG in die Regelungen zur Meisterprüfung einfließen unter Einbeziehung und Kontrolle des Bundesinstituts für Berufsbildung. Im Zuge dieser Umbildung sollen auch die anderen Regelungen der Handwerksordnung (HwO) mit dem BBiG harmonisiert werden.

LEHRJAHRE SIND KEINE HERRENJAHRE – FÜR BESSERE KONTROLL- UND SCHLICHTUNGSMÖGLICHKEITEN!

Die Handwerks- beziehungsweise Industrie- und Handelskammern sind zentraler Akteur im Bereich der beruflichen Bildung. Sie sollen die Berufsbildung fördern und überwachen. Die Kammern verfügen dabei über verschiedene Werkzeuge, so können sie die Ausbildungsfähigkeit von Unternehmen aberkennen oder im Rahmen von Schlichtungsverfahren Streitigkeiten zwischen Azubis und Unternehmen befrieden. Nur: Die Ausbildungsbeauftragten der Kammern werden von den Unternehmen bezahlt, die sie überprüfen sollen. Dies soll gelegentlich zu Interessenskonflikten führen.

Das Berufsbildungswesen lebt in vielen Bestandteilen von der Beteiligung von Unternehmen und Arbeitnehmer*innenvertretungen. In Berufsbildungsausschüssen, Schlichtungsgremien oder auch in den Schulkonferenzen werden beide Parteien beteiligt. In kritischen Fällen erfahren die Vertreter*innen der Arbeitnehmer*innenseite erst von den Problemen, wenn sie vor dem Schlichtungsausschuss behandelt werden. Mögliche vorherige Auseinandersetzungen zwischen Azubis und Unternehmen, die bei den Kammern zu Protokoll genommen werden, werden nicht zur Kenntnis weitergeleitet.

Deswegen fordern wir die Herstellung voller Transparenz in Schlichtungs- und anderen Konfliktfällen. Generell ist zu überlegen, ob die Überwachung der Ausbildungsfähigkeit von Betrieben nicht gleichermaßen von Kammern, Gewerkschaften und Berufsschulen übernommen werden kann. Bei Streitigkeiten zwischen Azubi und Unternehmen kommt es oft zur Auflösung der Ausbildungsverträge, weil ein unüberbrückbarer Streit nicht gelöst und kein neuer Ausbildungsbetrieb gefunden werden kann. Hier haben die Kammern verpflichtend dafür zu sorgen, dass freie Ausbildungsplätze (die von Betrieben angeboten werden können) über das gesamte Jahr als Reserve-Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen.

ROLLE DER AUSBILDER*INNEN DEFINIEREN!

Der/die Ausbilder*in war traditionell zuständig für die betriebliche Unterweisung, die Durchführung von Lehrgängen und simulierten Projekten in Lehrwerkstätten.

Ihre Aufgaben sind heute andere. Bezeichnungen wie Lernbegleiter*in, Coach oder Trainer*in signalisieren den Rollenwechsel – in der Erstausbildung, aber auch in der Weiterbildung.

Dazu kommt, dass sich Ausbilder*innen heute oft zusätzlich um Dualstudierende im Betrieb und um Schülerpraktikant*innen kümmern müssen. Das betriebliche Bildungspersonal soll Lernen ermöglichen, anstatt zu unterweisen, zu belehren oder zu instruieren.

Fehler können Lernchancen sein und werden daher, wenn möglich, zugelassen und für das Lernen genutzt und nicht von vorne herein verhindert. Es werden Arbeitsaufgaben und Lernaufträge ausgewählt, die alternative Vorgehensweisen und Lösungen ermöglichen.

Ausbilder*innen verzichten weitgehend auf instruierende oder einführende Belehrungen. Sie zeigen stattdessen die Möglichkeiten, an Informationen zu kommen und Lösungshilfen zu beschaffen.

Der/die Ausbilder*in stehen jederzeit für Rückfragen zur Verfügung. Sie geben Hilfestellungen, die sich auf den Arbeitsprozess, seine Inhalte sowie sein Umfeld beziehen und keine rein fachliche Unterweisung darstellen.

§ 29 BBiG (Persönliche Eignung) soll die persönliche Eignung des Ausbildungspersonals regeln. Faktisch werden lediglich formale Ausschlussgründe benannt. Die Rolle der Ausbilder*innen hat sich in den vergangenen Jahren in einem Ausmaß verändert, welches eine genauere Definition in § 29 notwendig macht: die Einhaltung einheitlicher berufspädagogischer Standards für die Ausbildung der Ausbilder*innen sowie die verbindliche Voraussetzung der Ausbilder*inneneignungsverordnung (AEVO) für hauptamtliche Ausbilder*innen muss festgeschrieben werden. Diese muss modernisiert werden und um methodisch-didaktische und jugendpsychologische Kompetenzen erweitert werden. Zudem muss in den §29 eine Weiterqualifizierungsverpflichtung inklusive Freistellung für die Ausbilder*innen aufgenommen werden. Um eine ausreichende Betreuung der einzelnen Auszubildenden zu garantieren muss ein Betreuungsschlüssel von 1:8 rechtsverbindlich festgeschrieben werden.

JA ZUR EINSTIEGSQUALIFIZIERUNG – NEIN ZU BLÖDSINN UND ABWERTUNG VON SCHULABSCHLÜSSEN!

Die Einstiegsqualifizierung kann ein wichtiger Schlüssel zu einem inklusiven Arbeitsmarkt sein. Im Besonderen kann sie als Werkzeug für die Integration von Geflüchteten in Ausbildung und Arbeit genutzt werden. Allerdings wird sie oft ausgenutzt, um Absolvent*innen von Haupt- und Realschulen, gelegentlich sogar Abiturient*innen, als billige Arbeitskräfte für ein Jahr zu gewinnen. Mit einem Schulabschluss jeder Art sind Jugendliche fähig, eine Berufsausbildung zu absolvieren. Das gilt auch hier! Deswegen fordern wir eine strengere Regulierung der Einstiegsqualifizierung.

NICHT VON GESTERN, SONDERN BRANDAKTUELL: WER NICHT AUSBILDET, WIRD UMGELEGT!

Die Ausbildungsplatzumlage ist eine alte Juso-Forderung. Sie bleibt aber aktuell. Unternehmensverbände beklagen sich einerseits über den Fachkräftemangel und die angeblich mangelnde Ausbildungsfähigkeit von Schulabsolvent*innen. Auf der anderen Seite reduzieren sie die Zahl der Ausbildungsplätze in ihren Unternehmen, akquirieren Arbeitskräfte aus anderen Ausbildungsbetrieben oder bieten vermehrt oder sogar ausschließlich Ausbildungsplätze im Dualen Studium an. Das

Engagement von Unternehmen, ihren Verbänden und den Kammern beschränkt sich zu oft auf Marketingkampagnen oder Bestenauslese (wie die „Reintegrationsprogramme“ für gutqualifizierte Studienabbrecher*innen). Dieser Zustand ist absolut inakzeptabel!

Gleichzeitig ist festzustellen, dass Jugendliche auch in der zweiten oder dritten „Schleife“ auf der Berufsschule oder im Rahmen einer anderen Bildungsmaßnahme ohne Ausbildungsplatz bleiben. Sie sind oft darauf angewiesen, als billige Arbeitskraft im Rahmen der Einstiegsqualifizierung eingesetzt zu werden oder einen Ausbildungsplatz im Rahmen einer Maßnahme der Agentur für Arbeit zu erhalten. Das ist nicht hinnehmbar!

Eine Ausbildungsplatzgarantie darf nicht nur Überschrift bleiben. Wer die Forderung nach dieser Garantie ernst nimmt, muss dafür Sorge tragen, dass hiermit nicht die Errichtung von Ausbildungsplätzen zweiter und dritter Klasse gemeint ist. Die Ausweitung von Ausbildungsplätzen in tarifgebundenen Unternehmen und der Verzicht auf Ausbildung im Rahmen von Maßnahmen der Arbeitsagentur müssen Bestandteil dieses Versprechens sein!

Zur Durchsetzung dieser Garantie bietet sich die Ausbildungsplatzumlage geradezu an. In der Bau- und Pflegebranche liegen bereits Erfolgsbeispiele vor. Im besten Fall umfasst die Pflicht zur Zahlung einer Umlage auch die Betriebe, die vermehrt oder ausschließlich Ausbildung oder Duales Studium für Schulabsolvent*innen mit Hochschulreife anbieten. Auch dies wäre eine sinnvolle Maßnahme gegen die Entwertung von Schulabschlüssen!

BERUFSSCHULE AUS DEM GESTERN HOLEN – SCHULORDNUNGEN & LEHRPLÄNE MODERNISIEREN!

Die Berufsschule ist der „staatliche Arm“ der dualen Berufsausbildung. Hier sollen Auszubildende die theoretischen Fertigkeiten für ihren Berufschulabschluss erlernen. Gleichzeitig ermöglicht sie das Erreichen der Fachhochschulreife sowie des Abiturs mit bestimmten Schwerpunkten. Außerdem besuchen Schüler*innen die Berufsschule, die sich beispielsweise im Berufsgrundschuljahr befinden oder eine vollschulische Assistenzausbildung absolvieren.

Die Schulordnung der Berufsschulen ist in die Jahre gekommen. Elemente der Berufsbildung wie das Duale Studium werden in ihr gar nicht dargestellt. Die Einführung von Verbundklassen für Verbundstudierende wird durch die Landesschulordnung quasi ausgeschlossen. Eine grundlegende Reform der Schulordnung für Berufsschulen ist dringend erforderlich.

Verstärkt muss an den Berufsschulen auch die Situation junger Azubis in Betrieb und Gesellschaft betrachtet werden. Die angehenden Facharbeiter*innen sollen nicht nur wissen, wie sie ihren Beruf korrekt ausüben haben. Auch grundlegende politische Kenntnisse und Grundzüge der Politischen Ökonomie gehören in die Berufsschul-Lehrpläne! Außerdem soll dafür Sorge getragen werden, dass auch den Gewerkschaften der Zugang zum Berufsschulunterricht zum Beispiel im Rahmen der bekannten „Berufsschultouren“ barrierefrei ermöglicht wird.

MEHR ALS KREUZCHEN MACHEN: DEMOKRATIE IM BETRIEB STÄRKEN!

Für Jungsozialist*innen ist seit jeher klar: Demokratie darf nicht am Werkstor enden. Betriebsräte sowie Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) leisten wichtige Arbeit. Im Bereich der Personal- und Bildungsplanung haben die betrieblichen Interessenvertretungen aber zum Beispiel nur ein bloßes Vorschlags- beziehungsweise Beratungsrecht. Das heißt: Weigert sich ein Unternehmen, überhaupt eine Personalplanung vorzunehmen, können Betriebsrat und JAV wenig bis gar nichts dagegen machen. Deswegen gehören Personal- und Bildungsplanung in die echte betriebliche Mitbestimmung!

Eine JAV ist bislang zuständig für Betriebsangehörige unter 18 Jahren und Auszubildende bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres. Oft befinden sich auch ältere Azubis in den Belegschaften, für die eine JAV nicht zuständig sein soll und Betriebsräte oft keine Kapazitäten haben. Außerdem ist die JAV nicht für Dual Studierende zuständig, sobald sie sich nicht (mehr) in einer gleichzeitigen Berufsausbildung befinden. Deswegen ist eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes notwendig, das es auch für Azubis zu einem Mitbestimmungsgesetz macht. Wir fordern eine Ausweitung der JAV-Zuständigkeit für alle Dual Studierenden und Azubis im Betrieb!

INKLUSION

Die Chance für Menschen mit Beeinträchtigung, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, ist sehr gering. Zu viel Aufwand für die Ausbildenden oder zu hohe Kosten werden vorgeschoben. Hier müssen die Berufsbildner*innen von Arbeitgeber*innen- und Arbeitnehmer*innen-Seite klar ziehen, welche Berufe man mit welcher Beeinträchtigung erlernen kann. Es muss so eingerichtet werden, dass die Betriebe die eine*n Kolleg*in mit Beeinträchtigung einstellen, mehr Geld aus der Umlage bekommen und die Betriebe, die dieses verweigern, mehr zahlen, um ggf. Umbaumaßnahmen oder Förderungen zu finanzieren. Die Chance, seine Arbeitsstätte behindertengerecht zu gestalten und dafür Subventionen zu bekommen, besteht bereits. Dieses sollte auch für Ausbildungsplätze in den geschilderten Fällen gelten. Daher muss eine klare Regelung zur Ausbildung für Menschen mit Beeinträchtigung in das BBiG aufgenommen werden.

EINMAL DEN FAHRSCHEIN BITTE – AZUBIS SOLLEN SICH WOHLFÜHLEN!

Arbeitgeber*innen beklagen sich regelmäßig über die angeblich mangelnde Selbständigkeit von Berufsstarter*innen. Gleichzeitig sorgen sie oft durch schlechte Ausbildungsvergütungen, der fehlenden Unterstützung für Lernmittel oder dem Verzicht auf die Subvention eines ÖPNV-Tickets selbst dafür, dass sich Schulabsolvent*innen gegen eine herkömmliche Berufsausbildung entscheiden. Gerade weil die Rahmenbedingungen dafür sorgen, dass der Einstieg in ein selbstbestimmtes Leben nicht mit der Ausbildung beginnt.

Neben der Verpflichtung zur Finanzierung der Lernmittel fordern wir weiterhin die Einführung eines Azubi-Tickets für ganz NRW. Mobilität ist ein Grundrecht – ob zur Arbeit, zur Disco oder zum Fußballspiel.

Die erste eigene Wohnung spielt im Leben vieler junger Menschen eine zentrale Rolle. Viele Azubis können sich den Wunsch nach der ersten Bude nicht erfüllen, weil die Mieten nicht erschwinglich sind und / oder die Ausbildungsvergütung nicht ausreichen. Hier fordern wir die landesweite Errichtung von Wohnheimen für Azubis!

FAZIT

Wir NRW Jusos halten das duale Ausbildungssystem nicht für ein Relikt vergangener Zeiten, sondern für ein Zukunftsmodell in der hochtechnologisierten und -digitalisierten Arbeitswelt. Die duale Ausbildung soll einen Berufseinstieg bieten, der gleichwertig mit einem Bachelor-Studium ist. Allerdings bedarf es dafür zentraler Änderungen, damit die Qualität für alle Auszubildenden sichert werden kann. Hier sind wir gefordert, auf Landes- und Bundesebene im Rahmen von Parteitag und Kampagnen für die Rechte der Auszubildenden zu streiten. Denn: Lehrjahre sind keine Herrenjahre (mehr)!

EINE SCHULE FÜR ALLE

DAS SCHULSYSTEM IN NRW

Das Schulsystem in Nordrhein-Westfalen ist, wie in allen deutschen Bundesländern, geprägt von einer starken Trennung von Schülerinnen und Schülern. Nach der Grundschule gehen diese auf weiterführende Schulen und haben dabei die Wahl zwischen drei verschiedenen Typen: Gymnasium, Realschule, Hauptschule. Der Fachausdruck dafür ist dreigliedriges Schulsystem. Die Gesamtschulen werden dabei sprachlich nicht berücksichtigt, spielen jedoch in der sozialistischen und sozialdemokratischen Schulpolitik eine wichtige Rolle und werden auch in diesem Antrag behandelt. Diese fünf Schulformen zusammen werden Regelschulsystem genannt und sind fast allen Menschen gut bekannt. Doch daneben unterhält der Staat noch ein Förderschulsystem, welches ein Schattendasein führt und den meisten unbekannt ist. Es richtet sich an Kinder mit körperlichen oder geistigen Behinderungen und isoliert diese strikt von allen Kindern, bei denen keine Beeinträchtigung diagnostiziert wird.

Dass neben dem Regelschulsystem gleichzeitig das Förderschulsystem aufrecht erhalten wird ist teuer und ineffizient. Als ob man beim Autofahren mit dem rechten Fuß Gas geben und dem Linken bremsen würde. Unnötige Kosten und Probleme sind dabei unter anderem das Erhalten von Schulgebäuden, für welche nur durch das Trennsystem Bedarf besteht, die unverhältnismäßige Verteilung von Arbeitsstunden von Lehrkräften und doppelte Verwaltungsstrukturen. Vor allem aber widerspricht die Aufrechterhaltung des Förderschulsystems dem Grundgedanken der Inklusion. Förderschulen verhindern, dass Kinder mit Behinderungen im vollen Umfang an der Gesellschaft im Allgemeinen und der Schule im besonderen teilhaben können. Wir fordern daher eine schnellst mögliche Schließung der Förderschulen bei gleichzeitigem Ausbau der Regelschulen. Das Ziel muss sein, dass Förderschulen überflüssig werden. Dieses erreichen wir nicht nur durch eine einfache Schließung sondern vor allem durch den Umbau des jetzigen Regelschulsystems um allen Kindern und Jugendlichen die Teilhabe am Bildungssystem zu gewährleisten.

SCHULISCHE INKLUSION

Die Eingliederung von Kindern mit Behinderung in Regelschulen nennt man schulische Inklusion. NRW setzt damit die UN-Behindertenrechtskonvention (amtlich: Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen) um, welche 2009 von Deutschland ratifiziert worden ist. Menschen mit Behinderungen werden weltweit Grundrechte vorenthalten, je nach Land in unterschiedlicher Ausprägung. Dies geschieht teils absichtlich durch staatliche Nichthilfe und teils unabsichtlich durch Barrieren und Hürden, die in der Öffentlichkeit nicht bekannt genug sind. Der Beschluss der Vereinten Nationen enthält einen umfangreichen Maßnahmenkatalog zu allen Bereichen des Lebens. Eine Sehr prominente Rolle nimmt der Bildungsbereich ein, da dieser auch auf alle anderen Bereiche ausstrahlt.

MENSCHEN NICHT IN SCHUBLADEN STECKEN

Ein Problem bei der Einteilung von Kindern und Jugendlichen zu Förderschulen ist, dass den Schüler*innen ein Stempel aufgedrückt wird. Sie bekommen ein Label, was sie nicht nur einer Schule, sondern auch einer sozialen Gruppe zuweist, mit der sie fortan verbunden werden. Dies beeinflusst massiv die Chancen der Kinder, die sie allein durch ihre Leistungen in der Schule nicht verändern können. Erschwerend kommt hinzu, dass das Schulsystem nicht durchlässig genug ist. Ist man erstmal einer Förderschule zugewiesen, ist ein Wechsel zu einer Regelschule mit Schwierigkeiten verbunden, die nicht nur mit den Lehrinhalten zusammenhängen. Das Eingewöhnen in der

neuen Umgebung oder der Verlust bzw. das Finden neuer Freundschaften sind hohe Hürden beim Wechsel. Diese kommen nur durch das sortierende Schulsystem zustande und können überwunden werden.

DAS DREIGLIEDRIGE SCHULSYSTEM

All die oben genannten Probleme treten jedoch nicht nur wegen parallel bestehender Regel- und Förderschulen auf, sondern auch innerhalb des Regelschulsystems. Das dreigliedrige Schulsystem verteilt Kinder auf Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen. Dabei liegt die Annahme zugrunde, dass während der Grundschulzeit bei allen Kindern deutlich wird, wie intelligent diese sind. Ebenfalls geht man davon aus, dass intelligente Menschen grundsätzlich in allen Bereichen schlauer seien als weniger intelligente Menschen. Deshalb werden an Gymnasien alle Schulfächer, egal ob Musik oder Mathematik, egal ob Englisch oder Erdkunde, egal ob Politik oder Pädagogik, auf einem höheren Niveau gestaltet als an Realschulen und Hauptschulen. Aber diese Annahme ist falsch. Es ist stark zu bezweifeln, dass Menschen eine objektiv feststellbare Intelligenz besitzen. Darum sollte der Grad der Förderung, welcher einem Menschen in einem Schulfach zuteil wird, nicht daran ausgerichtet werden. Als positives Modell sind hier die Gesamtschulen zu sehen, welche eben jenes nicht tun, sondern eine individuelle Förderung nach Schulfach ermöglichen. Wer also das Förderschulsystem abschaffen will, weil es die genannten strukturellen Probleme schafft, muss auch langfristig das dreigliedrige Schulsystem abschaffen.

KEIN STOPP BEI DER INKLUSION

Die praktische Umsetzung der Inklusion war und ist in Teilen sehr chaotisch und für viele Schulen und das Lehrpersonal überfordernd. Daher muss man an dieser Stelle erwähnen: das hätte der Staat besser machen können und müssen! Die Dreigliedrigkeit des Schulsystems zum Beispiel ist ein hausgemachtes Problem. Aber es ist auch nicht verwunderlich, dass es bei solchen großen Reformen zu Schwierigkeiten kommt. Dennoch ist dies in keinster Weise ein Grund dafür, die Inklusion in Frage zu stellen. Es ist richtig, dass alle Menschen, egal ob mit oder ohne körperliche oder geistige Einschränkung, zusammen in einer Schule lernen sollte.

DIE ROLLE DER INTEGRATIONSKRÄFTE

Bei Kindern mit einem besonders starken Betreuungsbedarf, können die Eltern bei der Kommune eine*n Integrationshelfer*in beantragen, welche*r das Kind in der Schule begleitet. Dabei werden die Integrationshelfer*innen jedoch nicht bei der Schule beschäftigt, sondern bei freien Trägern, an welche sich die Eltern selbstständig wenden müssen. Diese freien Träger, die zumeist als Verein oder gGmbH organisiert sind, suchen ständig händeringend nach Personal, weil die Arbeit sehr schlecht vergütet wird. Diese miserable finanzielle Situation für die Arbeitnehmer*innen führt dazu, dass es äußerst schwierig ist, geeignetes Personal zu finden. Kein Wunder, wenn in der Branche 1200 € Brutto schon als viel gelten. Eine mögliche Lösung wäre es, die I-Kräfte direkt bei der Schule anzusiedeln und damit sowohl die Weiterbildung als auch die Vergütung zu verbessern. Doch egal welche Möglichkeit man in Betracht zieht: so wie es aktuell ist, kann es auf keinen Fall bleiben.

DIE UNMITTELBAREN VORTEILE

Bei der schulischen Inklusion geht es nicht darum, dass in Zukunft alle Menschen zielgleich unterrichtet werden sollen. Es geht nicht darum, dass alle den selben Abschluss machen sollen. Die Umstellung des Schulsystems wird in der ersten Phase Vorteile bringen, die erst einmal nicht zwangsläufig mit den Unterrichtsinhalten zu tun haben. Es geht darum, dass Menschen mit Behinderungen nicht weiter abgeschoben werden. Denn dies führt dazu, dass diese aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Dadurch fehlt oftmals das gesellschaftliche Verständnis für spezielle Probleme und Hürden. Im Alltag gilt: aus dem Augen, aus dem Sinn. Aber es ist sehr gut möglich, dies mittels der Inklusion zu ändern. Es reichen Maßnahmen, die auf den ersten Blick vielleicht banal erscheinen. Dazu gehören das gemeinsame Mittagessen in der Schulmensa, das gemeinsame Feiern von Schulfesten und der tägliche Kontakt zwischen den Schulstunden. So kann vermittelt werden, dass Behinderungen kein Makel sind.

DIE ZUKUNFT DES SCHULSYSTEMS

Die NRW Jusos setzen sich für die schulische Inklusion ein. Wir haben keine Zweifel an ihrer grundsätzlichen Richtigkeit. Das Förderschulsystem soll komplett abgeschafft werden und langfristig auch das dreigliedrige Regelschulsystem. Die Qualifizierung und die Arbeitsbedingungen der Integrationskräfte müssen deutlich verbessert werden. Es sollen nicht alle Menschen die gleichen Inhalte lernen, sondern alle am gleichen Ort. Unser Ziel ist eine Schule für alle.

FÜR EINE GESCHLECHTER- GERECHTE SPRACHE IN SCHULBÜCHERN

Die NRW Jusos fordern die Schulen und das zuständige Ministerium in Nordrhein-Westfalen auf, bei der Neuanschaffung neuer Schulbücher vorzugsweise Lernmittel in geschlechtersensibler bzw. inklusiver Sprache zu berücksichtigen. Zudem sollte die Gleichberechtigung der Geschlechter auch inhaltlich in Schulbüchern und Unterricht transportiert werden. Hierbei sollen vor allem durch graphische Darstellungen ein diverses geschlechtergerechtes Rollenbild transportiert werden. Priorität haben hierbei Bücher mit geschlechtsneutralen Formulierungen. Sofern diese nicht zur Verfügung stehen, sind Lehrmittel zu bevorzugen, welche die männliche und weibliche Sprachform verwenden. Zusätzlich sollen an den Schulen alle Schriftstücke wie Texte, Formulare, Richtlinien, Prüf- und Hausordnungen, Rundschreiben und Elternbriefe geschlechtergerecht formuliert werden, sodass alle Geschlechter und Identitäten gleichermaßen sichtbar und wertschätzend angesprochen werden. Zusätzlich fordern wir die Ergänzung des Punktes „Zulassungsvoraussetzungen“ des Runderlasses des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder „Zulassung von Lernmitteln“ vom 03.12.2003 (ABl. NRW. 2004 S. 9) durch eine Formulierung, die ausschließlich Lernmittel in geschlechtersensibler bzw. inklusiver Sprache genehmigt.

Die Sprache als wichtigstes Ausdrucksmittel unserer Gesellschaft kann Realitäten stabilisieren, schaffen und verändern, genauso kann sie diese aber auch verzerren. Die Nichtnennung beziehungsweise Unsichtbarmachung von Geschlechtern und Identitäten jenseits des Mannes ist diskriminierend, geschlechtersensible Sprachformen können hingegen Stereotypen über Rollenzuordnungen und Lebensformen abbauen und entgegenwirken. Denn der sprachliche Ausdruck hat Auswirkungen auf unser Denken und Handeln und kann so zur Gleichstellung aller Geschlechter beitragen. Zusätzlich widerspricht die Verwendung allein maskuliner Formen dem Grundsatz der Gleichstellung von Mann und Frau. Wenn auch die weibliche Form genannt und berücksichtigt wird, wird signalisiert, dass Frauen die gleichen gesellschaftlichen und beruflichen Aufstiegschancen haben. Bisher werden Positionen mit maskuliner Bezeichnung wie „Politiker“ oder „Manager“ in der Vorstellung der/des Lesenden kaum in Verbindung mit weiblichen Funktionsträgerinnen gebracht. Eine Studie zeigt, dass sogenannte „typisch männliche“ Berufe mit einer geschlechtergerechten Formulierung von Kindern als erreichbarer und leichter erlernbar eingeschätzt werden und sich eher zutrauen, diese zu ergreifen.¹ Ein Erklärungsansatz dafür ist, dass Kinder bereits im Grundschulalter lernen, vorwiegend männlich besetzte Positionen und Aufgaben mit einer höheren Schwierigkeit zu verbinden.

In Österreich, wo Schulbücher in gendergerechter Sprache bereits großflächig eingeführt wurden, laufen Elternverbände Sturm gegen den aus ihrer Sicht Überhand nehmenden „Genderwahn“. Hauptargument dieser Bewegung ist, dass Texte grammatikalisch inkorrekt und schwer lesbar werden. Es ist aber nicht Anspruch der inklusiven Linguistik, der tradierten Grammatik zu entsprechen. Nicht die vorgeschlagenen Gegenmodelle oder die Impraktikabilität dieser sind das Problem, sondern die Tatsache, dass wir die Einhaltung konventioneller Ästhetik höher einordnen als die gesellschaftliche Anerkennung der Frau.

¹<http://psycnet.apa.org/journals/zsp/46/2/76>

EUROPA UND INTERNATIONALES

E1	Ein Europa mit Zukunft	42
E2	Die BoykotteurInnen boykottieren – Gegen das BDS Movement	47
E3	Zu seinem Wort stehen! Internationalen Standort Bonn erhalten	48

EIN EUROPA MIT ZUKUNFT

Am 23. Juni 2016 hat eine Mehrheit der britischen WählerInnen für einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union gestimmt. Das Ergebnis war ein Schock und hat bei vielen Bestürzung ausgelöst. Bis zuletzt hatte man gehofft, dass es nicht soweit kommen würde. Im Anschluss an die Abstimmung haben antieuropäische Kräfte innerhalb und außerhalb der EU das Ergebnis als Fanal gefeiert und den baldigen Untergang der Staatengemeinschaft prophezeit. Zugleich haben die proeuropäischen Kräfte den Einzelfallcharakter der Entscheidung betont und überrascht Reformen gefordert, um die EU trotz Brexit zu stärken und den Menschen näher zu bringen. Es schien so, als ob die euroskeptische Haltung vieler BürgerInnen für viele einer Überraschung gleich kam. Dabei war nicht nur im Vornherein und nur in Großbritannien klar, dass es eine Entfremdung zwischen dem europäischen Projekt und den Menschen in Europa gibt. Die Ablehnung der europäischen Verfassung durch die Referenden 2005 war das erste große Signal, dass die Entfremdung bereits fortgeschritten war. Der Aufstieg rechtspopulistischer Kräfte in vielen Ländern sowie breite Renationalisierungsbestrebungen gingen über Jahre hinweg einher mit verstärktem antieuropäischem Denken. Verstärkt durch die Krise, in deren Zuge einseitiges Management zu Lasten der Menschen auch den Aufstieg antieuropäischer Bewegungen zur Linken beförderte, sitzen die AntieuropäerInnen in fast allen europäischen Parlamenten und stehen in einigen Mitgliedsstaaten vor dem Sprung in die Büros der Staats- und Regierungschefs, so zum Beispiel in Österreich und Frankreich. In Ungarn oder Polen lenken sie bereits die Geschicke des Staates. Gleichzeitig ist der Brexit ein Signal für die kaum wahrnehmbaren Vorteile, die die EU mit sich bringt. Die Auswirkungen auf den Ausbildungsmarkt und die damit verbundenen Arbeitsstellen werden in den kommenden Jahren deutlich spürbar. Ein Aspekt, der die jungen BürgerInnen nicht überzeugen konnte sich am Referendum zu beteiligen. Denn auch wenn die Mehrheit der jungen Bevölkerung für einen Verbleib votierte, gingen viele aufgrund von Unsicherheit erst gar nicht zur Wahl. Ein Gewinn für die PopulistInnen, die mit ihrer verlogenen antieuropäischen Haltung klar im Vorteil lagen. Doch der Erfolg der antieuropäischen und autoritären Rechten ist nicht im luftleeren Raum entstanden. Viele Menschen verbinden die europäische Idee nicht mehr mit einem Aufstiegs- und Wohlstandsversprechen, sondern mit ökonomischer Unsicherheit und Abstiegsängsten. Bereits vor der Krise hat sich die Kluft zwischen arm und reich immer weiter aufgetan, die Globalisierung hat neben Gewinnerregionen auch Verliererregionen erzeugt. Die Liberalisierungspolitik der späten 90er und der 00er Jahre hat oft ihr übriges dazu getan, den internationalen Wettbewerb auf den Rücken der ArbeitnehmerInnen zu verlagern. Die Krise hat die Situation weiter verschärft, noch verstärkt durch die menschenfeindliche Austeritätspolitik. Die schwache, teils rückläufige, wirtschaftliche Entwicklung, grassierende Arbeitslosigkeit, Abstiegsängste und fehlende öffentliche Investitionen, dazu eine Rettungspolitik auf dem Rücken der Menschen, dazu Zwangsräumungen und arbeitnehmerfeindliche Reformen, transnationaler Terrorismus und die außenpolitische Entwicklung, kreieren ein Klima, in dem es für viele undenkbar scheint, dass mehr Europa die Lösung der vielfältigen Probleme ist - scheint Europa doch Dank Freihandel, Liberalisierung, Austeritätspolitik und Unvermögen die Sicherheit ihrer BürgerInnen zu garantieren als Wurzel aller schlechten Entwicklungen. Diese Entwicklungen betreffen manche Gesellschaftsgruppen mehr als andere. Ländliche Gebiete sind stärker in Mitleidenschaft gezogen, ärmere und bildungsferne Menschen eher gefährdet. Besonders betrifft es aber junge Menschen, deren Entwicklung, deren berufliche und private Zukunft, bedroht, behindert oder zerstört ist. Die Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen ist weit höher als im Durchschnitt, die Möglichkeit eigenständig und selbstbestimmt zu leben bei vielen nicht vorhanden. Wir erleben die erste Generation, die weder Krieg noch eisernen Vorhang erleben musste - aber auch die erste Generation, der es wirtschaftlich nicht besser geht als ihren Eltern. Die junge Generation ist entscheidend für Europas Zukunft und Europa entscheidend für die Zukunft der jungen Generation. Europa kann es sich nicht leisten eine verlorene Generation zu generieren, eine Generation, die sich von Europa abwendet, statt Europa gemeinsam weiter zu bauen. Die Antwort darauf muss sein, dass wir besonders für junge Menschen neue Aufstiegshoffnungen und Perspektiven bieten. Das funktioniert aber nicht, wenn staatliche Strukturen im allgemeinen Sparruck zunehmend handlungsunfähig werden. Wir brauchen aktive Staaten, die bereit sind, wirtschaft-

liche Innovationen zu ermöglichen und Gerechtigkeit zu organisieren. Nur mit der Überwindung der marktradikalen Dogmatik wird es möglich sein, neue pro-europäische Dynamiken zu wecken. Wir brauchen ein Europa, das mutig in seine zukünftigen Generationen investiert. Denn auch hier gilt: Europas Zukunft gibt es nicht für lau.

Bei der Neugestaltung Europas kommt der europäischen Sozialdemokratie eine natürliche Führungsrolle zu. Die Sozialdemokratie stand immer für Fortschritt und gemeinsamen Wohlstand und wird an der Einlösung dieses Versprechens gemessen. Die in der SPE vereinigten Parteien haben wiederholt Lösungsansätze auf den Tisch gelegt - jedoch kaum etwas umgesetzt. Teilweise liegt das an der fehlenden Mehrheit in den Institutionen, teilweise an der selbst gewählten großen Kooperation mit der EVP, oft aber auch an der fehlenden Durchsetzungskraft in Europas Hauptstädten. Es ist höchste Zeit, dass die europäische Sozialdemokratie sich ihrer Rolle besinnt und Europa gemeinsam wieder zu einem Europa der Menschen macht. Dazu müssen unsere Parteien ihre nationalen Interessen zurückstellen und bedingungslos an einem Strang ziehen. Die Lösungsvorschläge wurden bereits gemeinsam ausgearbeitet und müssen nun endlich umgesetzt werden. Besonders hervorzuheben sind dabei die Forderungen aus dem Programm zur Europawahl 2014, die als Blaupause für die nEUordnung gelten können.

EUROPÄISCHER JUGENDPLAN

Kürzlich haben SPE und YES gemeinsam den Europäischen Jugendplan veröffentlicht. Die Beweggründe sind simpel: Jugendarbeitslosigkeit und die soziale Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen sind die größten Herausforderungen, vor denen Europa steht. Jeder fünfte Jugendliche in Europa ist arbeitslos, jedes vierte Kind lebt in Armut oder ist von Armut bedroht. Dieser Zustand ist unakzeptabel! Wir unterstützen daher den von SPE und YES entwickelten Europäischen Jugendplan, der beschäftigungs-, bildungs-, kultur- und kinderpolitische Maßnahmen umfasst. Wir rufen die SPD und ihre VertreterInnen in Parlamenten und Regierungen dazu auf, die anstehende Halbzeitbewertung des EU-Budgets dazu zu nutzen, ausreichend Mittel zur effektiven Umsetzung des Jugendplans bereitzustellen. Während wir einen Kurswechsel der gesamtwirtschaftlichen Ausrichtung in Europa fordern, bietet der Europäische Jugendplan wichtige Maßnahmen, um die drängendsten Probleme der Jugend Europas schnell und konkret anzugehen:

» **Beschäftigung: eine permanente und erweiterte Jugendgarantie**

Wir fordern, dass die Europäische Jugendgarantie ein permanentes Instrument der europäischen Arbeitsmarktpolitik wird. Dabei ist unbedingt darauf zu achten, dass die Angebote der Jugendgarantie hohe Qualitätsstandards erfüllen. Es müssen finanzielle Mittel für die Zeit nach 2016 bereitgestellt werden. Bis 2020 werden mindestens weitere 20 Milliarden Euro im Rahmen der Europäischen Jugendinitiative benötigt. Zugang zur Jugendgarantie muss für Jugendliche bis zum 30. Lebensjahr möglich sein.

» **Bildung: ein erweitertes Erasmus+ für SchülerInnen in weiterführenden Schulen und Auszubildende**

Reisen bildet. Und Reisen baut Vorurteile über andere Länder, Menschen und Kulturen ab. Wir fordern ein „Erasmus für alle“, ein Erasmus-Programm, das Erasmus+ auch für SchülerInnen weiterführender Schulen und Auszubildende zugänglich wird. Das Erasmus-Programm muss daher finanziell besser ausgestattet werden. Zugleich muss die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen europaweit verbessert werden.

» **Kultur: Europäische Kulturschecks für Jugendliche für einfacheren Zugang zu Kultur**

Befassung mit Kultur – der eigenen, sowie der Kultur anderer Länder und Regionen – fördert Kreativität, kritisches Denken und Verständnis für die Komplexität der modernen Welt – eben jene Fertigkeiten, welche für die demokratische Teilhabe unabdingbar sind. Durch die Einführung von Kulturschecks für Europas Jugend - von EU-Mittel ko-finanzierte Gutscheine zum freien Gebrauch der Jugendlichen für kulturelle Aktivitäten ihrer Wahl - soll der Zugang der Jugend zur Kultur vereinfacht werden.

» **Kinderarmut: Die Kinderrechte auf Gesundheitsvor- und fürsorge, Bildung, Betreuung, Wohnen und Ernährung sicherstellen**

Die Zukunftschancen junger Erwachsener werden zum Großteil im Kindesalter vorbestimmt. Die Kinderarmutsrate in Europa ist skandalös hoch. Armut im Kindesalter setzt sich somit oft im Jugend- und Erwachsenenalter fort. Um Chancengerechtigkeit (Chancengleichheit?) von Kleinauf zu schaffen, fordern wir die Schaffung einer „Kindergarantie“. Europäische Mittel zur Bekämpfung von Kinderarmut sollen dafür in einem Fond gebündelt und um zusätzliche

Mittel aufgestockt werden. Die Kindergarantie soll Programme finanzieren, die jedem in Armut lebendem oder von Armut bedrohtem Kind freien Zugang zu Gesundheitsvor- und fürsorge, Bildung, Betreuung, einer guten Wohnung und Ernährung garantieren.

Die NRW Jusos stehen vollkommen hinter dem Europäischen Jugendplan und unterstützen dessen Umsetzung. Dennoch greift der Pact for the Youth zu kurz. Die Arbeitsplatzgarantie alleine schafft keine Stellen oder verbessert die wirtschaftliche Lage, mit Kulturschecks alleine schafft man kein europäisches Bewusstsein. Die Probleme sind tiefgehender, die nötigen Lösungen weitreichender. Die NRW Jusos fordern die Umsetzung aller gemachten Reformvorschläge, wie z.B. im Wahlprogramm 2014 beschrieben. Insbesondere müssen folgende Bereiche angegangen werden.

1. EIN EUROPA DER CHANCEN

Ein grundlegendes Problem ist der Vertrauensverlust, ausgelöst durch Unsicherheit und fehlende Chancen. Es muss Europa gelingen, wieder allen die Möglichkeit zu geben, sich privat und beruflich voll zu entfalten und weiter zu entwickeln. Dass dazu ein offener Arbeitsmarkt und ausreichend Stellen grundlegend sind, ist klar. Dazu muss aber das Prinzip der Gewinnmaximierung dem der Vorsorge weichen. Statt Menschen in Wettbewerb zueinander zu zwingen und den Arbeitsmarkt einseitig an den Interessen der Unternehmen auszurichten, müssen wir die Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund zu stellen. Darum muss es auch bei der Begegnung der aktuellen und zukünftiger Krisen gehen. Dass die Krisenreaktion auf den Rücken der Menschen ausgetragen werden, dass Menschen durch die Krisenbekämpfung ihre Zukunft verlieren kann und darf nicht sein. Die Austeritätspolitik muss ein Ende finden. Aber nicht nur bezüglich des Arbeitsmarktes, sondern in allen Bereichen muss Zukunft aktiv gestaltet werden, um allen alle Chancen zu ermöglichen - ohne Rücksicht auf Herkunft oder Elternhaus. Die Staaten Europas müssen in öffentliche Infrastruktur investieren, um Mobilität zur Chance zu machen, öffentliche Versorgung mit Energie und Wasser sicherzustellen, Bildung für alle bedingungslos zu ermöglichen, ein gesundes Leben zu sichern und Kultur zum Massenprodukt zu machen. Nur dann bietet die Zukunft Chancen, nur dann kann Europa sich entwickeln.

Wir fordern:

- » Einen echten europäischen Arbeitsmarkt, der sich nach den Bedürfnissen der Menschen richtet
- » Die Aufkündigung des europäischen Fiskalpakts
- » Die Schaffung eines auf Investitionen beruhenden Regionalentwicklungsplans für Südosteuropa
- » Die Verwirklichung des Pact for Growth, eines Marshallplans für Europa
- » Staatliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Gesundheitssystem und vieles mehr
- » Eine echte europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik...
- » Die Schaffung von Euro-Bonds

2. EIN EUROPA DER FAIRNESS

Europa benötigt eine Neuregelung des Bankenwesens. Dies bedarf einer gesamteuropäischen Lösung. Das letzte Jahrzehnt hat deutlich gemacht, dass Europa nicht einmal in dem offensichtlichsten Teil des Systems funktioniert. EU Mitgliedsstaaten gehen finanziell zu Grunde, während andere mitteleuropäische Länder zugucken oder gar existenzentscheidende Urteile fällen, ohne dabei an die sozialen Folgen zu denken.

Unabhängig von den politischen Gegebenheiten muss eine Vertretung der Interessen von ArbeitnehmerInnen sichergestellt werden. Auch das gewerkschaftliche Spektrum findet sich im internationalen Kontext wieder, spätestens wird dies in der Öffentlichkeit seit dem Diskurs um Freihandelsabkommen und den Einschränkungen für ArbeitnehmerInnen sichtbar. Unternehmen handeln global, die Lobby rund um ArbeitgeberInnen wächst stetig. Hier gilt es die europäischen Gewerkschaften zu stärken und VertreterInnen als gesellschaftliche VertreterInnen in soziale, gesellschaftliche und gewerkschaftliche Prozesse auf europäischer Ebene einzubinden.

Wir fordern:

- » Die gesetzliche Umsetzung des VerursacherInnenprinzips
- » Die Regulierung des Bankensektors
- » Die Einführung der Finanztransaktionssteuer
- » Gemeinsame Untergrenzen für Unternehmenssteuern in der EU
- » Ein europäisches Programm gegen Steuerflucht
- » Die Abschaffung der Steuervergünstigungen für Großunternehmen

- » Die europaweite Absicherung von ArbeitnehmerInnenrechten
- » Maßnahmen, die in den Ländern mit exzessiven Leistungsbilanzüberschüssen die Binnennachfrage stimulieren.

3. EIN EUROPA DER GLEICHHEIT

Europa ist nicht gleich Europa, das macht sich besonders im Bereich der Bildung bemerkbar. Auch wenn Bologna für europaweit anerkannte Bildungsabschlüsse sorgen soll, so besteht nicht für jede*n die Chance auf dem Arbeitsmarkt, sei der Abschluss noch so gut. Eine Entwicklung, die wir NRW Jusos mit Schrecken verfolgen und vergebens auf die europäische Ausbildungsgarantie bauen. Eine Jugendarbeitslosenquote von bis zu 60 Prozent in den südlichen Ländern muss bekämpft, Perspektiven geschaffen werden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Umverteilung. Noch immer ist die Spaltung zwischen Arm und Reich zu groß. Menschen mit geringem bis gar keinem Einkommen muss ein sicheres Leben und eine menschenwürdige Versorgung zugesichert werden. Das bezieht sich nicht nur auf das tägliche Leben, sondern auch auf das Gesundheitswesen. Europa muss eine Absicherung für Krankheit, Vorsorge und ein menschenwürdiges Lebensende schaffen.

Gleichheit bedeutet nicht nur Chancen für EuropäerInnen. Zugezogene Menschen und explizit geflüchtete Menschen müssen in unser Leben integriert werden. Staaten, die an das Mittelmeer grenzen, müssen bürokratisch und unbürokratisch entlastet werden. Für uns NRW Jusos kann ein soziales Europa nur funktionieren, wenn sich die Länder gleichermaßen an der Bewältigung des Zuzuges beteiligen, nicht ausgrenzen und den Menschen die Chance geben sich am sozialen Leben zu beteiligen. Für uns zählt zu einer gelungenen Integration auch die volle Anerkennung der Bildungsabschlüsse.

4. EIN EUROPA DER MENSCHEN

In der Diskussion um Europa wird oft der fehlende demokratische Charakter des aktuellen Systems angegriffen. Wahr ist, dass dem Parlament das Initiativrecht fehlt und es entscheidenden Verbesserungsbedarf im Gesetzgebungsprozess gibt. Das System EU ist jedoch in der Entwicklung begriffen und muss progressiv weiter gestaltet werden. Wahr ist auch, dass der für Deutschland typische Stimmgleichheitsgrundsatz zu Gunsten eines Sitzminimums zur Sicherstellung der breiten Interessensvertretung weit ausgelegt wird. Klar ist, dass es unterschiedlichste Traditionen gibt, die sich nicht einfach wegwischen lassen. Sie müssen durch einen modernen Föderalismus vereint werden. Der Eindruck, dass diese Dinge falsch sind, drängt sich vor allem aus drei Gründen auf. Zum ersten weil das Vertrauen in eine Politik für die Menschen abhandengekommen ist. Um Vertrauen in die Struktur zurückzugewinnen, müssen die Interessen und Nöte der BürgerInnen wieder in den Vordergrund gestellt werden. Um das zu erreichen ist zum Beispiel die Sozialunion unabdingbar. Zum zweiten ist das Misstrauen in die Eliten groß, weil die Möglichkeit der Beteiligung begrenzt ist. Durch fehlende Direkt-Wahlkreise ist das Verhältnis zwischen MandatsträgerInnen und WählerInnen weniger nah als auf nationaler Ebene. Das zeigt sich gerade in der gesellschaftlichen Diskussion über kontroverse Themen wie Glyphosat und TTIP. Um dem entgegen zu wirken müssen einerseits Parteien ihre Mittlerfunktion wieder besser wahrnehmen, zum anderen aber andere Beteiligungsmöglichkeiten besser ausgebaut werden. Verbindungsbüros der Kommission müssen öffentlicher agieren, Konsultationen einfacher gestaltet und allen zugänglich gemacht, die Möglichkeit der BürgerInneninitiative ausgebaut werden, die Rolle von Organisationen der Zivilgesellschaft zentraler verankert sein und die Einbindung von 'Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss' und 'Ausschuss der Regionen' endlich ernstgenommen werden. Zugleich ist es aber notwendig die Dekretpolitik des Rates und vor allem die Hegemonialstellung Deutschlands zu beenden, um Politik durch Menschen für Menschen überhaupt zu ermöglichen. Zu guter Letzt fehlt es an Transparenz und Verantwortung. Das europäische System ist komplex und muss immer und immer wieder erklärt werden. Dabei ist es besonders wenig hilfreich, wenn auch sozialdemokratische Ministerinnen in Streitfragen wie der Glyphosatzulassung den Anschein erwecken, Brüssel oder die Kommission würde willkürlich Entscheidungen gegen das öffentliche Interesse treffen. Stattdessen müssen EntscheidungsträgerInnen Verantwortung für ihre Rolle im europäischen politischen Prozess über-

nehmen und komplexe Strukturen erklären. Natürlich gibt es strukturelle Defizite, insbesondere bei Durchführungsrechtsakten, zu denen Entscheidungen zumeist im Hinterzimmer getroffen werden. Diese Defizite müssen diskutiert und abgebaut werden. Zudem gibt es tatsächlich und gefühlt Transparenzdefizite im Bereich der Interessensvertretung, die durch eine neue Transparenzinitiative gelöst werden müssen. Es ist vor allem dem Einsatz der sozialdemokratischen Parteien in Europa zu verdanken, dass bei der Europawahl 2014 erstmals gesamteuropäische SpitzenkandidatInnen angetreten sind. Das war ein wichtiger Meilenstein zur Demokratisierung der EU-Kommission. Diese bei der Wahl 2014 eher inoffiziell durchgesetzte Regelung muss fest ins europäische Recht gegossen werden.

Wir fordern:

- » Die Überarbeitung des Wahlrechts für das Europäische Parlament in der Bundesrepublik mit der Schaffung von Direktwahlkreisen
- » Das Initiativrecht für das europäische Parlament
- » Eine neue föderalistische Idee für die Zukunft Europas
- » Den Ausbau der Kommunikationsstruktur der Kommission
- » Den Ausbau der konsultativen Beteiligung von BürgerInnen
- » Die Stärkung der europäischen BürgerInneninitiative
- » Die Einführung zivilgesellschaftlicher Beratungsgremien parallel zu Wirtschaftsgremien für bestimmte Politikbereiche
- » Die Stärkung der Rolle von EWSA und AdR
- » Die Stärkung der Rolle des Parlaments bei Rechtsakten
- » Ein verpflichtendes Transparenzregister mit weitreichenden Informationen und den Ausschluss von AkteurInnen im Falle der Nichteinhaltung
- » Die Institutionalisierung und Demokratisierung des Euro-Raums

5. EIN EUROPA DER RECHTE

Letztendlich muss es aber immer auch um mehr gehen, als um Chancen und Strukturen. Die EU ist eine Wertegemeinschaft mit gemeinsamen Rechtstraditionen. Das Rechtsstaatsprinzip muss immer, überall und auf allen Ebenen gelten. Kein Staat darf seinen BürgerInnen den Anspruch auf universal gültige Grundrechte verwehren. Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und das Recht auf die Ausübung des eigenen Glaubens muss allen gewährt sein. Kein Terroranschlag rechtfertigt die Einschränkung der Grundrechte für ganze Bevölkerungsgruppen. Insgesamt und überhaupt müssen die Rechte, die Grundlage für die Aufnahme in die EU sind, dauerhaft gewährt werden. Dazu gehören die Kopenhagenerkriterien bezüglich der Rechte für ethnische Minderheiten, wie gleiche Rechte für alle, gleich ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität. Die EU muss hier befähigt sein, die Rechte auch nach der Aufnahme von Staaten durchzusetzen und im Zweifelsfall weitreichende Sanktionen zu verhängen.

Wir fordern:

- » Die Rechtsstaatsgarantie in und für alle Mitgliedsstaaten der EU
- » Die uneingeschränkte Gewährleistung aller Grundrechte
- » Die Durchsetzung von Minderheitenrechten analog zu den Kopenhagenerkriterien
- » Die Gewährleistung der Gleichberechtigung Menschen jeglicher sexueller Orientierung oder Identität
- » Eindeutige Sanktionskompetenzen für die EU

Um Europa wieder mit seinen Menschen zusammen zu bringen gibt es viel zu tun. Unser Forderungskatalog lässt sich auch stetig erweitern. Aber es ist Zeit, es nicht mehr bei Forderungen zu belassen. Es ist endgültig Zeit anzupacken und das gilt für alle. Alleine kann die Sozialdemokratie Europa nicht verändern. Aber ohne die Sozialdemokratie driftet Europa ganz sicher noch weiter ab. Noch weniger kann die SPD Europa alleine verändern. Aber ohne die SPD besteht wenig Hoffnung. Es gilt jetzt offen für unsere Ideale zu streiten und ohne Vorurteile Verbündete zu gewinnen, dabei darf uns keine große Koalition in Berlin oder große Kooperation in Brüssel abhalten. Wir haben nur diese Chance.

Hoch die internationale Solidarität!

DIE BOYKOTTEURINNEN BOYKOTTIEREN – GEGEN DAS BDS MOVEMENT

Die 2005 gegründete antisemitische Bewegung „Boycott, Disinvest, Sanction“ (BDS) ist ein weltweites Netzwerk, das sich zum Ziel gesetzt hat, den Staat Israel politisch zu delegitimieren und ökonomisch zu schaden. Keine vergleichbare Bewegung dieser Welt richtet sich so gezielt gegen einen einzelnen Staat. Dabei richten sich die Boykottforderungen nicht nur gegen israelische Waren, sondern auch gegen israelische KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen, sodass auch der kulturelle Austausch zwischen Israel und dem Rest der Welt unterbunden werden soll. Somit soll auch verhindert werden, dass (zivilgesellschaftliche) israelische Stimmen zum komplexen Nahostkonflikt gehört werden, wenn sie nicht die Meinung der BDS-Bewegung teilen.

Die Forderung danach, keine israelischen Produkte zu kaufen, erweckt unerträgliche historische Assoziationen. Welche Folgen der ökonomische Feldzug gegen Israel für die arabische Bevölkerung Israels oder die PalästinenserInnen hat, ist den vermeintlichen FürsprecherInnen dieser Gruppen vollkommen egal.

Wir Jusos sprechen uns entschieden gegen die Bestrebungen der BDS-Bewegung aus. Für uns ist es unerträglich und nicht hinnehmbar, dass diese Bewegung auch in Deutschland versucht, Israel zu dämonisieren und seine Existenz zu bedrohen. Es zeugt von tiefem historischen Unwissen und moralischer Verantwortungslosigkeit, wenn Teile der deutschen Linken BDS unterstützen. Wir werden uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass der BDS-Bewegung keine öffentlichen Räume zur Verfügung gestellt werden und dahingehen auf EntscheidungsträgerInnen einwirken.

Wir werden uns daher auch nicht in Bündnissen engagieren, in denen BDS oder ähnliche antisemitische Gruppen, wie z.B. „Against Pinkwashing“ – Gruppen, aktiv sind.

ZU SEINEM WORT STEHEN! INTERNATIONALEN STANDORT BONN ERHALTEN

Zur Weiterleitung an den Juso-Bundeskongress

Während dem „Bundesdorf“ am Rhein immer schon Provinzialität nachgesagt wurde, entstand nach dem sogenannten „Hauptstadtbeschluss“ vom 20. Juni 1991 der Eindruck, Bonn werde zu einem lebendigen Freilichtmuseum konserviert. Doch weit gefehlt:

Auf Basis des Bonn-Berlin-Gesetzes sollte, wie es in §4 Abs. 4 heißt, der „größte Teil der Arbeitsplätze der Bundesministerien der Bundesstadt Bonn erhalten bleiben“.¹ Gleichzeitig hat sich die gesamte Region der Zukunft zugewandt und in den letzten 20 Jahren nicht nur den deutschen UN-Standort ausgebaut, sondern auch verschiedene, auf nachhaltige Entwicklung und Forschung sowie internationale Zusammenarbeit ausgerichtete Cluster aufgebaut. Diverse UN-Institutionen, das World Congress Center, über 150 NGOs, Wissenschaftseinrichtungen, Bundesbehörden und wirtschaftliche global player ergeben einen deutschlandweit einzigartigen Standort. Für NRW ergibt sich daraus ein nahezu unbegrenztes Innovationspotenzial in einigen der zukunftsweisendsten Themenbereiche.

Während Bonn, unterstützt durch den Bund und das Land NRW, auf einem guten Weg ist, den Strukturwandel zu bewältigen und sich zu einer wachsenden, bunten und von Vielfalt geprägten Stadt zu wandeln, wird dieser Prozess seit Jahren durch einen verhängnisvollen „Rutschbahneffekt“ gefährdet. Immer wieder werden einzelne Abteilungen, untergeordnete Behörden oder neu geschaffene Stellen in Berlin angesiedelt. Das verstößt nicht nur gegen die Bestimmungen des Bonn-Berlin-Gesetzes. Viele damalige Bundestagsabgeordnete stimmten dem Gesetz nur zu, da die Parität der beiden Standorte versprochen wurde.

Eifrige und talentierte Bundesminister*innen, zuletzt immer wieder Thomas de Maizière, weisen gerne darauf hin, dass dem Steuerzahler jedes Jahr Kosten von bis zu 10 Millionen Euro dadurch entstünden, dass Beamt*innen zwischen Bonn und Berlin pendeln müssten. Leider übersieht er auch bei dieser Rechnung mal wieder ganz entscheidende Faktoren. Viele der in Bonn ansässigen Bundesministerien und -behörden begrüßen den Standort Bonn, da er die Nähe zu den europäischen und transatlantischen Institutionen in Brüssel, Luxemburg und Straßburg bietet. Selbsterklärend ist das für das Auswärtige Amt und das Verteidigungsministerium, doch auch für das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das Bundesministerium für Bildung und Forschung usw. bietet der Standort Bonn in Verbindung mit der Nähe zu den Institutionen der EU große Vorteile. Die seit Jahrzehnten entwickelten funktionellen Vorteile werden somit durch die jährlich zu sparenden 10 Millionen Euro nicht aufgewogen, erst recht nicht, wenn die Kosten eines Komplettumzugs bedacht werden.

Trotzdem besteht derzeit ein Arbeitsstab der Bundesbauministerin, die gleichzeitig auch Beauftragte der Bundesregierung für den Berlin-Umzug und den Bonn-Ausgleich ist, der Zukunftsstrategien für die weitere Aufgabenteilung zwischen Bonn und Berlin erarbeiten soll. Da der Arbeitsstab vor allem Bonn als UN-Standort und Sitz internationaler Organisationen stärken und ihn attraktiver machen soll, muss Folgendes bedacht werden: Ein weiterer Wegzug von Bundeseinrichtung oder ein Komplettumzug der Bundesregierung nach Berlin wird dazu führen, dass auch viele Verbände, Medieneinrichtungen und Organisationen Bonn den Rücken kehren werden. Darunter hätten dann auch viele kleine und mittelständische Unternehmen und Dienstleister*innen zu leiden, deren Geschäftsgrundlage bisher die Zusammenarbeit mit den ansässigen Behörden und Institutionen ist. Offensichtlich schwächt dies das große Renommee des internationalen Standorts Bonn, zerstört die mühsam erarbeiteten Früchte des Strukturwandels und gefährdet in seiner Konsequenz zehntausende Arbeitsplätze in Bonn, den angrenzenden Landkreisen und dem Land Rheinland-Pfalz.

¹ Berlin/Bonn-Gesetz vom 26. April 1994 (BGBl. I S. 918), das durch Artikel 1 der Verordnung vom 21. September 1997 (BGBl. I S. 2390) geändert worden ist.

Statt also der Bundesstadt Bonn die Grundlage ihrer Entwicklung zu entziehen, sollte der Arbeitsstab sinnvolle Strukturmaßnahmen erwägen, die die Grundlage ihrer Entwicklung sichern und die zukunftsfähigen wissenschaftlichen und politischen Cluster weiter stärken. Bonn beherbergt als Nachhaltigkeitsstadt etwa das UN-Klimareferat, die Zentrale UN-Aktionskampagne für die Ziele der globalen nachhaltigen Entwicklung und das Wissenszentrum für Nachhaltige Entwicklung der UN. Diese Netzwerke muss der Bund auch in Zukunft unterstützen, ein erster Schritt in die richtige Richtung wäre ein Gaststaatsgesetz, um den Aufenthalt der ausländischen Beschäftigten bei der UN und den anderen internationalen Organisationen zu vereinfachen.

Aus bundesstaatlicher Sicht war die Aufteilung der Aufgaben und der Institutionen zwischen Bonn und Berlin auch ein Bekenntnis zum lebendigen Föderalismus der Bundesrepublik und eine Betonung der Abkehr von zentralistischen Vorbildern der dunklen deutschen Vergangenheit. Auch dieses Erbe der alten Bundesrepublik würde mit einem Komplettumzug vergehen.

Vor dem Hintergrund vitaler bundesstaatlicher, landespolitischer und regionaler Interessen sollten die Jusos und die SPD, im Schulterschluss mit den regionalen Vertreter*innen und den Landesregierungen aus NRW und Rheinland-Pfalz, geschlossen für die Einhaltung des Bonn-Berlin-Gesetzes eintreten, genauso wie für die zukunftsfähige Weiterentwicklung des internationalen Standorts Bonn. Wir fordern daher:

- » Im regionalen, nationalen und internationalen Interesse wird Bonn als Kompetenzzentrum in den folgenden Bereichen weiter ausgebaut.
 - Bildung, Wissenschaft, Forschung
 - Internationale Zusammenarbeit, nachhaltige Entwicklung, Umwelt, Gesundheit, Ernährung
 - Telekommunikation, Cyber-Sicherheit
 - Kultur
- » Daher müssen auch die passenden Bundesministerien in Bonn bleiben.
- » Die Ansiedlung weiterer UN-Institutionen soll gefördert und durch die Ausarbeitung eines Gaststaatsgesetz vereinfacht werden.

FEMINISMUS UND GLEICHSTELLUNG

F 1	Feminismus intersektional denken.....	52
F 3	Überdurchschnittlich hohe Lohndiskriminierung von Frauen in geringer besiedelten Räumen stoppen!.....	54

FEMINISMUS INTERSEKTIONAL DENKEN

Das Konzept des "Intersektionalen Feminismus" wird zwar bereits seit Jahrzehnten diskutiert, ist aber erst in den letzten Jahren im Mainstream des linken Diskurses angekommen.

Daher wollen auch wir Jusos uns mit dem Konzept des intersektionalen Feminismus auseinandersetzen und ihn in unseren feministischen Diskurs miteinbeziehen. Dies ist ein erster Aufschlag.

DAS KONZEPT DER INTERSEKTIONALITÄT

Intersektionalität beschreibt eine Art der Analyse, bei der soziale Kategorien wie Geschlecht, Klasse, race oder Behinderung nicht einzeln, sondern in ihrer Gesamtheit betrachtet werden.

Der Grundannahme folgend, dass es nicht möglich ist, verschiedene diskriminierende Faktoren voneinander zu trennen und die Analyse auf nur eine soziale Kategorie zu reduzieren, strebt der intersektionale Ansatz daher eine umfassende Betrachtung von Diskriminierung an.

Nicht alle Frauen* machen die gleichen Diskriminierungserfahrungen. Unterschiedliche Hintergründe oder Identitätsmerkmale führen zu unterschiedlichen Erfahrungen mit Diskriminierung. Beispielsweise ist die Gender Pay Gap bei Betrachtung der Einkommen von Women of Color* noch größer als die von weißen Frauen*. Eine Frau* mit Behinderung erlebt andere Diskriminierungen als eine Frau* ohne Behinderungen.

Treffen in einer Person mehrere diskriminierende Faktoren zusammen, bestehen Mehr-fachdiskriminierungen. Der intersektionale Ansatz geht davon aus, dass Identitätskategorien in der Analyse nicht schlicht zu Doppel- oder Dreifachdiskriminierungen addiert werden können, sondern in komplexen Beziehungen zueinander stehen. Diese Wechselwirkungen von diskriminierenden bzw. benachteiligenden Kategorien und der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts zu untersuchen, ist Ziel des intersektionalen Feminismus.

Begonnen als Analyse der Wechselwirkungen von den Kategorien race, Klasse und Geschlecht, die sich wie an einer Verkehrskreuzung (intersection) kreuzen, überlagern und überschneiden¹, hat intersektionaler Feminismus das Potenzial auch viele weitere Kategorien wie Religion, Alter, Behinderung und sexuelle Orientierung und Identität mit einzubeziehen.

UNTERSCHIEDLICHE ERFAHRUNGEN BERÜCKSICHTIGEN

Frau*sein und Privilegierung schließen sich nicht gegenseitig aus. Eine Cis-Frau (Cis = Mensch, dessen Geschlechtsidentität mit dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht übereinstimmt), die als solche Diskriminierung und Benachteiligung erfährt, mag beispielsweise durch ihre gute Ausbildung und ihre weiße Hautfarbe gegenüber anderen Frauen* privilegiert sein. Und allzu häufig wird die feministische Diskussion von den Erfahrungen privilegierter Frauen* dominiert.

Um den Blick für andere, weniger privilegierte Erfahrungen zu öffnen, ist es wichtig, kritisch zu hinterfragen, wer überhaupt an dem Diskurs teilnimmt und gehört wird.

Wird eine feministische Diskussion von weißen, mittelständischen, gut ausgebildeten, gesunden Cis-Frauen geführt, sind auch die diskutierten Erfahrungen, die von weißen, mittelständischen, gut ausgebildeten, gesunden Cis-Frauen.

Doch die Diskriminierungserfahrungen aufgrund des eigenen Geschlechts sind divers. Das muss sich auch in der feministischen Bewegung widerspiegeln. Zum einen in dem Frauen* mit anderen Erfahrungen eine Plattform geboten wird. Zum anderen in dem ihre Erfahrungen in der Diskussion gehört und ernst genommen werden und Eingang in die politische Arbeit finden.

¹ vgl. Kimberlé Crenshaw, "Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory, and Antiracist Politics."

Denn Feminismus in der politischen Arbeit will Misstände und strukturelle Diskriminierung von Frauen und nicht-männlichen Personen analysieren und beseitigen. Wenn dieser Feminismus nicht intersektional ist, blendet er Lebensrealitäten von vielen Frauen* aus und kann für diese keine ausreichenden Lösungen anbieten.

Intersektionaler Feminismus ist deshalb keine Schwächung der feministischen Bewegung oder möchte diese spalten - ganz im Gegenteil. In dem neben Geschlecht auch andere Sozialkategorien wie Behinderung, race und Klasse in die Diskussion miteinbezogen werden, umfasst intersektionaler Feminismus mehr Lebensrealitäten und kann daher für mehr Frauen* sprechen. Intersektionaler Feminismus ist inklusiv.

WAS BEDEUTET INTERSEKTIONALITÄT FÜR UNSERE POLITISCHE ARBEIT?

Intersektionaler Feminismus ist nicht nur Theorie, sondern auch ein praktischer Ansatz wie Feminismus diskutiert und umgesetzt werden kann. Deshalb wollen wir die folgenden Punkte in unserer politischen Arbeit berücksichtigen:

- » Wir schließen Mehrfachdiskriminierungen in unsere feministische Analyse mit ein. Dabei untersuchen wir insbesondere die Wechselwirkungen zwischen Diskriminierung aufgrund unterschiedlicher sozialer Kategorien und Geschlecht.
- » Wir nehmen Diskriminierungserfahrungen von Frauen* mit unterschiedlichen Hintergründen und Identitätsmerkmalen bewusst in unseren Diskurs mit auf. In unseren Diskussionsräumen wollen wir deshalb denjenigen zuhören, die von der Zusammenwirkung von unterschiedlichen Diskriminierungen betroffen sind.
- » Wir reflektieren unsere feministischen Forderungen stets dahingehend, inwieweit sie unterschiedliche Diskriminierungserfahrungen berücksichtigen.

ÜBERDURCHSCHNITTLICH HOHE LOHNDISKRIMINIERUNG VON FRAUEN IN GERINGER BESIEDELTEN RÄUMEN STOPPEN!

Damit der Lohndiskriminierung von Frauen* entgegen gewirkt wird, fordern wir, dass die Gehaltszahlungen von Unternehmen überregional vergleichbar werden müssen.

Unternehmen müssen verpflichtet werden, ihre ausgezahlten Löhne nach Gehaltsgruppen in anonymisierter Form im Internet zu veröffentlichen. Insbesondere für Betriebsräte muss es möglich sein, Gehaltslisten einzusehen, um Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern und im Stadt-Land-Gefälle zu thematisieren. Die Gehälter müssen ohne Namen, beispielsweise nur unter Angabe des Geschlechts oder der Herkunft des*der Arbeitnehmenden einsichtig gemacht werden, um Verletzungen des Datenschutzes vorzubeugen. Bei kleineren Unternehmen, in denen auch anonymisierte Daten aufgrund der Unternehmensstruktur Rückschlüsse auf Einzelpersonen zulassen, müssen Wege gefunden werden, echte Anonymität zu gewährleisten, z.B. in dem die Daten mehrerer ähnlicher Unternehmen in einem Pool gebündelt werden.

Mittelfristig bleibt unser Ziel die gleiche Entlohnung für gleichwertige Arbeit aller Menschen gesetzlich festzuschreiben und Verstöße scharf zu sanktionieren.

INTEGRATION UND OFFENE GESELLSCHAFT

I 1	Zukunft statt Grenzen – Wir investieren in die Integrationsgesellschaft.....	56
I 3	Ausweitung der Revisionsklausel auf rückwirkende Kostenerstattung der kommunalen Flüchtlingsunterbringung für das Jahr 2015.....	67
I 4	Die AfD und die Burschis - Es wächst zusammen, was zusammen gehört.....	68

ZUKUNFT STATT GRENZEN – WIR INVESTIEREN IN DIE INTEGRATIONSGESELLSCHAFT

Terrorismus, Kriege, bittere Armut, Klimawandel: Die Welt des frühen 21. Jahrhunderts ist eine Welt voll unüberschaubarer Krisen. Als Folge dieser Krisen befinden sich mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht.

Und ein Ende ist nicht in Sicht: Wir werden uns darauf einstellen müssen, dass globale Migrationsbewegungen langfristig anhalten werden.

Gleichzeitig erleben wir in unserer Wohlstandsgesellschaft eine gegenläufige Entwicklung. Der demografische Wandel führt dazu, dass dem Arbeitsmarkt mittelfristig Fachkräfte fehlen werden und es gerade im ländlichen Raum immer schwieriger wird, Strukturen aufrecht zu erhalten. Begleitet wird diese Entwicklung von einem sozialen Auseinanderbrechen der Gesellschaft und – seit der einschneidenden schwarz-gelben Politik der 1980er Jahre – teil- und schrittweisen Rückzug des Staates aus seinen Kernaufgaben.

Wenn die Gesellschaft es also schafft, Menschen, die aus den verschiedensten Gründen nach Deutschland kommen, zu integrieren, ist das nicht nur die Erfüllung unserer menschlichen Pflicht – schon gar nicht ist es eine barmherzige Geste, die mit der Arroganz der oben stehenden vollzogen wird –, sondern eine Chance für die gesamte Gesellschaft. Also sowohl für Eingewanderte als auch schon lange in Deutschland Ansässige.

Damit das gelingen kann, ist eine progressive staatliche Integrationspolitik notwendig. Derzeit wirkt der Staat an vielen Stellen überfordert und handelt in vielen

Integrationsbelangen eher improvisierend als geplant. Wir wollen Strukturen schaffen, die ohne Improvisation Integration für alle Menschen ermöglicht, die durch Einwanderung zu uns gelangen. Bedenkt man, dass nicht alle geflüchteten Menschen dauerhaft in Deutschland bleiben wollen, brauchen wir Integrationsstrukturen für mindestens eine Million einwandernde Menschen im Jahr. Das heißt natürlich nicht, dass das Asylrecht auf eine Million Menschen begrenzt wird. Das Asylrecht muss ein unangetastetes individuelles Recht bleiben. Sollte also durch stärkere Fluchtbewegungen die Zahl der Einwander*innen steigen, bedarf es zusätzliche improvisierte Strukturen. Aber wir können nicht länger zusehen, wie der Staat soweit kaputt gespart wird, dass eine staatlich koordinierte Integrationspolitik nur mit Improvisation möglich ist. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, der ohne Improvisation mindestens einer Million Menschen im Jahr Integrationsstrukturen bietet.

Die politisch Konservativen diskutieren das Thema Integration als selbstständige Aufgabe von Eingewanderten. Das konservative Integrationsdogma lautet „Anpassung sonst Strafe“. Dieses Motto hilft vielleicht um an Stammtischen Stimmung zu machen, der vor uns liegenden Aufgabe wird es nicht gerecht. Funktionierende Integration hat drei Dimensionen: Da in unserer Gesellschaft Anerkennung und sozialer Aufstieg nach wie vor in erster Linie über die Erwerbstätigkeit generiert werden, ist die Herstellung einer materiellen Aufstiegs- und Teilhabeperspektive zentraler Bestandteil gelingender Integration. Die zweite Dimension ist die institutionelle Anerkennung. Wer anerkannter Teil einer demokratischen Gesellschaft sein will, braucht ein politisches Mitsprache- und-gestaltungsrecht. Als dritte Dimension ist ebenfalls die Anerkennung individueller Identität und die Akzeptanz kollektiver Identitäten und Symbolik im engen sozialen Umfeld von wesentlicher Bedeutung. Diese drei Dimensionen bilden die Grundlage, auf der wir in diesem Antrag politische Forderungen als Rahmenbedingung funktionierender Integration entwickeln wollen.

Schlüssel in allen drei Dimensionen ist die Sprache. Nur wer sich verständigen kann, hat die Chance auf wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg, auf politische Mitgestaltung und auf Kontakt im engen sozialen Umfeld. Um Integration zu stärken, muss der Spracherwerb im Zentrum stehen.

Um die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, brauchen wir einen handlungsfähigen Staat, der bereit ist, in die Zukunft der Gesellschaft zu investieren. Die konservative Politik der Schwarzen Null schwächt die Wirtschaft und lässt die Gesellschaft zunehmend

auseinanderbrechen. Gerade mit Blick auf die anstehende Transformation in eine digital-technisierte Wirtschaft und den damit verbundenen sozialen Risiken brauchen wir Innovation und Wachstum. Und der Blick in die Geschichte zeigt: Immer, wenn technologische Innovation zu wirtschaftlichem Aufschwung geführt hat, hatte ein aktiver Staat die Finger im Spiel. Halten wir weiter an den konservativen Dogmen von Schwarzen Nullen, Schuldenbremsen und Austerität fest, vererben wir den kommenden Generationen wenig Spielraum für innovative wirtschaftliche Ideen, eine marode Infrastruktur, einen handlungsunfähigen Sozialstaat und Kommunen, die nur noch verwalten und nicht mehr gestalten.

Das betrifft auch die Integration: Nur mit massiven staatlichen Investitionen ist diese große Aufgabe möglich. Aber diese Investitionen sind kein zum Fenster rausgeworfenes Geld, sondern die Grundlage dafür, dass wir eine zukunftsfähige Gesellschaft mitgestalten. Klar ist aber auch: Die Herausforderungen sind in ganz Europa zu groß, als dass sie allein von Nationalstaaten gelöst werden könnten. Deshalb ist der Vorstoß des italienischen Regierungschefs Matteo Renzi, europäische Integrations-Anleihen einzuführen, unterstützenswert.

In den Debatten um Flucht und Integration wird zumeist wie selbstverständlich von einer Gruppe junger Männer ausgegangen, die ihre Familien zurückgelassen haben und nach Europa geflüchtet sind. Dass Frauen ein Drittel aller geflüchteten Menschen ausmachen wird sowohl in der öffentlichen Wahrnehmung als auch in Maßnahmen der Unterbringung und Integration meist vergessen. Frauenspezifische Problemen der Flucht – wie sexualisierte Gewalt und damit einhergehend fehlende Schutzräume in Unterbringungssituationen – wird wenig Beachtung gezollt. Dies gilt auch für die Gruppe der geflüchteten Menschen mit LSBTTI*-Hintergrund und ihr Bedarf an besonderen Schutzräumen und Ansprechpersonen. Darüber hinaus werden auch geflüchtete Männer aufgrund der ihnen zugeschriebenen Geschlechterrolle täglich mit rassistischen Vorurteilen konfrontiert, was ebenfalls ein genderspezifisches Problem der Flucht darstellt. Sie müssen in allen Bereichen der Integration querschnittsartig mitgedacht werden. Wir fordern:

- » Die Gesundheitskarte muss endlich allen Geflüchteten zur Verfügung stehen, um vor allem Frauen, die sexualisierte Gewalt erfahren haben, den Zugang zu ärztlichen Untersuchungen zu erleichtern.
- » Die EU-Aufnahmerichtlinie (2013/33), die im Juli 2013 in Kraft getreten ist, soll diesen Frauen einen besonderen Schutz zusichern. Um für diese Frauen aber auch wirklich bundesweit auf Basis einer Rechtsgrundlage besseren Schutz zu gewährleisten, muss sie endlich in nationalstaatliches Recht umgesetzt werden.

Für das Chaos in der Organisation der Asylpolitik ist unter anderem das fehlende Einwanderungsgesetz verantwortlich. Die Einwanderungsregeln der Bundesrepublik sind zu komplex, sodass viele Einwanderungswillige den Weg über das Asylrecht versuchen. Dort abgelehnt, werden sie abgeschoben, obwohl sie eine Bereicherung wären. Deshalb ist ein Einwanderungsgesetz, das Einwanderung abseits des Asylrechts ermöglicht und ordnet, längst überfällig. Dieses Einwanderungsgesetz darf allerdings kein Eliten-Programm werden, das nur Einwanderung für Spitzenfachkräfte ermöglicht.

OHNE GERECHTERE ASYLPOLITIK GIBT ES KEINE INTEGRATION

Damit die Integration geflüchteter Menschen gelingen kann, bedarf es zunächst einer gerechteren europäischen Asylpolitik. Die abgeschottete Festung Europa ist der Grund, dass laut IOM Global Report in den letzten 20 Jahren mehr als 60 000 Menschen an den europäischen Außengrenzen gestorben sind. Damit ist die Grenze Europas die gefährlichste und tödlichste Grenze der Welt. Diese Abschottung muss beendet werden.

Wir fordern:

- » Die bereits bestehenden Möglichkeiten der legalen Einreise in die Europäische Union wie der Familiennachzug müssen ausgebaut und neue Möglichkeiten, wie die Vergabe humanitärer Visa, müssen geschaffen werden.
- » Auch eine unentgeltliche und uneigennützig Fluchthilfe darf nicht weiter unter das Verbrechen des „Schleusens“ gefasst werden. Wir brauchen eine umfassende Entkriminalisierung.
- » Mit der Deklaration immer weiterer „sicherer Herkunftsstaaten“ versucht die Bundesregierung Menschen aus Herkunftsstaaten mit geringerer Asyl-Anerkennungsquote den Zugang zu Asyl nahezu unmöglich zu machen. Das Asylrecht muss ein individuelles Recht bleiben. Das Prinzip der „sicheren Herkunftsstaaten“ ist abzuschaffen.

- » Eine europäische Seenotrettung, die, gemeinsam von allen Mitgliedsstaaten finanziert und vom Europäischen Parlament legitimiert, nicht nur direkt vor der europäischen Küste, sondern im gesamten Mittelmeer gekenterte Menschen aufammelt, muss geschaffen werden.
- » Das seit März 2016 bestehende Abkommen zwischen der EU und der Türkei zur Rückführung von Geflüchteten stellt keine menschenwürdige Lösung dar. Das Abkommen muss aufgekündigt und der Türkei der Status als „sicherer Drittstaat“ aberkannt werden.
- » Das Dublin-Abkommen ist gescheitert. Wir brauchen eine gerechte Verteilung von geflüchteten Menschen in der gesamten Europäischen Union. Das Hin- und Herschieben von geflüchteten Menschen zwischen den EU-Staaten ist menschenunwürdig und widerspricht dem Gedanken eines gemeinsamen europäischen Schutzraums für Asylsuchende.
- » Fluchtursachen müssen bekämpft werden. Die riesigen Geflüchteten-Unterkünfte in den syrischen Anrainerstaaten sind stark unterfinanziert. Ein erster Schritt wäre es, diese Unterkünfte mit ausreichend Ressourcen auszustatten und so die Menschen zu unterstützen, die auf eine schnelle Rückkehr nach Syrien hoffen. Mittelfristig dürfen sich Deutschland und die EU aber nicht darauf ausruhen, diese Unterkünfte zu unterstützen – in der Hoffnung, dass dann keine Menschen mehr nach Europa fliehen. Wichtigstes Instrument ist, die europäische Entwicklungspolitik auszubauen. In Deutschland ist der Anteil an Entwicklungsausgaben zwar gestiegen, aber nur, weil Ausgaben für geflüchtete Menschen in Deutschland mit eingerechnet wurden. Diese Schönrechnerei muss unterbunden und ausreichend Geld für nachhaltige Entwicklungspolitik bereitgestellt werden. Wenn Mittel zur Entwicklungszusammenarbeit nur in Verknüpfung mit einem Abschiebeabkommen bereitgestellt werden, ist das höchst zynisch. Solche Abkommen etwa mit nordafrikanischen Ländern oder Afghanistan, wo die Sicherheits- und Menschenrechtslage schwierig ist, müssen beendet werden.
- » Wer Integration will, der kann nicht gleichzeitig eine „Kultur der Abschiebung“ fordern. Trotzdem werden vor allem Möglichkeiten diskutiert, wie die Bleibeperspektive geflüchteter Menschen zum Beispiel durch sichere Herkunftsländer und schnellere Prüfungsverfahren verschlechtert werden kann. Wir wollen uns aber nicht am Wettbewerb der nackten Abschiebezahlen beteiligen, sondern die Einzelfallprüfung für jede*n Schutzsuchende*n stärken. Denn oftmals ist die genaue Menschenrechtslage in den Herkunftsländern der Menschen ungewiss: Verfolgung von Homosexuellen*, Frauen*, religiösen und ethnischen Minderheiten, sowie die politische Verfolgung Andersdenkender ist oft nur schwierig einzuschätzen. Häufig sind es Menschen, die hier seit Jahren in einem festen sozialen Umfeld leben, den dann der Aufenthaltsstatus entzogen wird, weil sie volljährig geworden sind oder sich der Status ihres Landes geändert hat. Das bedeutet die jahrelange Integrationsarbeit ohne Not zu zerstören. Diese Praxis kann bei den Betroffenen nicht folgenlos bleiben. So führt eine Abschiebung oft auch zu schweren psychischen Problemen bis hin zum – dokumentierten - Suizid. Wir schlagen deshalb vor, dass zur Prüfung eines Abschiebeantrags auch der bereits bewältigte Integrationsprozess, sowie das soziale Umfeld des Geflüchteten herangezogen wird. Gescheiterte Asylverfahren führen Menschen in die Illegalität und damit in soziale Notlagen, wie Obdachlosigkeit oder Schwarzarbeit. Wir wollen außerdem, dass die Praxis der Abschiebehaft gestoppt wird. Der Freiheitsentzug von Asylsuchenden ist qualitativ und quantitativ unverhältnismäßig. Qualitativ wird die Praxis der Abschiebehaft von Menschenrechtsorganisationen seit Jahren kritisiert. Da die Abschiebehaft rechtlich nicht als Strafe gilt, haben unzulässig in Haft Genommene kein Recht auf Schadensersatz. Dabei ist die Fehleinschätzung bei Asylverfahren besonders hoch. Es reicht ein bloßer Verdacht, dass sich der Geflüchtete der Abschiebung widersetzen könnte. Die in Haft Genommenen müssen auch ihre eigenen Haftkosten selbst tragen. Bei einer durchschnittlichen Haftzeit von drei Monaten kommen so Kosten von über 30.000 Euro zusammen. Quantitativ ist Abschiebehaft unverhältnismäßig, da das einzige Abschiebegefängnis NRW in Büren tatsächlich nur einhundert Menschen Platz bietet. Für diese rechtlichen „Härtefälle“ müssen sich auch andere Lösungen finden. Deshalb können und sollten wir gänzlich auf Abschiebehaft verzichten. Das Abschiebegefängnis in Büren darf nicht ausgebaut, sondern muss schnellstmöglich geschlossen werden.

UNBEGLEITETE MINDERJÄHRIGE GEFLÜCHTETE – EIN GANZ BESONDERER SCHUTZ

Eine ganz besondere Herausforderung stellt die Betreuung und die Integration von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten dar. Viele von ihnen wissen nicht, was aus ihren Eltern und ihrer Familie geworden ist, weil sie entweder alleine auf die Flucht geschickt wurden oder sich während

der Flucht aus den Augen verloren haben. Wenn es nicht von Anfang an gelingt, Traumata von der Flucht zu behandeln und eine Perspektive in die Gesellschaft zu eröffnen, schafft man sehenden Auges eine neue Generation dauerhaft Ausgegrenzter.

Wir fordern:

- » Integration findet für Minderjährige in erster Linie in der Schule statt. Der Zugang zur Schule muss schneller und vor allem unabhängig vom Aufenthaltsstatus erfolgen.
- » In riesigen Massenunterkünften kann der besondere Schutz, den Kinder und Jugendliche ohne Kontakt zur eigenen Familie brauchen, schnell unter die Räder geraten. Deshalb sind gerade für unbegleitete minderjährige Geflüchtete kleinere Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünfte zu bevorzugen.
- » Besonders unbegleitete minderjährige Geflüchtete sind nach der Flucht auf psychologische Betreuung angewiesen. Darauf haben sie bislang kein grundsätzliches Recht. Das muss sich ändern. Gerade was die medizinische Versorgung betrifft, sind unbegleitete minderjährige Geflüchtete gegenüber gesetzlich krankenversicherten Kindern erheblich schlechter gestellt. In medizinischen Fragen sollte nicht der Aufenthaltstitel, sondern das Kindeswohl im Mittelpunkt stehen.
- » Die Aussetzung des Familiennachzugs auch bei unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten ist schlichtweg unmenschlich. Diese Aussetzung muss zurückgenommen werden.
- » Die meisten unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten haben kein rechtmäßiges Aufenthaltsrecht und sind in Deutschland nur geduldet. Um nicht in ständiger Angst vor Abschiebungen zu leben, müssen sie schnell einen sicheren Aufenthaltsstatus erhalten. Um dabei in den komplizierten Fragen des Asylrechts nicht allein gelassen zu werden, muss ihnen eine Ergänzungspfleger*in (z.B. eine Rechtsanwält*in) zur Verfügung gestellt werden. Um das Kindeswohl auch rechtlich in den Mittelpunkt zu stellen, muss auch klar sein: Solange das Aufenthaltsrecht nicht geklärt ist, gilt das Jugendhilferecht vor den Asylgesetzgebungen.
- » Die Zusammenführung von auf der Flucht getrennten Familien ist elementar. Deshalb muss die Vernetzung der Träger von Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften mit den Suchdiensten der Hilfsorganisationen verbessert und von der Politik mehr unterstützt werden.
- » Zur Betreuung unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter steht noch immer zu wenig Geld zur Verfügung. Hier müssen die Bundesmittel aufgestockt werden.
- » Es gibt gute Projekte, in denen Familien unbegleitete minderjährige Geflüchtete bei sich aufnehmen. Das ist weder für die Familien noch für die geflüchteten Kinder eine einfache Angelegenheit und erfordert viel Empathie auf beiden Seiten. Aber in solchen Projekten steckt ein großes Integrationspotenzial. Deshalb braucht es eine angemessene materielle Förderung solcher Projekte.

AKTIVE ARBEITSMARKTPOLITIK – GUTE QUALIFIKATION UND ARBEIT FÜR ALLE!

Eine fortschrittliche Einwanderungsgesellschaft muss allen Menschen eine Perspektive bieten. Der Anspruch der Sozialdemokratie muss dabei sein, Abstiegsängste bei der arbeitnehmenden Mittelschicht auszuräumen; Langzeitarbeitslosen endlich neue Perspektiven zu bieten; und jungen Menschen sowie Einwander*innen flexible Einstiege zu ermöglichen – vor allem in Aus- und Weiterbildungsprogramme. Es gibt bereits vielfältige erfolgsversprechende Ansätze. Schluss sein muss jedoch mit der politischen Mangelverwaltung, die sich gerade in den politisch „langen bleiernen Jahren“ der schwarzen-gelben Bundesregierungen unter Helmut Kohl durchgesetzt hat. Politik und Wirtschaft müssen endlich klotzen, statt kleckern! Wir brauchen massive Zukunftsinvestitionen, um allen Menschen in unserer wohlhabenden, technologisch fortgeschrittenen Gesellschaft eine Perspektive zu geben. Umfangreiche, kostenintensive Programme zur Berufsbildung und Arbeitsmarktintegration sind dabei alles andere als illusorisch, sondern aus volkswirtschaftlicher Sicht die beste, weil rentabelste Investition, die möglich ist.

Wir fordern:

- » Schluss mit dem Dogma des bedingungslosen Sparens. Wir brauchen ein Arbeitsmarkt-Investitionspaket.
- » Die betriebliche Mitbestimmung bei Einstellungen und Ausbildungen muss stärker wahrgenommen und gesetzlich ausgebaut werden: Solidarische Initiativen der Beschäftigten, die Einwander*innen oder Langzeitarbeitslosen einen Einstieg in Ausbildung und Beruf geben wollen, sind ein guter Weg. Klar ist: Wenn Menschen neu auf unserem Arbeitsmarkt sind – oder seit Längerem nicht arbeiten konnten –, dann ist ihre Integration in Ausbildung und Beruf aufwändiger. Unternehmen wollen – kapitalistischer Logik folgend – diesen Mehraufwand und

entsprechende Mehrkosten vermeiden. Umso entschiedener müssen wir dafür streiten, dass Unternehmen gesellschaftlich stärker in die Verantwortung genommen werden, wenn es um Ausbildung und Arbeitsmarktintegration geht.

- » Die Gewerkschaften, allen voran die IG Metall, haben mit dem Konzept eines Integrationsjahres (für Einwander*innen und Langzeitarbeitslose) bereits ein tarifpolitisches Ausrufezeichen gesetzt. Solche Ansätze gilt es auf allen Ebenen zu unterstützen (gesetzlich; durch Ausweitung bestehender Förderprogramme etc.).
- » Eine Förderung (und falls notwendig: Verpflichtung) betrieblicher Integrationsarbeit sollte durch öffentliche Fortbildungsprogramme gewährleistet werden.
- » Insbesondere junge Mädchen aus geflüchteten Familien müssen gezielt gefördert und durch Coaching-Programme mit der Vielfalt des deutschen Arbeitsmarktes vertraut gemacht werden. Auch in Programmen wie dem Girls Day oder Förderprogrammen für Frauen in MINT-Fächern (Mathe, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) sollen sie Einblicke in Berufsfelder bekommen, zu denen der Zugang sonst erschwert ist.
- » Der aktuell verfolgte Ansatz der schnellstmöglichen Erfassung von schulischen und beruflichen Kenntnissen ist richtig. Die Anfänge, die mit den Integration Points in NRW geschaffen wurden, müssen schnellstmöglich flächendeckend umgesetzt werden. Zentral ist, dass das Arbeits- und Bildungsprofil von Fachleuten durchgeführt wird. Alle Menschen, die zu uns kommen, müssen dabei gleich behandelt werden. Eine Bestenauslese ist ebenso inakzeptabel wie die Qualifikationserfassung durch Nicht-Fachleute. Im Zusammenhang mit der Erfassung beruflicher und schulischer Qualifizierung muss eine vereinfachte Anerkennung (von Abschlüssen etc.) erfolgen – damit allen Einwander*innen zielgerichtete Angebote gemacht werden können.
- » Wir brauchen konkrete Schritte, um schnellstmöglich eine flächendeckende Ausbildungsumlage durchzusetzen: Seit Jahren sind die angebotenen Ausbildungsplätze rückläufig – sogar in vielen wirtschaftlich erfolgreichen Regionen. Gleichzeitig klagen Unternehmensverbände und Betriebe abstrakt über angeblichen „Fachkräftemangel“. Tatsächlich werden wirtschaftliches Wachstum in Boom-Branchen sowie die Auswirkungen des demografischen Wandels in den nächsten Jahrzehnten zu einem hohen Arbeits- und Fachkräftebedarf führen. In der aktuellen Situation tun die Unternehmen aber alles andere, als sich für ihren zukünftigen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften zu rüsten. Sie akkumulieren lieber kurzfristige Gewinne als für die Zukunft gute Ausbildungsplätze und Weiterbildungsstrukturen zu schaffen. Weil die kapitalistische Akkumulationslogik – in eigentlich selbsterstörerischer Manier – Zukunftsinvestitionen systematisch vermeidet, müssen gewerkschaftlicher Arbeitskampf und politische Initiativen der Sozialdemokratie eine gesellschaftlich verantwortliche Lösung erstreiten: Durch die schrittweise Einführung regionaler Ausbildungsumlagen, die alle Betriebe in die organisatorische und finanzielle Verantwortung für die vor Ort gesellschaftlich notwendigen Ausbildungsplätze zwingen, kann bei der Berufsausbildung das Gemeinwohl gegenüber kurzfristigen Profitinteressen die Oberhand behalten.
- » Wir müssen Kapazitäten massiv ausweiten: Eine Einwanderungsgesellschaft kann sich keine Behörden leisten, die häufig mehr als ein Jahr brauchen, um Menschen einen Aufenthaltsstatus zu gewähren, der ihnen ermöglicht, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Deswegen müssen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), in den Landes- und kommunalen Behörden sowie Arbeitsagenturen und Jobcentern viele neue Stellen geschaffen werden, um Menschen schnell zu versorgen: mit Dokumenten, zielgerichteten Informationen, zugeteilten Sprach- und Integrationskursen.
- » Unserer wohlhabenden Gesellschaft ist es absolut unwürdig, aktuell mehr als einer Million Langzeitarbeitslosen keine Perspektive anzubieten. Weil die Steuerungsfähigkeit des allgemeinen Arbeitsmarktes gerade in einem offenen Einwanderungsland nicht ausreichen wird, um den beruflich aktuell ausgeschlossenen Menschen eine Perspektive zu bieten, brauchen wir endlich einen sozialen Arbeitsmarkt. Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene muss die Politik gemeinsam mit der Zivilgesellschaft – mit Gewerkschaften, NGOs, gemeinnützigen Unternehmen, Vereinen etc. – gesellschaftliche Arbeitsfelder definieren, in denen wertvolle Arbeit vom Markt nicht geleistet werden kann. Um diese Aufgaben zu erfüllen, müssen würdige soziale Arbeitsplätze geschaffen werden, die Menschen einen Neustart mit Perspektiven ermöglichen. Entsprechende Konzepte müssen schnellstens erarbeitet werden. Finanzielle Mittel sind von öffentlichen Programmen zu gewährleisten.
- » Eine demografisch tendenziell schrumpfende Wohlstandsgesellschaft kann sich keine jungen Menschen leisten oder wünschen, die keinen guten Platz im Arbeitsleben finden oder im

Bildungssystem keine Chance sehen. Neben den zu schaffenden regionalen Ausbildungsumlagen, deren Schritt-für-Schritt-Realisierung etwas Zeit braucht, muss die öffentliche Hand schnelle Zusatzangebote ermöglichen, um den Weg in selbstbestimmte Berufstätigkeit zu unterstützen. Das erfolgreiche neue Übergangssystem „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KaoA) in NRW sollte dafür massiv ausgebaut werden.

BILDUNG ALS MENSCHENRECHT VERWIRKLICHEN – SYSTEME ÖFFNEN UND FLEXIBILISIEREN!

Für alle Menschen führt der Weg in ein selbstbestimmtes Leben über Bildung. Ein demokratisches Einwanderungsland muss dem Menschenrecht daher höchste Priorität geben. Es geht um Allgemein- wie Fachwissen, die Selbstverwirklichung der Menschen und ein tieferes Bewusstsein einer demokratischen Gesellschaft. Dass Bildung dabei auch die Arbeitstätigkeit in einer hochprofessionalisierten, durchrationalisierten Wirtschaft und Gesellschaft ermöglicht, ist nur eine Teilfunktion der Bildung.

Strukturell gilt für das gesamte Bildungssystem, was für den Teilbereich der beruflichen Bildung bereits ausgeführt wurde: Ein offenes Einwanderungsland muss die dauerhaft vorgehaltenen Kapazitäten massiv ausbauen.

Wir fordern:

- » Der Trend, Schulen zu schließen und Lehrer*innenstellen höchstens auf unterem Niveau zu stabilisieren, muss umgekehrt werden. Die Einstellung neuer Lehrer*innen und pädagogischer sowie verwalterischer Fachkräfte darf nicht an leeren Kassen scheitern. Deswegen muss das Kooperationsverbot in der Bildungspolitik schnellstmöglich aufgehoben werden, damit der Bund Geld für Stellen zur Verfügung stellen kann.
- » Das Erlernen von Sprache ist elementar. Deshalb müssen auch die Schulen nachrüsten: Deutsch als Zweit-/Fremdsprache muss zu einer echten Lehramtsbefähigung aufgewertet und zu einem vollwertigen Lehramtsfach in der Lehrkräfteausbildung aufgebaut werden. Außerdem müssen Schulen die durchgängige Sprachbildung als verpflichtenden Bestandteil aller Fächer ansehen.
- » Mehr Lehr- und andere Fachkräfte werden sowohl an allgemeinbildenden, berufsbildenden und Volkshochschulen gebraucht. Wichtig ist, dass politisch das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ von Anfang an Gültigkeit besitzt: Es ist nicht hinnehmbar, wenn die fachqualifizierte Sprachvermittlung durch prekäre Beschäftigung gewährleistet wird.
- » Die in den Schulen eingerichteten Willkommensklassen für geflüchtete Kinder und Jugendliche müssen auf die individuellen Erfahrungen, die die Schüler*innen von der Flucht mitbringen, eingehen können und dürfen deshalb eine maximale Größe von 12 Schüler*innen haben.
- » Die kommunalen Erfahrungen zeigen: Gerade Einwander*innen, die vor Krieg, Not und Elend geflohen sind, finden bei uns meistens ein längerfristigeres Zuhause – auch dann, wenn ihnen offiziell kein dauerhafter Aufenthaltstitel gewährt wurde. Deswegen dürfen Fragen des Status- bzw. Aufenthaltstitels nicht mehr darüber entscheiden, wer bei uns Zugang zu Bildung und Arbeit bekommt. Die wichtigste Schlussfolgerung: Alle Einwander*innen müssen von Anfang an einen Rechtsanspruch auf deutschen Sprachunterricht haben. Das heißt auch: Alle Asylbewerber*innen müssen das Recht auf einen Integrationskurs vor der Anerkennung haben, da die Zeit von der Ankunft in Deutschland bis zur ihrer Anerkennung sinnvoll gestaltet werden muss. Wenn die Perspektivlosigkeit erst einsetzt, ist es schwierig die Menschen wieder zu motivieren. Durch den schnelleren Zugang zu Sprach- und Integrationskursen sind die Menschen sechs bzw. neun Monate beschäftigt und können in der Zeit die deutsche Sprache zu erlernen, damit im Anschluss ein aufbauender Kurs besucht werden kann. Jedoch fehlen Kurse, die über einen B1 Abschluss hinaus gehen. Ausbildungen und ein Studium kann erst bei einem Sprachniveau von B2 / C1 begonnen werden. Je früher die Menschen die Chance bekommen die Sprache zu erlernen, desto schneller können sie nach ihrer Anerkennung in den Arbeitsmarkt integriert werden. So lässt sich vermeiden, dass Einwander*innen, die fachlich mehr können aber die deutsche Sprache nicht beherrschen, als Hilfskräfte eingesetzt werden.
- » Die Vernetzung zwischen den Kommunen und den Sprach- und Integrationskursanbieter*innen muss verbessert werden. Die Integrationskurse dürfen nur von Pädagog*innen durchgeführt werden, sodass die Qualität der Kurse mehr oder weniger gleich ist. Es müssen jedoch allgemeine Standards für Lehrkräfte für alle anderen Kurse erstellt werden.
- » Gerade jungen Menschen, die zu uns kommen, müssen wir mehr Bildungschancen und flexible Einstiege ermöglichen. Um Bildungsabschlüsse nachzuholen und an Hochschulen einen Einstieg

zu finden, müssen sie einen einfachen Zugang zum BAföG-System bekommen. Darüber hinaus braucht es eine Vereinfachung bei der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse auch ohne Nachweise. An Hochschulen und Berufsschulen müssen zudem flexible Einstiegsprogramme für Neuankömmlinge geschaffen werden. An Berufsschulen fängt dies damit an, dass Geflüchtete zwischen dem 18. und 25. Lebensjahr bundesweit eine gesetzliche Zugangsberechtigung brauchen. An Hochschulen soll ein modularisiertes, teils anrechenbares Zusatzprogramm zur Sprachvermittlung und Institutionenlehre angeboten werden.

- » Bildungspolitik beginnt in der Kindertagesstätte. Wir brauchen Investitionen in frühkindliche Bildung. Dafür brauchen wir ein Bundesprogramm zur Schaffung neuer Kita-Plätze und zur Einstellung weiterer Erzieher*innen. Für Erzieher*innen müssen Weiterbildungsangebote zur Sprachvermittlung und zum Umgang mit traumatisierten Kindern geschaffen werden.
- » Weiterhin müssen wir auch spezielle Bildungsangebote für ältere Geflüchtete und auch Analphabet*innen schaffen, die ihren Bedürfnissen angepasst sind. Denn nur so gelingt es diesen Menschen eine neue Chance zu bieten.

INTEGRATION GIBT ES NUR VOR ORT – STARKE KOMMUNEN STATT PRIVATISIERUNGEN KOMMUNALER AUFGABEN AN DAS EHRENAMT!

Praktisch ist Integration ein Thema des nahen sozialen Umfelds. Deshalb ist auch keine politische Ebene so wichtig wie die Kommune. Von der Erstunterkunft bis zur strategischen Stadtplanung haben die Kommunen die Möglichkeit, Ghettoisierung und Parallelgesellschaften zu verhindern. Über den Bau und die Unterhaltung von Schulen und die kommunale Wirtschaftsförderung wird in den Kommunen mitentschieden, ob Einwander*innen eine Aufstiegsperspektive finden. Und in den Kommunen wird das Ehrenamt koordiniert.

Über die ehrenamtliche Arbeit entstehen persönliche Kontakte und Freundschaften, die den Schlüssel zur Integration der Geflüchteten darstellen. Wo wäre ist man besser integriert, als in Mitte von Freund*innen? Im gesamten Bundesgebiet haben sich im vergangenen Jahr Freiwillige um Hilfsorganisationen oder autonom organisiert. Sie haben ein Netz an Hilfsangeboten geschaffen, das von der Begleitung bei Behördengängen über Kleiderkammern und Sprachkurse, bis hin zu Fahrdiensten und Sozialberatung reicht. Der Hauptteil der ehrenamtlich Tätigen investiert dabei fünf bis zehn Wochenstunden in die Arbeit mit Geflüchteten.

Diese Hilfsbereitschaft ist beispielhaft und bewundernswert, allerdings darf vor dem Hintergrund dieser positiven Entwicklung die Rolle des Staates nicht vernachlässigt werden. Es ist aus unserer Sicht Kernaufgabe des Staates, Migrationsbewegungen zu steuern und zu integrieren. Fehlende Strukturen, undurchsichtige bürokratische Hürden und lange Wartezeiten, welche die Notwendigkeit einer so großen zivilgesellschaftlichen Unterstützung erst erforderlich gemacht haben, dürfen nicht als billige Lösung dienen. Ehrenamtliche Strukturen können nicht der kostenlose Ersatz für staatliche Integrationsmaßnahmen sein. Die urstaatlichen Aufgaben der Integrationspolitik dürfen nicht privatisiert werden. Stattdessen muss der Staat durch die Schaffung von hauptamtlichen Stellen die ehrenamtliche Struktur stützen. Denn aus sozialdemokratischer Sicht bedeutet die Unterstützung des Ehrenamtes gleichzeitig eine Stärkung des Ehrenamtes.

Wir fordern:

- » Gute Arbeit vor Ort gibt es nur in starken Kommunen. Damit die Kommunen ihre Integrationsarbeit leisten können, brauchen sie finanziellen Spielraum. Da die Integration die elementare Aufgabe der Kommunen in der Einwanderungs- und Asylpolitik ist, müssen alle anderen Kosten von Bund und Land übernommen werden.
- » Ehrenamtlichkeit darf nicht Hauptamtlichkeit ersetzen. Wir wollen einen starken Staat, der seine Aufgaben nicht privatisiert oder in ehrenamtliche Hände gibt. Trotzdem ist die ehrenamtliche Geflüchtetenhilfe ein wichtiger Baustein im Integrationsprozess. Doch statt Personen wollen wir Projekte fördern, denn Ehrenamtlichkeit ist auf gute Bedingungen angewiesen. Deshalb wollen wir auch keine Sozialgeschenke für Ehrenamtliche, die das Ehrenamt in der Geflüchtetenhilfe einseitig honorieren, sondern breit die finanzielle Ausstattung der einzelnen Projekte stärken. Ehrenamtliche Hilfe ist nicht bezahlbar. Die Bedingungen, unter der sie stattfinden muss, aber schon. Gerade im Bereich des Versicherungsschutzes von ehrenamtlichen Kräften muss mehr Aufklärung und Hilfe von staatlicher Seite betrieben werden. Oft sind die bürokratischen Hürden hier sehr hoch, sodass interessante und wichtige Projekte bürgerlichen Engagements scheitern.

- » Wir wollen Verwaltungsstrukturen schaffen, die ehrenamtliche Arbeit vernetzen und ausbauen. Über Ehrenamtskoordinator*innen und Quartiersmanager*innen sollen unter demokratischer Mitwirkung der Bürger*innen soziale Strukturen im Stadtteil wiederbelebt werden. Die oder der Ehrenamtskoordinator*in soll einen Budgetrahmen für Miniprojekte verwalten und für ehrenamtliche Arbeit ansprechbar sein, um Projekte zu vernetzen oder in rechtlichen Fragen weiterhelfen zu können. Damit die Arbeit aber auch vor Ort im Stadtteil ankommt, sind Quartiersmanager*innen notwendig, die als eine Verwaltungsaußenstelle im Stadtteil agieren. Sie sollen die Bewohnerschaft im Quartier vernetzen und unterschiedliche Interessengruppen und lokale Akteure im Mitwirkungsprozess einbinden. Durch Orte der Begegnung kann so ein Miteinander besonders in problematischen Stadtteilen entstehen, wo andere Sozialsstrukturen, wie beispielsweise Vereine oder Kirchen, weggebrochen sind. Durch wechselnde, mobile Angebote sollen zudem die Beteiligungshemmschwelle möglichst niedrig gehalten werden. Um die Kommunen bei der Finanzierung solcher Stellen nicht alleine zu lassen, wird ein Landesprogramm zur Unterstützung benötigt.
- » Gerade in den Kommunen stoßen viele Öffentlich Bedienstete an ihre Belastungsgrenze. Kommunale Verwaltungen dürfen bei immer mehr Aufgaben personell nicht mehr an der Unterkannte besetzt sein. Starke Kommunen gibt es nur mit einer Stärkung des Öffentlichen Dienstes. Es muss eine ausreichende Betreuung und Hilfestellung für Asylbewerber*innen sichergestellt werden. Diese kann nur geleistet werden, wenn das Verhältnis eine Sozialarbeiter*in / eine Verwaltungsfachkraft für 60 Asylbewerber*innen nicht überschreitet.
- » Vereine aus Kultur und Sport leisten eine hervorragende Integrationsarbeit. Unterstützungen wie die unbürokratische Einmalförderung über 500 Euro des Landes NRW an Sportvereine, die Projekte mit Geflüchteten initiieren, haben die Vereine darin unterstützt, Startgelder zu finanzieren oder die sportliche Erstausrüstung bereit zu stellen. Solche Unterstützungen gilt es fortzuführen und auszubauen.
- » Die Aufgabe der Integration wird essentiell von der Frage der Unterbringung bestimmt. Zentrale Unterbringung in Massenunterkünften fördert die Exklusion von Geflüchteten, da nahezu keine Kontakte zur ansässigen Bevölkerung bestehen. Dabei ist aber auch zu beachten, dass der Kontakt zu anderen Geflüchteten für die Bewältigung von Traumata, aber auch des Alltags förderlich sein kann.
- » Wer dezentrale Unterbringung fordert, muss dann aber konsequenterweise auch Mobilität garantieren. Wir brauchen einen ÖPNV, der auch außerhalb der Zentren für eine gute Mobilität sorgt und der für Geflüchtete über vergünstigte Angebote wie Sozialtickets attraktiv wird.
- » Frauen machen ein Drittel aller Geflüchteten aus und trotzdem gibt es für sie in vielen Unterbringungen weder Rückzugsräume noch getrennte Sanitäreinrichtungen. Gerade für Frauen, die schon auf der Flucht sexualisierte Gewalt erfahren haben, sich vor Ort in Situationen befinden, die Schutzräume verlangen oder für Frauen, die zum Stillen ihrer Säuglinge Ruhe brauchen, sind diese Verhältnisse unzumutbar. Gewaltschutzkonzepte wie zum Beispiel das des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes sollen in allen Erstaufnahmeeinrichtungen eingerichtet werden. Die Positionierung gegen Gewalt soll nicht nur im Leitfaden der Unterkunft verankert und damit für alle Bewohner*innen verpflichtend sein, sondern auch Mitarbeiter*innen sollen für genderspezifische Probleme wie sexualisierte Gewalt und Diskriminierung sensibilisiert werden. Des Weiteren bedarf es eines flächendeckenden und sichtbaren Beratungsangebotes für Frauen, das Themen wie sexualisierte Gewalt, aber auch Arbeitssuche, Kinderbetreuung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf behandelt.
- » Sexuelle Orientierungen und queere Identitäten können ein Fluchtgrund sein. Viele lesbisch, schwule, bisexuelle, transsexueller, transgender oder intersexuelle Menschen werden in ihren Heimatländern deshalb verfolgt und suchen jetzt Schutz. Aber auch für sie fehlt es in Unterkünften an Schutzräumen, sensibilisiertem Personal und Beratung. Auch in Unterkünften in Deutschland kommt es durch Personal zu Diskriminierung oder durch homophobe Einstellungen der DolmetscherInnen zu verhiindertem Asyl. Für Geflüchtete mit LSBTTI*-Hintergrund müssen ebenfalls Gewaltschutzkonzepte in Einrichtungen etabliert werden. Ein Wohnsitzauflage löst das Problem von Ghettoisierung nicht. Im Gegenteil: Menschen in strukturschwache Regionen abzuschieben generiert erst recht Perspektivlosigkeit und schafft Desintegration und Parallelgesellschaften. Stattdessen wird ein gezieltes Investitionsprogramm in kleinere und mittlere Kommunen zur Schaffung von Arbeits- und Integrationsangeboten benötigt, damit besonders diese Kommunen für Einwander*innen attraktiv werden.

FÜR EINE NEUE ÄRA DES SOZIALEN WOHNUNGSBAUS

Die erfolgreiche Geschichte des öffentlichen Wohnungsbaus in der Bundesrepublik hat ein jähes Ende gefunden, als in den 1980er Jahren mit dem neoliberalen Wandel der Wirtschaftspolitik die erfolgreichen Programme aus ideologischen Gründen eingestellt wurden. Heute spüren wir die Folgen: Bis 2020 müssen jährlich zirka

140 000 Wohnungen gebaut werden, um der steigenden Nachfrage nach Wohnraum vor allem in Ballungs- und Universitätszentren zu begegnen. Davon sind 80 000 Sozialwohnungen und 60 000 Wohneinheiten im „bezahlbaren Preissegment“ zu bauen.

Dabei gibt es jedoch starke Unterschiede zwischen verschiedenen Regionen je nachdem ob unterm Strich mehr Menschen zu- oder wegziehen. Folglich gibt es nicht eine einheitliche Lösung, die für alle passt. Idealerweise sollte die öffentliche Hand deshalb ein mehr als ausreichendes Angebot vorhalten und Leerstand als Puffer nicht kritisch gesehen werden. Jedenfalls erscheint dieser nicht so kritisch, wie die akute Wohnungsnot oder Kaufkraftverluste bei Arbeitnehmer*innen infolge rasant steigender Immobilienpreise. Wichtig ist die Erschließung neuen Baulands und vor allem die Verhinderung von Schweinezyklen, also Zeitverzögerungen bei der Anpassung des Angebots an den Markt. Der Mangel an sozialem Wohnraum ist vor allem aus dem Grund entstanden, weil die öffentliche Hand in den letzten 30 Jahren dazu tendierte, sich prozyklisch zu verhalten, also die Marktentwicklungen zu duplizieren. Sie hat in Krisenzeiten zur kurzfristigen Haushaltskonsolidierung kommunale Wohnungen verkauft, als die Preise im Keller waren. Nun, wo die Mietpreise in die Höhe geschossen sind, rückt die Rekommunalisierung der Wohnungswirtschaft wieder auf die Tagesordnung.

Die Pleite der gewerkschaftseigenen „Neuen Heimat“-Wohnungsgesellschaft im Jahre 1989 war ebenso ein Schlag für das Ziel langfristig günstigen Wohnraum bereitzustellen.

Freie Wohnungsmärkte verhalten sich aufgrund des Zustroms von spekulativem Kapital stark prozyklisch. Sobald an einem bestimmten Ort steigende reale Nachfrage prognostiziert wird, tritt ein spekulativer Herdentrieb ein. Kapital fließt zu und auf einen Schlag wird eine große Anzahl an Luxuswohnungen in Auftrag gegeben, weil diese Projekte die größte Profitmarge versprechen. Die Schaffung von sozialem und bezahlbarem Wohnbestand kommt in dieser Phase zu kurz. Deshalb muss die öffentliche Hand im Bereich des sozialen Wohnungsbau wieder handlungsfähig werden. Ein wichtiger Indikator ist hierbei, ob es bei einem gegebenen Angebot und einer gegebenen Nachfrage für Antragsteller*innen möglich ist, in angemessener Zeit eine Wohnung anmieten zu können. Der entscheidende Vorteil von Antragsfristen als Gleichgewichtsindikator anstatt Preisen liegt in folgendem Zusammenhang begründet: Wenn der Staat Wohnraumangebot und Wohnraumnachfrage ausgleichen soll, dann fällt so die Rolle der Spekulationskasse der Anleger*innen weg. Oder mit anderen Worten: Steigende Nachfrage zieht kein spekulatives Kapital an, weil Wohnungen in der staatlichen Wohnraumverwaltung nicht mit Geld erworben werden, sondern per Antragsstellung. Nicht mehr die Preisentwicklung ist der Indikator dafür, ob Angebot und Nachfrage in einem Gleichgewicht zueinander stehen, sondern die Frist zwischen Antragsstellung und Antragsbewilligung.

Wir fordern:

- » Die Privatisierung öffentlicher Wohnungssubstanz zur kurzfristigen Bausubstanz ist zu vermeiden. Mittelfristig muss auch eine Rekommunalisierung von Wohnungseigentum das Ziel sein. Instrumente sind öffentliche Wohnungsgesellschaften. Auch im sozialen Wohnungsbau gilt, dass soziale Teilhabe am besten gegen steigende Mieten schützt. Deshalb unterstützen wir insbesondere genossenschaftliche Wohnungsbaumodelle. Bei der Erweiterung des sozialen Wohnungsbestandes ist auf Barrierefreiheit und demografiefeste Baussubstanz zu achten.
- » In Bedarfsregionen sind Mittel und Wege zu berücksichtigen, wie auch neues Land erschlossen werden kann.
- » Mittels geeigneter Indikatorenmodelle ist die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum in verschiedenen Regionen zu prüfen. Hier ist nicht etwa nur die ortsübliche Miete oder der Grundstückpreis ein Thema, sondern es müssen auch Tests durchgeführt werden, ob es für Menschen in prekären Situationen möglich, an bezahlbarem Wohnraum zu kommen. Geeignete Indikatorenmodell können zum Beispiel auf Antragsfristen basieren, die mittels Testanmietungen ermittelt werden.
- » Puffer: Grundsätzlich gilt ein Richtwert, dass – regional differenziert – 30 Prozent der neugebauten Wohnungen im 5-Jahresmittel dem öffentlichen sozialen Wohnungsbau zugerechnet werden müssen.

WEHRHAFTE DEMOKRATIE – KEINEN METER DEN RECHTEN!

Integration heißt, einen neuen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schaffen. Dafür brauchen wir eine neue Diskussion über die Werte unserer demokratischen Gesellschaft. Das betrifft nicht nur Menschen, die neu zu uns kommen, sondern vor allem auch viele Menschen, die schon lange hier leben.

Die Demokratie war seit Bestehen der Bundesrepublik wohl noch nie in einer solchen Gefahr wie heute: Rechte Meinungen verfassungs sich immer weiter in der Mitte der Gesellschaft, rechte Gewalt gehört mehr und mehr zur Tagesordnung und eine rechte Partei wird in den Parlamenten immer einflussreicher. Statt Diskussionen über „sichere Herkunftsländer“ brauchen wir eine Diskussion über Deutschland als sicheres Ankunftsland.

Für uns ist klar: Sozialdemokratische Politik wird sich von der Zunahme rechter Meinungen nicht erpressen lassen. Wir stehen klar zu einer liberalen, offenen und multikulturellen Gesellschaft und wir werden kein Stück zurückweichen von unserer Haltung zu einem vereinten und friedlichen Europa. Wir werden für die Demokratie kämpfen.

Das bedeutet auch Menschen, die den Glauben an die Demokratie verloren haben, zurückzugewinnen. Menschen, die aus welchen Gründen auch immer den Glauben an die Demokratie verloren haben, zurückzugewinnen, heißt aber ausdrücklich nicht, sich in die Arenen der Rechten zu begeben. Es gibt keine berechtigten Ängste vor Überfremdung. Wer sich so auf die Sprache und Narrative der Rechten einlässt, stärkt sie damit nur.

Stattdessen brauchen wir eine eigene Vision einer starken und offenen Integrationsgesellschaft, eine Erneuerung des sozialdemokratischen

Aufstiegsversprechens. Der Dreiklang unseres Kampfes gegen Rechts lautet:

Investitionen in Aufstiegsperspektiven, Demokratie lernen bedeutet Demokratie zu leben und keinen Platz für menschenfeindliche Thesen.

Wir fordern:

- » Zu guter Schulpolitik gehört guter Demokratieunterricht. Oft mangelt es bei den Schüler*innen und späteren Erwachsenen an Grundkenntnissen über das demokratische System, weil Politik- oder Sozialwissenschaftsunterricht oft als erstes gekürzt oder fachfremd unterrichtet werden. Hier brauchen wir dringend ein Umdenken in der Bildungspolitik und eine Stärkung der Gesellschaftswissenschaften um ethische Diskurse erlernen und führen zu können. In NRW war es die schwarz-gelbe Landesregierung, die mit ihrer G8-Schulreform an Gymnasien die Mittelstufe gekürzt und damit in erster Linie den gesellschaftskundlichen Unterricht geschwächt hat. Die Erziehung zur mündigen Bürger*in und nicht die Vorbereitung auf die eigene wirtschaftliche Verwertbarkeit muss das Kernziel schulischer Bildung sein.
- » Demokratiekompetenz muss fächerübergreifend gefördert werden. Wirtschaftsunterricht beispielsweise darf nicht normative Diskussionen vernachlässigen und die eigene wirtschaftliche Situation alternativlos erscheinen lassen.
- » Die antirassistische und antisexistische Wertevermittlung sollte dabei ebenso im Fokus stehen, wie eine Vermittlung demokratischer Praxis inner- und außerhalb des Unterrichtes. Das Landesprogramm „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ist dabei ein guter Ansatzpunkt, muss aber weiterentwickelt werden, da hier keine Kontrollmechanismus des Programmauftrages nach Erteilung des Schultitels bestehen.
- » Demokratie lernen heißt in erster Linie, Demokratie anzuwenden. Partizipation von Schüler*innen an Entscheidungen der Schule muss eine Leitlinie aller Schulen sein. Deshalb ist eine konsequente Umsetzung der Drittelparität unerlässlich, um Schüler*innen-Vertretungen das Mitbestimmungsrecht der Schüler*innen an Schulen institutionell zu verankern.
- » Gendersensible Wertevermittlung muss für unsere gesamte Gesellschaft verstärkt werden. Durch sexistische Werbung in Medien oder abwertende Sprüche auf dem Schulhof, in denen Frauen lediglich ein Objekt darstellen, wird heranwachsenden Jungen ein Frauenbild vermittelt, das eindimensional, abwertend und alle andere als gleichgestellt ist. Für eine gendersensible und emanzipative Wertevermittlung muss das Bildungssystem eine tragende Rolle spielen.
- » Es braucht dringend eine Reform des Wahlrechtes um möglichst viele Menschen an demokratischen Prozessen zu beteiligen. Wer in Deutschland lebt, der muss auch kommunal mitbestimmen dürfen. Außerdem treten wir für eine Absenkung des Wahlalters auf allen Ebenen auf 16 Jahre ein, damit diejenigen früh mit ihren demokratischen Rechten und Pflichten in Berührung kommen, die später mit politischen Entscheidungen leben müssen.

- » Nirgendwo ist unsere demokratische Gesellschaft so lebendig und erfahrbar wie in der Vereinslandschaft. Sie bilden den wirksamsten Schutz gegen antidemokratische Strukturen. Der Staat darf sich dabei aber nicht aus seiner Verantwortung verabschieden: Es war wichtig, dass die Bundesfördermittel im Programm „Demokratie leben“ für kommunale Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus verdoppelt wurden, aber es braucht dort auch eine langfristige Finanzierungsperspektive. Die Etablierung von demokratischen Netzwerken vor Ort dauert Jahre und darf nicht dem Wohlgefallen wechselnder Regierungskonstellationen ausgesetzt werden.
- » Besonders stark tritt der öffentliche Hass in sozialen Netzwerken zu Tage. In Postings, Kommentaren oder Blog-Beiträgen werden vermehrt Menschen oder Menschengruppen angegriffen, beleidigt oder bedroht. Dieser unregulierte Hass tritt nicht mehr nur in eher geschlossenen Räumen wie Foren oder Online-Chats auf, sondern auch in aller Öffentlichkeit auf Twitter oder den Pinnwänden bei Facebook. Die gefühlte Anonymität der einzelnen Teilnehmer*innen führt zu einer vollkommenen Entgrenzung des Hasses und jegliche Hemmungen fallen. Der Hass wird jedoch nicht mehr nur unter Pseudonymen geteilt, sondern immer mehr unter den Klarnamen der jeweils Beteiligten. Diskussionen werden durch einen fehlenden direkten Kontakt zum Gegenüber entmenschlicht und entgrenzt. Die Hass-Postings übertreten hierbei häufig die Grenzen der Meinungsfreiheit. Straftatbestände der Beleidigung, Volksverhetzung oder gar das Anstiften zu Straftaten sind anzutreffen. Obwohl hier eine klare Verletzung von geltendem Recht auftritt, unternehmen die Betreiber der Portale, etwa Facebook oder Twitter, nichts gegen diese Vorkommnisse. Die Unternehmen ziehen sich häufig hinter der Argumentation zurück, dass die Beiträge in ihrem Herkunftsland (den USA) nicht illegal sind. Auch nach einer Meldung der Postings durch Nutzer wird nichts unternommen. Das rechtliche Mittel der Anzeige ist bei der Masse der Gesetzesverstöße mühselig und langwierig. Im Internet gelten die gleichen Gesetze wie in der analogen Welt. Soziale Netzwerke sind mit öffentlichen Räumen gleichzusetzen. De facto sind Äußerungen, die auf diesem Plattformen getätigt werden, mit Äußerungen in der analogen Öffentlichkeit gleich. Aus diesem Grund müssen sie auch gleich und konsequent verfolgt werden. In der Öffentlichkeit muss ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass es auch in sozialen Netzwerken eine Grenze zwischen Meinungsäußerungen und Straftaten gibt. Ein leichteres Anzeigen von online begangenen Straftaten kann hierbei ein erstes Schritt sein. Es müssen aber auch die Betreiber der Netzwerke verstärkt in die Pflicht genommen werden. Sie müssen dazu gedrängt werden, dass bei Meldungen oder Löschanträgen das nationale Recht beachtet wird. Ein Zurückziehen hinter das nationale Recht des Herkunftslandes darf hierbei keine Ausrede mehr sein. Eine Lösung kann es nur europäisch geben.
- » Dem Problem des Rechtsterrorismus wird zu wenig Beachtung geschenkt. Es braucht einen handlungsfähigen demokratischen Staat, der aus den rechtsterroristischen Verbrechen der letzten Jahre gelernt hat. Rechter Terror muss als solcher benannt und konsequent geahndet werden, wofür eine enge Zusammenarbeit der ermittelnden Behörden erforderlich ist. Dabei muss eine strenge demokratische, transparente und unabhängige Kontrolle gewährleistet sein. Auftretende Fälle von Rassismus und Menschenfeindlichkeit innerhalb der Behörden müssen ebenfalls demokratisch, transparent und unabhängig untersucht und sanktioniert werden können. Die vor uns liegenden Aufgaben sind groß und die politischen Debatten, die wir darüber führen müssen, werden schwierig. Aber es ist umso wichtiger: Die Zukunft Deutschlands und die Zukunft Europas darf nicht die Abschottung sein. Wir wollen eine offene, eine mutige, eine gerechte und eine zukunftsfähige Gesellschaft. Deshalb werden wir kämpfen: Für eine gute Zukunft statt Grenzen.

AUSWEITUNG DER REVISIONS- KLAUSEL AUF RÜCKWIRKENDE KOSTENERSTATTUNG DER KOMMUNALEN FLÜCHTLINGS- UNTERBRINGUNG FÜR DAS JAHR 2015

Seit nun mehreren Monaten erhalten wir Nachrichten, dass Geflüchtete nach Deutschland kommen, die vor Krieg und Elend fliehen und um ein besseres Leben für sich und ihre Familien aufzubauen. Dabei wird nicht sonderlich von rechtspopulistischen und rechtskonservativen an Kritik gespart. So manche Kritik ist jedoch keine Kritik mehr, sondern Hass und Rassismus, der sich in verbaler und nonverbaler Form ausdrückt. Für uns ist klar: Hass und Rassismus hat hier in unserer Gesellschaft nichts verloren, das lehrt uns unsere Geschichte und die daraus resultierende moralische Verantwortung dem entgegen zu wirken. Zu einer rationalen Politik gehört jedoch auch eine gesunde Selbstreflexion. Die Bundesregierung und vor allem die SPD hat bisher dazu beigetragen, dass sich die Situation für die Geflüchtete teilweise verbessert hat, es besteht trotzdem Handlungsbedarf in gewissen Punkten. Dazu gehört, dass der Bund den Kommunen unter die Arme greift. Es ist nicht an der Zeit mit bloßen Floskeln politische Veränderung zu predigen, sondern konkret die Probleme zu benennen und aufzuheben. Die Delegation möge beschließen, dass die vereinbarte Revisionsklausel nicht nur rückwirkend die Mehrkosten für die kommunale Flüchtlingsunterbringung 2016 abdeckt, sondern auch die entstandenen Kosten für 2015.

DIE AfD UND DIE BURSCHIS - ES WÄCHST ZUSAMMEN, WAS ZUSAMMEN GEHÖRT

Mit dem Scheitern des national-konservativen und neoliberalen Flügels der AfD um Bernd Lucke ist endgültig zu Tage getreten, was zuvor noch halbherzig verdeckt werden konnte: Die ‚Alternative für Deutschland‘ ist ein Sammelbecken rassistischer, antisemitischer, völkischer, nationalsozialistischer, homophober, christlich-fundamentalistischer, verschwörungsideologischer, revisionistischer und anderer neu-rechter Haltungen. Eine zentrale Rolle auf ihrem Weg zum rechten Rand spielen dabei die Burschenschaften, die mit dieser Partei das gefunden haben, was sie schon lange wollten: eine Möglichkeit, ihr ultrarechtes Gedankengut zu artikulieren, ohne dabei als „rechtsradikal“ markiert und damit aus der Mitte der öffentlichen Debatte ausgeschlossen zu werden sowie eine Möglichkeit, dieses völkisch-nationalistisches Denken in das parlamentarische System zu tragen und damit eine Möglichkeit, tatsächliche politische Macht zu erringen.

Drei Fälle seien im Folgenden exemplarisch skizziert, um die personellen Überschneidungen der ‚Alternative für Deutschland‘ mit den rechten Burschen zu verdeutlichen.

Den wohl prominentesten Fall stellt Benjamin Nolte dar, dessen unsäglicher Spitzname ‚Bananen-Nolte‘ nicht von Ungefähr herrührt. Auf der Festveranstaltung der Deutschen Burschenschaft im Jahre 2009, damals war Nolte Mitglied der „Libertas Brünn zu Aachen“ sowie Obmann der Deutschen Burschenschaft für Politik und Kultur, soll er den Mitgliedern der Kölner Burschenschaft „Alemannia“ eine Banane, als Anspielung auf ein Schwarzes Mitglied, überreicht haben. Im Anschluss an diesen rassistischen Ausfall trat Nolte von seinem Obmann-Posten zurück, sowie aus seiner Burschenschaft aus, um sich dann jedoch der Münchener „Danubia“ anzuschließen, deren Aktivitas vom Verfassungsschutz als „rechtsextrem“ eingeschätzt wird. Diese Vorgeschichte hinderte die Mitglieder der AfD-Jugend ‚Junge Alternative‘ im Februar 2014 nicht daran, Benjamin Nolte zu ihrem stellvertretenden Bundesvorsitzenden zu wählen. Von dieser Funktion musste er zwar auf Bitten des Bundesvorstands bereits Ende März 2014 wieder zurücktreten. Als Grund wurde damals der frisch erschienene Verfassungsschutzbericht, der die Aktivitas der Münchener „Danubia“ abermals als „rechtsextreme Organisation“ einstufte, sowie die rassistische Attacke im September 2009 angegeben, was insofern ungläubwürdig ist, als beide Tatsachen bereits vor der Wahl Noltens bekannt waren. Wie halbherzig aber diese vermeintliche Abgrenzung gegenüber Mitgliedern mit rassistischem Gedankengut ist, belegt die Tatsache, dass Benjamin Nolte mittlerweile nicht nur Vorstandsmitglied des AfD Bezirksverbands Oberbayern ist, zusätzlich bekleidet er ebenfalls ein Vorstandsamt in der sogenannten „Patriotischen Plattform“ - ein Zusammenschluss besonders rechter AfD-Mitglieder, welcher aktiv die Nähe zur radikal rechten „Identitären Bewegung“ sucht. Seine Vorgeschichte stellt für ihn offenbar kein Problem mehr dar.

Ebenfalls im Vorstand dieses Zusammenschlusses ist AfD-Mitglied Dubravko Mandic, der außerdem der Freiburger Burschenschaft „Saxo-Silesia“ angehört. Auf einer Feier im Verbindungshaus der Burschenschaft, zu der Mandic persönlich geladen hatte, wurden Nazilieder abgespielt und „Heil Hitler“-Rufe gebrüllt, was dem Burschenschafter ein ‚Ehrengerichtsverfahren‘ einbrachte. Als weiteren Beleg seiner offen rassistischen Gesinnung bezeichnete Mandic den US-Präsidenten Obama im Internet als „Quotenneger“, was innerhalb der AfD wiederum zu einem Parteiausschlussverfahren führte, das jedoch im Sande verlief. Ironischerweise ist Mandic Mitglied des Parteischiedsgerichts der AfD Baden-Württemberg. Was die Abgrenzung der AfD zur NPD anbelangt, ist Mandic selbst der Meinung, dass es vor allem das bürgerliche Umfeld der AfD und nicht so sehr die Inhalte seien. Ein dritter Fall zeigt, dass nicht nur studentische Burschenschafter in die AfD drängen. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD-Landtagsfraktion in Brandenburg Andreas Kalbitz ist beispielweise Mitglied der Münchner Schüler-Burschenschaft „Saxonia-Czernowitz“ und war darüber hinaus Vorsitzender des Vereins „Kultur- und Zeitgeschichte, Archiv der Zeit“. Dieser Verein, der von Waldemar Schütz, ehemals Angehöriger der Waffen-SS, Hauptsturmführer der Leibstandarte Adolf Hitler sowie Mitglied des Bundesvorstands der NPD, gegründet wurde, hat es

sich zur Aufgabe gemacht, die Zeit der NS-Diktatur zu relativieren und umzudeuten. Dass Kalbitz mit dieser Form des dezidierten Geschichtsrevisionismus‘ keine Probleme hat, verwundert insofern nicht, als er eine lange rechte Sozialisation vorweisen kann, die unter anderem eine Partei-Mitgliedschaft bei den Republikanern beinhaltet. Bemerkenswerterweise gilt Kalbitz als wahrscheinlicher Nachfolger von Gauland in Brandenburg.

Dies sind nur drei von vielen weiteren Beispielen, bei denen stramm rechte Burschenschafter in Amt und Funktion für die ‚Alternative für Deutschland‘ aktiv sind und dort mit ihrer rassistischer Gesinnung maßgeblich Einfluss auf die Positionen dieser Partei nehmen. Den Grund dafür, warum so viele Burschenschafter in die AfD und dort auf eine starke Machtposition drängen, hat Mandic mit seiner obigen Einschätzung fast schon selbst gegeben. Die ‚Alternative für Deutschland‘ dient ihnen als Plattform, völkisch-nationalistische und rassistische Haltungen, die sich bisher nur in Parteien wie der NPD oder der Republikaner organisieren konnten, in der Mitte der parlamentarischen Demokratie zu etablieren und dabei dennoch für eine breite Wähler*innenschicht wählbar zu bleiben. Die Burschenschafter sehen die Zeit gekommen, die gefühlt anhaltende Deutungshoheit der 68er-Bewegung endlich zu durchbrechen und das eigene reaktionäre Weltbild im gesellschaftlichen Diskurs, quasi als rechtes 68, zu verankern.

Doch auch für die Partei selbst hat diese Allianz entscheidende Vorteile, wie Sebastian Weiermann in der Jungle World vom 16. März 2016 verdeutlicht: „Die völkischen Nationalisten in der Partei scheuen sich nicht vor der Unterstützung von Neonazis auf der Straße. Rechte Aufmärsche wie in Clausnitz oder Heidenau werden unterstützt oder als berechtigter Zorn des Volkes heruntergespielt. Gerade Kubitschek und Elsässer propagieren »zivilen Ungehorsam« von rechts. Neonazistische Aufmärsche sind für diesen Teil der AfD kein Problem, sondern die praktische Unterstützung ihrer Politik.“⁴¹ Die Burschenschafter in den eigenen Reihen der AfD dienen also unter anderem als Verbindung zu militanten rechten Gruppierungen, die Einschüchterungen und Gewalt für legitime Mittel halten, um genau jene Politik durchzusetzen, für die die AfD jenseits ihrer halbseidenen Distanzierungen von Rassismus und anderen menschenverachtenden Ideologien eigentlich steht. Außerdem gelingt es ihr mit Hilfe der rechten Burschen eine Wähler*innenschicht anzusprechen, die mit ihren Ansichten außerhalb des demokratischen Diskurses in den letzten Jahren zurecht nicht repräsentiert war und nun all das artikuliert findet, was sie immer schon dachte.

Die Burschis und die AfD – dort wächst zusammen, was zusammen gehört.

WAS FOLGT DARAUS?

Vor dem Hintergrund dieser neuen Allianz aus AfD und Burschenschafter fordern wir Jungsozialist*innen:

1. Der Unvereinbarkeitsbeschluss bezüglich einer Mitgliedschaft in der SPD und in einer im Dachverband Deutsche Burschenschaft organisierten Burschenschaft war richtig. Er muss auf solche Burschenschaften, studentischen Verbindungen und Schüler*innen-Verbindungen ausgeweitet werden, die in gleicher Weise, wie die im Dachverband Deutsche Burschenschaft organisierten Burschenschaften, von sexistischem, rassistischem und völkisch-nationalistischem Denken geprägt sind.
2. Die Aufklärungsarbeit über studentische Verbindungen und Burschenschaften im Speziellen sowie über Schüler*innen-Verbindungen muss verstärkt werden. Diese sind nicht einfach nur irgendwelche Karriereklügelrunden von in der überwältigenden Mehrheit weißen, heterosexuellen Männern, sondern zumeist Brutstätten von Sexismus, Chauvinismus, kruder Härte-Ideale, Nationalismus und offenem Rassismus.
3. Wir sehen uns in unserer antifaschistischen Arbeit bestätigt. Überall dort, wo Burschis versuchen, politische Macht oder gesellschaftlichen Einfluss zu erringen, ob in der AfD oder woanders, werden wir uns ihnen entschieden entgegenstellen.
4. Die ‚Alternative für Deutschland‘ darf auch angesichts dieser neuen Allianz nicht als irgendeine Partei angesehen werden, die gleichberechtigt auf einer Stufe mit den anderen demokratischen Parteien steht. Unsere Haltung gegenüber dieser Partei sowie die Haltung der SPD muss in einer konsequenten Ablehnung bestehen, zu der gehört, sie mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, zu bekämpfen.

⁴¹<http://jungle-world.com/artikel/2016/11/53683.html>

JUSTIZ UND INNENPOLITIK

J 1	Unterstützung von Opfern sexualisierter Gewalt im Strafverfahren.....	72
J 2	Nein heißt Nein heißt Nein heißt Nein!.....	73

UNTERSTÜTZUNG VON OPFERN SEXUALISIERTER GEWALT IM STRAFVERFAHREN

Die Landeskonferenz der Jusos NRW hat beschlossen:

- » Einem Menschen, der Opfer einer Tat nach StGB §177 sexueller Nötigung/ Vergewaltigung §184i sexuelle Belästigung, §184j Straftaten aus Gruppen §183 exhibitionistischer Handlungen bzw. gemäß §180a oder §181 der Zwangsprostitution wird, soll unmittelbar nach Eingang der Anzeige bei der Polizei, spätestens aber bei Aufnahme des Gerichtsprozesses, eine Sozialarbeiter*in sowie bei Bedarf ein*e psychologische*r Psychotherapeut*in kostenlos und unaufgefordert zur Seite gestellt werden.
- » Einem Menschen, der Opfer einer Tat nach StGB §176 sexueller Missbrauch von Kindern, §179 sexueller Missbrauch widerstandsunfähiger Personen, §182 sexueller Missbrauch von Jugendlichen wird, soll unmittelbar nach Eingang der Anzeige bei der Polizei ein*e psychologischer Psychotherapeut*in bzw. Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*in kostenlos, unmittelbar und unaufgefordert zur Seite gestellt werden.
- » Diese*r nimmt unaufgefordert Kontakt zum Opfer auf und fragt nach, ob Unterstützung/ Hilfe benötigt wird; auch bei Verneinung fragt die/der Betreuer*in in angemessener Zeit vor der Verhandlung/ Zeug*innenaussage wenn möglich noch einmal nach.
- » Als Vertrauensperson begleitet die/der Sozialarbeiter*in bzw. die/der psychologische Psychotherapeut*in, den gesamten Prozess, insbesondere die Konfrontation mit dem Täter/ der Täterin.
- » Die Unterbringung des Opfers in einem Zeug*innenschutzraum, um die Begegnung des Opfers und Täters/ Täterin so weit wie möglich auf den Gerichtssaal zu beschränken, wird dem Opfer seitens des Gerichtes ohne Aufforderung angeboten. Weiterhin soll dem Opfer ermöglicht werden, seine Interaktion mit dem Gericht in einem Nebenraum zu tätigen. Diese Interaktion wird dann über eine videotechnische Übertragung in den Gerichtssaal dem Täter oder der Täterin vorgeführt. Dies sollte nur ausgeschlossen werden, wenn zwingende Sachgründe entgegenstehen.

NEIN HEISST NEIN HEISST NEIN HEISST NEIN!

1. Wir fordern, dass die Rechte der Opfer von Sexualdelikten gestärkt und das Strafverfahren für die Opfer enttraumatisiert wird. § 177 StGB muss hierzu erneut reformiert werden.
2. Wir fordern, §§ 184h bis 184j StGB ersatzlos zu streichen.
3. Wir fordern, die Änderungen im Aufenthaltsgesetz durch Art. 2 des Gesetzes zur Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung, beschlossen durch den Bundestag am 07. Juli 2016, rückgängig zu machen.

1.) ÄNDERUNG DES § 177 ABS.1 STGB

Der Bundestag hat am 07. Juli 2016 das „Gesetz zur Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung“ einstimmig beschlossen. Die Zustimmung durch den Bundesrat sowie Verkündung und Inkrafttreten des Gesetzes sind für den September 2016 geplant. Durch das Gesetz wurde der Grundsatz „Nein heißt Nein“ teilweise umgesetzt. Von nun an macht sich strafbar, wer gegen den erkennbaren Willen einer anderen Person eine sexuelle Handlung an dieser vornimmt oder von der Person an sich vornehmen lässt.

Allerdings bleibt es dabei, dass dem Opfer die Pflicht obliegt, hinreichend erkennbar zu machen, mit einer sexuellen Handlung nicht einverstanden zu sein. Solange aber eine andere Verteidigungs- oder Fluchtmöglichkeit gegeben ist, etwa weil die Haustür nicht verschlossen ist, wird das Opfer im Prozess weiterhin erläutern müssen, weshalb es diese nicht auch genutzt hat, quasi als deutlichste Form, seinen Willen erkennbar zu machen. Ein bloß mündlich geäußertes „Nein“ könne im sexuellen Kontext auch als keck gemeinte Form von „Ja“ zu verstehen sein, behaupten Gegner*innen der „Nein heißt Nein“-Regelungen.

Die neue Regelung legt also weiterhin dem Opfer die Bürde auf, sein* ihr Verhalten rechtfertigen zu müssen und insbesondere darzulegen, wieso keine andere Gegenwehr möglich war. Das gilt auch dann, wenn eigentlich schon die äußeren Umstände ausreichen, um eine „echte“ Freiwilligkeit auszuschließen. Das ist zum Beispiel bei einer durch Gewalt geprägten Beziehung der Fall, wenn die Kinder im Nachbarzimmer schlafen. Das Opfer lässt die sexuelle Handlung oftmals reaktionslos über sich ergehen, weil es im Falle des Widerstandes Gewalttaten durch den* die Täter*in gegen sich oder seine* ihre Kinder befürchten muss. Hierzu muss der* die Täter*in häufig gar keine explizite Drohung mehr aussprechen, wenn etwa frühere Drohungen oder Gewalttaten noch immer im Bewusstsein des Opfers gegenwärtig sind. Der* die Täter*in bleibt straffrei, da er mangels Gegenwehr nicht erkennen konnte, dass das Opfer mit der konkreten sexuellen Handlung nicht einverstanden war.

Es hülfe dem Opfer, wenn die Rahmenumstände der Beziehung ein größeres Gewicht in der Gesamtwürdigung der Tat erführen¹. Es müsste nicht jedes Detail der sexuellen Misshandlungen wieder und wieder durchleben, zunächst bei der Polizei, später gegenüber Rechtsanwält*innen und vor Gericht. Die quälenden Fragen, wieso keine anderen Verteidigungs- oder Fluchthandlungen vorgenommen wurden, erübrigten sich weitestgehend. Gerade diese Fragen sind eine Ausprägung von „victim blaming“ und „rape culture“ und für das Opfer mit großer Scham verbunden. Der Strafprozess würde auf diese Weise enttraumatisiert werden. Die Anzeigebereitschaft in der Gesellschaft nähme zu, wenn den Opfern signalisiert würde, dass ihnen Glauben geschenkt, dass sie ernst genommen werden. Für die Umstände der gewalttätigen Beziehung könnten Freund*innen und Verwandte als Zeug*innen gehört werden. Beweisschwierigkeiten, die dem zumeist vorliegenden Zwei-Personen-Verhältnis geschuldet sind („Aussage gegen Aussage“), könnte auf diese Weise begegnet werden.

¹Einen fortschrittlichen Normvorschlag kann man z.B. der Stellungnahme des Bundesrates vom 13. Mai 2016, BRDrucks. 162/16, entnehmen. Leider hat sich dieser Entwurf im weiteren Gesetzgebungsverfahren nicht durchsetzen können.

Dabei wird der Grundsatz „Im Zweifel für die*den Angeklagte*n“ nicht missachtet. Kann nicht nachgewiesen werden, dass das Opfer entweder einen entgegenstehenden Willen geäußert hat oder dass Umstände vorlagen, die eine freie Zustimmung ausschließen, wird der*die Täter*in nach wie vor freigesprochen.

2.) STREICHUNG VON §§ 184H BIS 184J STGB

Die Begriffsbestimmung des § 184h StGB muss als unzulänglich angesehen werden. Sexuelle Handlung im Sinne des StGB ist danach nur eine solche Handlung, die von einer gewissen Erheblichkeit ist. Der Begriff der Erheblichkeit wird sehr unterschiedlich interpretiert und führt zu hoher Rechtsunsicherheit, z.B. bei einem aufgezwungenen Kuss auf die Lippen, den manche Oberlandesgerichte als erhebliche sexuelle Handlung werten, andere wiederum nicht. Diese Schein-Legaldefinition ist daher ersatzlos aus dem Gesetz zu streichen.

Jede sexuelle Handlung ohne Einverständnis ist strafwürdig, natürlich auch solche niedriger Erheblichkeit. Dies stellt keineswegs eine Bestrafung sozialgerechten Verhaltens dar, denn das Schutzgut der sexuellen Selbstbestimmung wird auch in vermeintlichen „Bagatell“-Fällen verletzt. Im Gegenzug zur Abschaffung des § 184h StGB muss die Mindestfreiheitsstrafe in § 177 StGB durch die Möglichkeit der Ahndung mittels Geldstrafe ersetzt werden. Fälle, in denen die derzeitige Erheblichkeitsschwelle gerade soeben überschritten oder sogar unterschritten wird, könnte man dann durch eine geringe Geldstrafe mittels Strafbefehl erledigen. Zudem haben die Richter*innen dadurch mehr Spielraum, eine schuldangemessene Strafe zu bilden und zwischen erheblichen und weniger erheblichen Begehungsformen im Strafmaß zu differenzieren.

Der Bundestag hat anstelle dieser – wenn man so will „großen“ - Lösung lieber § 184i StGB geschaffen, mit dem er sexuelle Belästigungen unter Strafe stellt, die unterhalb der Erheblichkeitsschwelle liegen. Indem dadurch jedoch sexuelle Übergriffe und sexuelle Belästigungen in zwei verschiedenen Normen geregelt werden, sendet der Gesetzgeber das ungünstige Signal, als läge zwischen beiden Straftaten ein moralisches Stufenverhältnis vor, als sei eine bloße sexuelle Belästigung „nicht so schlimm“ wie ein sexueller Übergriff. Indem man wie erläutert die Möglichkeit der Ahndung durch Geldstrafe in § 177 Abs. 1 StGB einfügt und gleichzeitig die Erheblichkeitsschwelle streicht, regelt man exakt dasselbe, ohne ein solches Signal zu senden.

Durch Hinwegsetzen über jegliche Verfassungsvorgaben schafft § 184j StGB das Schuldprinzip ab, wonach jede*r Täter*in (nur) nach seinem*ihrem eigenen Beitrag am Taterfolg, also nach seiner*ihrer individuellen Schuld bestraft werden kann. Nach der Norm soll es ausreichen, sich an einer Gruppe zu beteiligen, aus welcher heraus eine Person das Opfer sexuell bedrängt. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Begehung sexualbezogener Straftaten Zweck der Gruppe ist oder nicht.

Bislang kannte man für solche Situationen die Mittäter*innenschaft, die aber mit einem gemeinsamen Tatplan, einem Täter*innenwillen und Vorsatz scheinbar zu enge Voraussetzungen für konservative Panikpolitik hatte. Auch die anderen Beteiligungsformen, die das Gesetz vorsieht, namentlich Anstiftung und Beihilfe, sehen stets die Voraussetzung eines Vorsatzes bezüglich der eigentlichen Tat vor.

Diese Möglichkeiten reichen vollkommen aus, um strafwürdiges Verhalten zu erfassen. Jedenfalls aber liegt durch die Anwesenheit ohne Einschreiten eine Billigung und Unterstützung der Tat vor, sodass Beihilfe vorliegt. Weitere strafwürdige Konstellationen sind nicht denkbar.

3.) ÄNDERUNGEN IM AUFENTHALTSGESETZ

In der letzten Ausschussberatung wurde in das Gesetz zur Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung auf Drängen der CSU-Bundestagsfraktion eine Regelung hinzugefügt, die zuvor nicht ernsthaft diskutiert worden war. Dies geschah einen Tag vor der Abstimmung im Plenum des Bundestages und drang kaum an die Öffentlichkeit. Durch diese Regelung soll § 54 Abs. 1 AufenthG geändert werden.

Dieser regelt das „besonders schwere Ausweisungsinteresse“. Hierunter werden Fallgruppen zusammengefasst, in denen typischerweise eine Ausweisung und später eine Abschiebung von Nicht-EU-Ausländer*innen erfolgen soll. Bei Asylsuchenden führt das Vorliegen eines besonders schweren Ausweisungsinteresses in der Regel zur Ablehnung des Asylantrags. Zu diesen Fallgruppen gehören unter anderem eine strafrechtliche Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr, wenn bei der Tat Gewalt angewandt wurde, anderenfalls von mindestens zwei Jahren. Die geringe Sinnhaftigkeit dieser Regelung soll jedoch nicht Gegenstand dieses Antrags sein.

In dem Rausch der Selbstbeweihräucherung, endlich eine halbwegs brauchbare „Nein heißt Nein“-Regelung auf die Beine gestellt bekommen zu haben, hat der Bundestag jedoch damit einhergehend beschlossen, eine weitere Fallgruppe zu den oben genannten hinzuzufügen. Unabhängig von der Höhe der Freiheitsstrafe soll jede Verurteilung wegen eines sexuellen Übergriffs gem. § 177 StGB für ein besonders schweres Ausweisungsinteresse ausreichen.

Laut der vom Bundestag beschlossenen Fassung des § 177 StGB beträgt die Mindestfreiheitsstrafe hierfür jedoch „nur“ sechs Monate, im minder schweren Fall sogar nur drei Monate. Durch die Hintertür hat der Bundestag somit das Ausweisungsrecht massiv erweitert und diesen Umstand geschickt an dem öffentlichen Diskurs vorbeigeschleust. Dies verdeutlicht, dass das feministische Anliegen des besseren Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung instrumentalisiert und zweckentfremdet wurde, um ausländer*innenfeindliche Politik umzusetzen, weshalb diese Änderung umgehend rückgängig zu machen ist.

KULTUR UND MEDIEN

K 1	Gebt die Wand frei! - Legale Wände für Graffiti-Künstler*innen.....	78
K 2	Archivrechte reformieren	79

GEBT DIE WAND FREI! - LEGALE WÄNDE FÜR GRAFFITI-KÜNSTLER*INNEN

Wir fordern Städte dazu auf, Wände Graffiti-Künstler*innen zur freien Nutzung zur Verfügung zu stellen und öffentliche Kunstprojekte zu fördern.

Des Weiteren sollen private Träger dazu angeregt werden, auch das Sprayen auf Verteilerkästen zu gestatten.

ARCHIVRECHTE REFORMIEREN

Unterbezirkskonferenz der Jusos Mönchengladbach, zur Weiterleitung an die Juso-Landeskonferenz, zur Weiterleitung an den Unterbezirksparteitag der SPD Mönchengladbach, zur Weiterleitung an den Landesparteitag der NRWSPD, zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD
Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Mönchengladbach möge beschließen:

Die Fraktionen der SPD im Deutschen Bundestag sowie im NRW-Landtag sollen sich dafür einsetzen, die Archivgesetze des Bundes und der Länder sowie einschlägige Verwaltungsvorschriften an die Erfordernisse und Möglichkeiten der Informationsgesellschaft anzupassen.

Wir fordern:

Eine Neuregelung des Unterlagenbegriffs mit Blick auf schriftliche Kommunikation via Mail, Nachrichtendiensten und Social Media sowie digitale Dokumente. Es muss endlich Rechtssicherheit für öffentliche Stellen und deren Mitarbeiter für den Umgang mit nicht mehr benötigten Daten geschaffen werden.

Eine grundlegende Veränderung der Nutzungsrechte für öffentliche Archive. Anachronistische Regelungen, wie pauschale Fotokopie-, Scan- und Fotografieverbote in öffentlichen Archiven gehören abgeschafft. Gleiches gilt für Gebühren im Zusammenhang mit – durch Archivpersonal durchgeführte – Scans und Kopien. Wir sind technisch in der Lage, eine größtmögliche Offenheit für Nutzer – insbesondere für wissenschaftliche Zwecke – zu ermöglichen, ohne den Schutz des Archivguts zu vernachlässigen. Dies fordern wir daher ein!

NACHHALTIGE WIRTSCHAFTSPOLITIK

N 1	Energiewende gestalten! Ökologisch, ökonomisch und sozialverträglich.....	82
N 3	Wachstum durch Umverteilung – nicht andersherum!.....	85

ENERGIEWENDE GESTALTEN! ÖKOLOGISCH, ÖKONOMISCH UND SOZIALVERTRÄGLICH

Die Energiewende und die mit ihr verbundene Debatte ist Teil des gesellschaftlichen Alltages geworden. Mit der Nuklearkatastrophe von Fukushima 2011, dem daraus folgenden (erneuten) deutschen Ausstieg aus der Kernenergie sowie dem stetigen Ausbau der erneuerbaren Energien hat sie an Fahrt gewonnen und alle wirtschaftlichen, staatlichen und gesellschaftlichen Akteure erfasst.

Die mit ihr verbundenen Ziele sind ehrgeizig: Die langfristige Dekarbonisierung, also CO₂-Neutralität, der gesamten Wirtschaftsweise, eine komplette Umstellung des Energiesektors auf erneuerbare Energien, der vollständige Ausstieg aus der Kernenergie begleitet von einer deutlichen Steigerung der Energieeffizienz in den verschiedensten Bereichen von den Privathaushalten über die Wirtschaft bis zum Verkehr sind die Kernpunkte der Energiewende.

Die mit der Energiewende verknüpften Herausforderungen sind groß: Es sind nicht nur große Mühen bei Forschung, Umsetzung und Ausbau der technischen Grundlage sowie Infrastruktur notwendig. Zugleich sind das derzeitige Wirtschafts- und Wohlstandsniveau fair zu verteilen und auszubauen, die mit der Wende verbundenen Kosten gerecht zu verteilen sowie der Kern der Energiewende – der Klima- und Umweltschutz – mit allen Faktoren zu verbinden. Insbesondere für die energieintensiven Industriezweige in NRW (Chemie, Metall, Papier, Zement etc.) muss eine Lösung gefunden werden, dass sich die energieintensiven und höchst störanfälligen Produktionsprozesse an die neuen Energiestrukturen am Markt durch Innovationen behaupten können.

Das ist ein Balanceakt, der mit vielen Chancen verbunden ist: Denn die Energiewende kann ein Innovations- und Beschäftigungsmotor sein. Neue Energieformen schaffen etwa Know-how und Arbeitsplätze. Energetische Sanierungen und energieeffiziente Neubauten sorgen für Konjunktur im Handwerk und im Baugewerbe.

Pariser Übereinkommen- zivilisatorischer Meilenstein nutzen

Mit dem multilateralen Übereinkommen wurde eine über 18 Jahre andauernde Verhandlung über die Novellierung des Kyoto Protokolls beendet. Um der Bedrohung der globalen Erderwärmung entgegen zu wirken, wurde im Artikel 2 vereinbart, dass die globale Erderwärmung auf „well below 2°C“ gegenüber dem vorindustriellen Niveau gehalten wird, bzw. sollen Anstrengungen unternommen werden, den globalen Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

Diese Ziele halten wir für notwendig und sie müssen die Grundlage für die zukünftige Umwelt- und Klimapolitik sein.

In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts soll Treibhausgasneutralität erreicht werden und Finanzströme auf den Klimaschutz ausgerichtet werden. Das Übereinkommen tritt in Kraft, wenn 55 Nationen, welche 55 Prozent der weltweiten Emissionen verursachen, es durch ihre nationalen Parlamente ratifiziert haben. Die Ratifizierung durch den deutschen Bundestag wurde im Juli 2016 vom Bundeskabinett initiiert und soll Ende 2016 abgeschlossen werden. Damit könnte das Übereinkommen früher in Kraft treten, als bisher geplant. Das sozialdemokratische Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit muss die Chance dieses Übereinkommens nutzen und den Klimaschutz vorantreiben.

Doch damit die Energiewende gelingen und sich die damit verbundenen Chancen und Potenziale entfalten können, sind die dafür notwendigen Rahmenbedingungen einzurichten. Deshalb forcieren die NRW Jusos die Anerkennung und Umsetzung der folgenden Feststellungen und Maßnahmen in NRW sowie auf allen weiteren politischen Ebenen:

- » **Internationaler Verantwortung gerecht werden:** Schwellenländer wie China, Indien oder Brasilien gehören zu den Hauptproduzenten von Kohlendioxid, doch tatsächlich wurde ein Großteil der sich heute in der Atmosphäre befindlichen Treibhausgase von den Industrieländern ausgestoßen. Hierzu folgt eine internationale Verantwortung sowohl der Industrieländer

insgesamt, als auch eine individuelle Verantwortung Deutschlands. Diese Verantwortung muss vor allem den vom Klimawandel stark betroffenen (Entwicklungs-) Ländern gerecht werden, die nicht über die Ressourcen verfügen, die Auswirkungen zu kompensieren. Das heißt konkret:

- » **Klimaverträgliche wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen:** Die heutigen hohen Emissionen von Ländern wie China oder Indien gefährden sämtliche Klimaziele. Hieraus darf allerdings nicht folgen, diesen Staaten eine Entwicklung wie in den Industrieländern mit vergleichbaren Lebensbedingungen zu verwehren. Damit der Spagat aus Emissionsreduktion und Wirtschaftsentwicklung gelingt, müssen die Industriestaaten – da es die Möglichkeiten der Entwicklungs- und Schwellenländer übersteigt – mit Technologie und finanziellen Mitteln unterstützen um so auf internationaler Ebene eine klimaverträgliche wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen.
- » **Klimaflüchtlinge in den Schutz des Asylrechts aufnehmen:** In Ländern des globalen und deutlich ärmeren Südens wird das ganze Ausmaß des Klimawandels sichtbar: In vielen Regionen wird es trockener, Regenzeiten verschieben sich oder fallen ganz aus, was Folgenreich für die gesamte Landwirtschaft sowie existenzbedrohend für die dort lebenden Menschen ist. Lebensräume gehen – auch durch den ansteigenden Meeresspiegel – verloren. Deshalb müssen Klimaflüchtlinge in den Schutz des Asylrechts aufgenommen werden, denn ein drohender Hungertod ist genauso lebensbedrohlich wie Bürgerkrieg oder Verfolgung.

GLOBAL DENKEN – INTERNATIONAL GESTALTEN

KLIMA UND ENERGIE MACHEN VOR LÄNDERGRENZEN KEINEN HALT. DAHER IST ES WICHTIG IN DER INTERNATIONALEN GEMEINSCHAFT FÜR DIE FOLGENDEN ZIELE UND EINE ERFOLGREICHE ENERGIEWENDE EINZUTRETEN.

- » **Einheitliche und verbindliche Linie auf Ebene der Europäischen Union:** Mit dem beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie und dem schrittweise Rückzug aus der Stein- und Braunkohle strebt die Bundesrepublik den zeitgleichen nationalen Abgang zweier Energieformen an. Anders ist es im europäischen Ausland, wo teils verstärkt auf Nuklearenergie gesetzt (wie in Frankreich und Großbritannien) oder an der Kohleverstromung bisher perspektivisch festgehalten wird (z.B. in Polen). Vor dem Hintergrund des europäischen Emissionshandels reduziert die BRD mit ihren Maßnahmen zwar auf nationaler Ebene den CO₂-Ausstoß, jedoch nicht innerhalb der EU. Der Verbrauch wird lediglich geografisch verschoben. Hier braucht es eine gesamteuropäische, verbindliche Lösung.
- » **Eine starke Wirtschaft braucht Versorgungssicherheit:** Ohne Wind und Sonne produzieren Photovoltaik und Windkraftanlagen keine Energie. Schon eine zehntel Sekunde andauernde Stromschwankung führt in vielen Produktionszweigen zu enormen Produktionsausfällen und Stillständen und damit zu einem Wettbewerbsnachteil sowie volkswirtschaftlichen Schaden. Deshalb braucht es mittelfristig wirtschaftlich arbeitende und flexible Reserve-Kraftwerke und Energieformen, die die Produktionsschwankungen von erneuerbaren Energien kompensieren. Ein Ausgleich von Verbrauchs- und Erzeugungsschwankungen lässt sich mittelfristig mit einem Ausbau der erneuerbaren Energien über den aktuellen Bedarf hinaus und einem deutlichen Ausbau der Stromspeicherfähigkeiten erreichen. Die eröffnet zudem Spielräume für eine Versorgung des Wohnungs- und Verkehrssektors mit Strom und Wasserstoff. Ein Ausstieg aus der Stromerzeugung aus Kohle muss schrittweise mit einer klaren Zielvorgabe erfolgen. Ein Ausstieg aus der besonders umwelt- und klimaschädlichen Braunkohle muss dabei zuerst erfolgen. 2025 muss dabei das letzte Braunkohlekraftwerk vom Netz gehen. Die Stromerzeugung aus Steinkohle wird für einen Übergangszeitraum noch benötigt, bis dann 2040 auch das letzte Steinkohlekraftwerk vom Netz geht. Dieser Ausstiegsprozess ist notwendig, um die im Pariser Abkommen formulierten Ziele erreichen zu können.
- » **Europaweiter Ausstieg aus der Kernkraftenergie und -industrie:** Fukushima und Tschernobyl haben es gezeigt – Kernenergie bleibt gefährlich und hat im Falle eines GAUs erhebliche Konsequenzen auf Leben und Umwelt. Doch auch im „reibunglosen“ Ablauf der Energiegewinnung in dieser Form bleiben viele Fragen offen, wie bspw. die bis heute ungeklärte Endlagerung. Deshalb ist ein europaweiter Konsens notwendig, der nicht nur den Ausstieg aus der Kernenergie-, sondern auch aus der Industrie, also bspw. der Brennelemente-Herstellung und Urananreicherung, beinhaltet. Zudem ist jegliche öffentliche Förderung dieser Energieform einzustellen.

Energiesektor nicht isoliert betrachten – alle Lebensbereiche berücksichtigen:

Das Ziel, bis 2020 den CO₂-Ausstoß innerhalb der BRD um 40% unterhalb des Niveaus von 1990 zu reduzieren, darf nicht nur auf den Schultern der Energiewirtschaft realisiert werden.

Auch die größten Energieverbraucher, also die Wirtschaft, die Privathaushalte und der Verkehrssektor, müssen ihren Beitrag leisten. Energieeffiziente Produktionsverfahren, die nicht nur den CO₂-Ausstoß sondern auch die Stromkosten für das jeweilige Unternehmen senken können, sind zu fördern. Energetische Sanierungen bspw. mit effizienter Wärmedämmung, Passivhaus-Standard und Demand Response in Kombination mit einem effizienten Energiesystem mit der Nutzung von lokalen erneuerbaren Quellen, industrieller Abwärme und Wärme aus etwa Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) etwa in Fernwärme- und Fernkältenetzen statt Heizanlagen auf Basis von Öl und Gas sind im Rahmen eines staatlichen Förderprogramms zu unterstützen. Ziel muss es sein, den gesamten Gebäudebestand mit zeitgemäßer Dämm- und Heiztechnik auszurüsten.

Die Energiewende braucht Akzeptanz auf allen Seiten: Stromtrassen, Wind- und Photovoltaikanlagen, Konverter usw. – um die Energiewende umsetzen zu können, muss die Netzinfrastruktur im großen Umfang ausgebaut werden. Das spüren wir an vielen Projekten im gesamten Bundesgebiet, die von erheblichen Protesten von BürgerInnen, organisierten Interessen und EntscheidungsträgerInnen begleitet werden. Hier muss ein energiepolitischer Mittelweg gefunden werden, der die Notwendigkeit der Energiewende und das berechtigte Interesse der Bürgerinnen und Bürger hinreichend würdigt. Diese Konflikte lassen sich u.a. durch dialogorientierte Beteiligungsverfahren lösen. Durch die Mitwirkung von den genannten AkteurInnen ist es in anderen Konflikten gelungen, qualitativ bessere Entscheidungen zu entwickeln und mehr Legitimität und in der Folge mehr Akzeptanz zu erlangen. Diese und weitere Instrumente sollen verstärkt genutzt werden.“ „Zudem ist auch ein Wandel im Individualverkehr selbst notwendig: Dies bedeutet den Abschied von Benzin und Diesel und den Umstieg auf Autos, die mit Strom, Wasserstoff und einem kleinen Teil mit Biokraftstoffen betrieben werden – bei entsprechend strengen Verbrauchs- und Emissionsvorgaben.“

Die Energiewende braucht eine Verkehrswende: E-Mobilität, ÖPNV-Ausbau, Fahrradtrassen und -autobahnen – neue Mobilität bietet viele Vorteile gegenüber dem Individualverkehr. Sie reduziert etwa die Umweltbelastung, gerade in den Innenstädten, und kann bei einem massiven Ausbau die soziale Teilhabe und Mobilität einer Gesellschaft insgesamt erhöhen. Deshalb brauchen wir einen Wandel von der Auto- hin zur Fahrrad-, Bus- und Bahnrepublik welche wir durch gezielte Förderung (z.Bsp.: Kaufprämien für Pedelecs und E-Bikes, Kostenlosen Nahverkehr). erreichen“ ein.

Forschung intensivieren, neue Technologien fördern: Als Wissenschaftsstandort gibt es in NRW bereits viele Forschungsinstitute und Lehrstühle, die sich mit den technischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Fragestellungen im Zuge der Energiewende beschäftigen. Die Forschungsergebnisse und Innovationen, die von diesen Forschungsstätten und Hochschulen ausgehen, tragen maßgeblich zum Gelingen der Energiewende bei. Hier sind Land und Bund aufgefordert, in den Erhalt und Ausbau solcher Forschungsprogramme zu investieren. Mittelfristig sorgen fossile Energieträger für Versorgungs- und Netzsicherheit. Langfristig sollen effiziente Speichertechnologien sowie weitere Energieformen an ihre Stelle treten. Deshalb muss die Entwicklung von Technologien wie etwa power to gas, Pumpenspeicher-Werke, Geothermie oder Meeresturbinen gefördert sowie in ein nationales Gesamtenergiekonzept eingeführt werden, was Faktoren wie Netzstabilität, Versorgungssicherheit aber auch Bezahlbarkeit berücksichtigt. Nur mit effizienten und wirtschaftlich zu betreibenden Speichertechnologien ist die anvisierte Vollversorgung der Bundesrepublik durch erneuerbare Energien möglich. Sie schaffen Spielräume zum Ausgleich von Verbrauchs- und Erzeugungsschwankungen, lassen die Entwicklung von Windkraft und Photovoltaik zu den tragenden Säulen unserer Stromerzeugung zu und ermöglichen den erwähnten, schrittweisen Ausstieg aus fossilen Energieträgern bis zur Mitte des laufenden Jahrhunderts.“

Die Regionen nicht vergessen – Strukturwandel statt Strukturbrüche: Aktuelle Regionen mit Energiestandorten von (Reserve-)Kraftwerken, die mit auslaufenden fossilen Energieträgern produzieren, dürfen im Rahmen der Energiewende nicht vergessen werden. Hier ist es wichtig, Rahmenbedingungen zu schaffen, die einen geordneten Strukturwandel zulassen und keinen sozial katastrophalen Strukturbruch provozieren. Einerseits braucht die Energiewirtschaft an diesen Standorten ein solides finanzielles Fundament, was auch anschließend den Rückbau von Strukturen wie Tagebaue und Co. zulässt. Andererseits sind Neuansiedlungen gewerblicher und wirtschaftliche Art und damit verbundene Entwicklungen von Land, Bund und Europa aktiv zu fördern.

Damit die Energiewende gelingt, muss sie ökologisch, ökonomisch und sozialverträglich gestaltet werden. Nur so kann sie weiter von einer hohen gesellschaftlichen Akzeptanz profitieren und die mit ihr verbundenen Chancen und Potenziale in Fortschritt, Beschäftigung und Umweltschutz entfalten.

Deshalb sagen die Jusos NRW:

Energiewende gestalten! Ökologisch, ökonomisch und sozialverträglich

WACHSTUM DURCH UMVERTEILUNG – NICHT ANDERSHERUM!

Bisher haben wir Jusos uns zu Wachstum häufig wie folgt positioniert: Wir sind für Wachstum, weil es uns erlaubt im Anschluss leichter umzuverteilen. Bei wachsendem Bruttoinlandsprodukt muss somit niemand absolute Wohlstandsverluste hinnehmen, wenn durch Steuern und Sozialabgaben Einkommen umverteilt wird. Wir haben Fortschritt und Nachhaltigkeit als Leitplanken für ein gutes Leben definiert. Wirtschaftswachstum hat also nur dann einen Sinn, wenn es sowohl sozial als auch ökologisch nachhaltig ist. Soziale und ökologische Nachhaltigkeit ist nur dann gegeben, wenn soziale und ökologische Folgekosten des Wirtschaftswachstums nicht höher sind als der Gewinn an Wohlstand.

Da das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts bloß den reinen Zuwachs an produzierten Gütern und Dienstleistungen misst, aber z.B. weder die Verteilung des Wohlstands in der Bevölkerung berücksichtigt noch die beiden Dimensionen der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit kennt, setzen wir Jusos uns für neue Indikatoren ein. Diese könnten beispielsweise so aussehen wie das „neue Magische Viereck“, das auf einer Studie von Sebastian Dullien und Till van Treek beruht und auch teilweise schon in der SPD diskutiert wurde.

Dabei geht es um die vier Oberziele Materielle Wohlstand und ökonomische Nachhaltigkeit, Nachhaltigkeit der Staatstätigkeit und der Staatsfinanzen, Soziale Nachhaltigkeit und Ökologische Nachhaltigkeit. Zu jedem der vier Oberziele gibt es verschiedene Einzelindikatoren, für die von der Regierung jeweils Ziele formuliert werden müssen. Die Indikatoren dienen dann dazu, die Ergebnisse zu bewerten. Auf einen großen Einzelindikator wird mangels Aussagekraft verzichtet.

DER KAPITALISMUS BEFINDET SICH IN EINER (WACHSTUMS-)KRISE

Betrachtet man allein das Bruttoinlandsprodukt, so stellt man fest, dass sich das Wirtschaftswachstum vor allem der westlichen Volkswirtschaften in den letzten Jahrzehnten verlangsamt hat. Einige Ökonom*innen sehen darin erste Anzeichen für das Ende des Kapitalismus, der auf Wachstum beruht.

Der Kapitalismus geht aber immer auch mit sozialer und ökologischer Ausbeutung einher. Viele Ressourcen, z.B. fossile Brennstoffe, werden in absehbarer Zeit aufgebraucht sein. Bis dahin werden wir vermutlich so viel CO₂ in die Atmosphäre geblasen haben, dass sich unser Klima um mindestens 2°C erwärmt hat, oder verpesten unsere Umwelt mit radioaktivem Abfall, für den wir noch immer keine geeigneten Endlagerungsmöglichkeiten gefunden haben.

Der Kapitalismus beruht auf Ausbeutung von Menschen durch Menschen und geht einher mit Vermögens- und Einkommensungleichheit. Gerade in den letzten drei Jahrzehnten gab es weltweit einen massiven Anstieg der Einkommens- und Vermögensungleichheit, mit dem wir in Deutschland erst verhältnismäßig spät konfrontiert wurden. Dennoch besitzt seit 2016 weltweit das reichste 1% satte 50% des gesamten Vermögens, d.h. genauso viel wie die ärmeren 99%. In Deutschland besitzen die reichsten 10% immerhin 61% des Vermögens, während die ärmsten 50% unter dem Strich überhaupt kein Vermögen besitzen. Die ärmsten 10% haben netto sogar Schulden. Bei den Einkommen (nach Steuern und anderen Abgaben!) sieht die Verteilung traditionell nicht ganz so verheerend aus. Dennoch verzeichnen 17 von 22 OECD-Staaten zwischen 1980 und 2008 einen Anstieg des Gini-Koeffizienten, darunter auch Deutschland. Die berühmte Schere geht immer weiter auseinander. Ebenfalls zu beobachten ist, dass die realen Haushaltseinkommen und Löhne in der Zeit seit 1980 quasi nicht oder nur leicht gestiegen sind, während die Produktivität deutlich angewachsen ist.

Die Ursachen hierfür liegen zum ersten im technologischen Wandel und dem damit verbundenen Produktivitätswachstum, das viele Jobs vor allem in mittleren und unteren Einkommensegmenten überflüssig werden ließ. Dies führte im Zusammenspiel mit der Liberalisierung der Arbeitsmärkte

zur Erosion gewerkschaftlichen Einflusses. Des Weiteren trug eine neoliberale Finanzpolitik dazu bei, die Einkommensungleichheit zu verschärfen. Fatalerweise geschah dies auch unter sozialdemokratischen Regierungen. So beklagen wir immer noch eine zugunsten des Kapitals ungleiche Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkommen, der Spitzensteuersatz wurde abgesenkt, eine Vermögenssteuer gibt es derzeit nicht und die Erbschaftssteuer ist bei hohen Erben so durchlässig, dass von Chancengerechtigkeit nicht die Rede sein kann.

Stagnierende Einkommen in der Mitte und am unteren Ende der Einkommensverteilung und sinkende Steuereinnahmen zogen eine Stagnation Massenkaufkraft und der öffentlichen Investitionen nach sich. Die Folge war in der Bundesrepublik eine Stagnation der inländischen Nachfrage und das anschließende Export-getriebene Wachstumsmodell. Dieses basierte zu einem guten Teil auf stagnierenden Löhnen, die zusammen mit der steigenden Produktivität zu sinkenden Lohnstückkosten führten.

Ein Spiegelbild dieser Entwicklung in der Eurozone war das Kredit-getriebene Wachstum in Südeuropa, wobei sich in Spanien, Portugal und Irland in erster Linie der private Sektor verschuldete und in Griechenland der staatliche Sektor. Das Kapital hierfür floss vor allem über den Inter-Banken-Handel aus der Bundesrepublik nach Südeuropa.

So zeigte sich, dass die gestiegene Einkommensungleichheit die Weltwirtschaft zunehmend destabilisierte. Sowohl das deutsche Modell der stagnierenden Nachfrage bei Exportüberschüssen als auch die Kredit-getriebenen Blasen waren nachhaltig, sodass beide Entwicklungen in die Finanzkrise ab 2008/2009 führten. Die vierte globale Krise des Kapitalismus führte zu Bankenkrisen in Spanien, Portugal und Irland, die riesige Konjunkturpakete erforderten, als auch zu einer Staatsschuldenkrise in Griechenland. Die Konstruktionsfehler der Eurozone überließen diese Länder schutzlos den spekulativen Attacken. So transformierten sich Bankenkrisen in Staatsschuldenkrisen und die Antwort darauf bestand in der desaströsen Austeritätspolitik.

Anstatt anzuerkennen, dass sich alle ökonomischen Krisen der letzten Jahre auf die Krise des Kapitalismus bzw. den Kapitalismus als solches zurückführen lassen, geht der Mainstream vor allem in Europa von einer Staatsschuldenkrise aus. Dass die Staatsverschuldung vor der weltweiten Bankenkrise auf einem akzeptablen und deutlich geringeren Niveau war als heute und die Finanzkrise durch Bankenrettungsprogramme und Konjunkturpakete Ursache für die abrupt gestiegenen Staatsschulden war, wird nicht erkannt oder größtenteils verschwiegen.

Diese falsche Analyse führte dann logischerweise zu den falschen wirtschaftspolitischen Konsequenzen. Anstatt nach keynesianischem Vorbild antizyklisch zu investieren, wurden die hohen Staatsschulden als größtes Übel ausgemacht mit dem Ziel diese durch rigide Kürzungs- und Austeritätspolitik zu senken, um so neues Wachstum zu generieren. Gleichlautenden Studien wie etwa „Growth in a time of debt“ von Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff wurden methodische Fehler nachgewiesen und werden heute von angesehenen Ökonom*innen als falsch angesehen. Lediglich die neoliberalen Hardliner à la Wolfgang Schäuble benutzen noch diese falschen Argumentationsketten und beharren auf der Austeritätspolitik als Allheilmittel auf dem Weg aus der Krise.

Eine weitere grundfalsche Idee, die allerdings unbewusst über einen großen Rückhalt in der Bevölkerung verfügt, nennt sich Trickle-Down Theorie. Diese behauptet, dass Umverteilung von unten nach oben am Ende allen Menschen in unserer Wirtschaft nutzen würde. Argumentiert wird von Befürworter*innen dieser Theorie, dass höhere Ungleichheit zu Wirtschaftswachstum führt, was dann in der Konsequenz bedeutet, dass alle Menschen absolut besser als vorher gestellt sind, auch wenn sie einen relativ kleineren Anteil am Gesamteinkommen haben. Umgekehrt betrachtet, gibt es auch oft die Behauptung, dass man Reiche nicht stärker (insbesondere durch eine Vermögenssteuer) besteuern darf, weil sonst Arbeitsplätze verloren gehen. Diese Idee wirkt nicht nur auf den ersten Blick absurd, sie lässt sich auch bei näherem Hinsehen widerlegen bzw. ins Gegenteil umkehren. So sagt beispielsweise die OECD-Studie „Trends in Income Inequality and its Impact on Economic Growth“ von Federico Cingano aus dem Jahr 2014 das genaue Gegenteil. Deutschland hat durch die gravierende Einkommensungleichheit seit den 1980er Jahren 6% Wirtschaftswachstum verloren. Dennoch findet man aktuell einige Beispiele wie die Griechenland- bzw. Bankenrettung, das Quantitative-Easing-Programm der Europäischen Zentralbank oder mit etwas Fantasie auch TTIP und CETA, die alle auf dem Irrglauben der Trickle-Down Theorie begründet sind.

Am Beispiel der Austeritätspolitik und der Trickle-Down Theorie wird deutlich: Eines der Probleme des Kapitalismus ist, dass die größte Gefahr für den Kapitalismus derzeit von Kapitalist*innen ausgeht. Uns könnte es recht sein, wenn der Kapitalismus sich am Ende selbst zugrunde richtet. Dennoch liegt es in unserem Interesse, die wirtschaftlich Schwachen vor noch höherem Schaden zu beschützen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR EINE SOZIALISTISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Wirtschaft muss für uns Jusos im Zentrum unserer Analysen stehen und muss Grundpfeiler unserer Zukunftsvisionen sein. Nicht weil alles andere bloß „Gedöns“ ist, sondern weil Wirtschaft das Zahnrad ist, an dem alle anderen Bereiche andocken und ohne das viele anderen Ziele nicht möglich sind.

Wir müssen die positiven Effekte von Umverteilung auf Wirtschaftswachstum mehr herausstellen. Umverteilung wird von uns öffentlich bisher fast nur aus Gerechtigkeitsaspekten gefordert. Das ist zwar richtig, dennoch müssen wir den Menschen klarmachen, dass eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung auch für die gesamte Wirtschaft Vorteile bringt. Nur so können wir den Mythen der Trickle-Down Theorie oder auch der Austeritätspolitik erfolgreich entgegenzutreten.

Außerdem brauchen wir eine neue Argumentationskette bei unserer Positionierung zu Wirtschaftswachstum. Wachstum bietet zwar theoretisch gute Chancen für die gesellschaftliche und politische Durchsetzung von Umverteilung, weil durch Wachstum die ökonomische Ungleichheit in der Gesellschaft verringert werden kann ohne Teilen der Bevölkerung etwas wegzunehmen. Die letzten Jahrzehnte zeigen allerdings, dass trotz Wachstum zu wenig nach unten umverteilt wurde. Die Argumentation hat auch rein logisch einen kleinen Fehler: Solange wir nicht maßgeblich in einer progressiven Koalition an der Regierung beteiligt sind, können wir weder eine Vermögenssteuer einführen, noch den Spitzensteuersatz anheben, noch die Besteuerung von Kapitaleinkommen den Arbeitseinkommen angleichen und auch nicht die Erbschaftssteuer reformieren. Wenn wir eines Tages in der komfortablen Situation sind, das alles umsetzen zu können, wieso sollten wir dann auf Wachstum warten, um eine schleichende Umverteilung herbeizuführen? Die konservativen und neoliberalen Kräfte werden jedenfalls beides nicht tun.

Für uns Jusos beruht nachhaltiges Wachstum auf einer gerechten Einkommensverteilung. Beide können nicht getrennt voneinander gedacht werden. Die zunehmende Ungleichheit der letzten Jahrzehnte hat sich in vielerlei Hinsicht als zerstörerisch herausgestellt und in die Krise geführt. Die oben beschriebenen Maßnahmen zeigen einen Weg für eine Wirtschaftspolitik, die sowohl zu mehr Gerechtigkeit als auch zu einem nachhaltigen Wachstum führt. Sie beruht darauf, dass einkommensschwache Haushalte gestärkt werden und somit mehr Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe erhalten.

ORGANISATIONS- POLITIK

○ 2	Unvereinbarkeitsantrag UETD.....	90
○ 3	Digitale Kampagne ermöglichen.....	91
○ 4	Barrierefrei im NRW-Neuland.....	92

O 2

UNVEREINBARKEITSANTRAG UETD

Wir fordern die Unvereinbarkeit einer SPD-Mitgliedschaft mit einer Mitgliedschaft bei der Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD).

DIGITALE KAMPAGNE ERMÖGLICHEN

Der Landesvorstand der NRWSPD sowie der SPD-Bundesvorstand werden dazu aufgefordert, zur Verbesserung und Professionalisierung der medialen Kampagnenfähigkeit der SPD ein digitales Tool [1] zu entwickeln/erwerben, das mindestens folgenden Ansprüchen genügt:

Einsetzbar für alle Wahlkampfebenen: Bundestags-, Landtags- sowie Kommunalwahlen; dementsprechend einsetzbar von Kampagnenteams der Bundespartei, der Landesverbände und der Unterbezirke/Kreisverbände sowie der entsprechenden Gliederungen der Arbeitsgemeinschaften.

Integrationsfähigkeit in gängige Plattformen, zumindest aber WordPress, Baracuda und Facebook [2].

Erstellung und Analyse von A/B-Paradigmen [3], orts- und personenbasierte Reichweiten-Analysen [4], SEO-Analyse von Webtexten.

Ermöglichung App-basierter Rückmeldungen von Wahlkämpfenden.

Möglichkeiten der Analyse manuell eingegebener Daten über z.B. Reichweiten und Rückläufe von Flyer-Verteilungen und Hausbesuchen [5].

Verständliche graphische Darstellung der Analysen.

Möglichkeit zum Export der Daten und Analysen sowie Möglichkeit, Daten für nächsthöhere Ebene zwecks übergreifender Analyse freizugeben [6].

Verfügbarkeit von detaillierten und anwenderorientierten Dokumentations- und Hilfematerialien sowie eines geschulten Supportteams.

Kostenlose Verfügbarkeit für alle oben spezifizierten Ebene und Gliederungen sowie Unterstützung bei Installation, Implementierung, Betrieb und Instandhaltung des Systems vor Ort.

O 4

BARRIEREFREI IM NRW-NEULAND

Die Landeskonzferenz der NRWJusos beschließt, die Homepage der NRWJusos auf ihre Barrierefreiheit zu überprüfen und Hilfsangebote für Unterbezirke und Kreisverbände aufzubauen.

RESOLUTIONEN

- R 1 Drei bildungspolitische Forderungen für eine gerechtere Schulpolitik nach der Landtagswahl in einer SPD-geführten Landesregierung – für gleiche Chancen für alle!..... 95
- R 2 Demokrat*innen beistehen – Solidarität mit unseren Schwesterorganisationen..... 97

DREI BILDUNGSPOLITISCHE FORDERUNGEN FÜR EINE GERECHTERE SCHULPOLITIK NACH DER LANDTAGSWAHL IN EINER SPD-GEFÜHRTEN LANDESREGIERUNG – FÜR GLEICHE CHANCEN FÜR ALLE!

Die Landeskonzferenz der NRW Jusos möge beschließen:

In den vergangenen sechs Jahren, in denen die rot-grüne Landesregierung in NRW die Bildungspolitik gestaltet hat, konnten viele Verbesserungen in den Schulen erreicht werden. Von der Abschaffung der Kopfnote über die Einführung des Rechtsanspruchs für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf einen Platz an allgemeinbildenden Schulen bis hin zum Ausbau der Ganztagschulen. Durch die Schaffung der Drittelparität in den Schulkonferenzen der weiterführenden Schulen wurden zudem die Mitbestimmungsmöglichkeiten für SchülerInnen gestärkt. Auch unterrichten immer mehr Schulen geflüchtete Kinder und Jugendliche in internationalen Klassen und verhelfen ihnen so maßgeblich zur erfolgreichen Integration in unsere Gesellschaft. Für die Zukunft sind wir überzeugt: Nur mit einer SPD-geführten Landesregierung können weitere Schritte auf dem Weg zu unserem Bildungsideal einer Schule für alle getätigt werden.

Unter den vielen Schritten von Rot-Grün im Bereich der Bildungspolitik müssen wir NRW Jusos die Landesregierung allerdings auch entschieden kritisieren. Besonders der Umgang mit G8/G9 sowie der von CDU, SPD und Grünen geschlossene Schulkompromiss bis 2023 stellt für uns keine langfristige Option für die Zukunft dar. Wir NRW Jusos rufen die NRWSPD zu einer solidarischen Bildungspolitik in Regierungsverantwortung nach der Landtagswahl 2017 auf, die allen SchülerInnen genügend Zeit gibt und das mehrgliedrige Schulsystem, das SchülerInnen aufgrund ihrer sozialen Herkunft selektiert, beendet und durch eine Schule für alle ersetzt. Solch eine Bildungspolitik muss für uns nach der Landtagswahl 2017 unter anderem aus folgenden drei Schritten bestehen:

1. EIN ENDE DES SCHULKOMPROMISSES – INNERPARTEILICHE DEBATTE ZUR ZUKUNFT DES SCHULSYSTEMS IN NRW STARTEN!

Der 2011 von CDU, SPD und Grünen geschlossene Schulkompromiss, welcher vorsieht, dass bis 2023 keine der drei Parteien ohne Einverständnis der anderen die Rahmenseitungen zur Schulstruktur ändern darf¹, ist ein fauler Kompromiss, der das dringend zu lösende Problem der Bildungsungerechtigkeit in NRW nicht behandelt, sondern stattdessen hinausverzögert. Statt sich als SPD für die sozialdemokratische Grundüberzeugung einer Schule für alle einzusetzen einigte sich unsere Mutterpartei mit der CDU und den Grünen auf eine schrittweise Abschaffung der Hauptschule bei Erhalt der Gymnasien, Real- und Gesamtschulen. Die neu eingeführte Sekundarschule, welche sich als innovative Gemeinschaftsschule beweisen sollte, zeigt sich bisher wenig erfolgversprechend, was nicht zuletzt die Einrichtung von lediglich fünf neuen Sekundarschulen in diesem Schuljahr in NRW zeigt. Wir NRW Jusos lehnen den Schulkompromiss entschieden ab! Wir fordern die NRWSPD auf, sich für eine Schule für alle stark zu machen und auf das Ende des Schulkompromisses hin zu wirken. Es braucht handlungsfähige Konzepte und kein „Kopf-in-den-Sand“ Verhalten. Allerdings wissen wir, dass sich unsere Partei bereits vor Ablauf des Schulkompromisses der Diskussion stellen muss, wie wir JungsozialistInnen und SozialdemokratInnen in NRW uns eine chancengerechte Schule der Zukunft nach 2023 vorstellen – daher führt für uns kein Weg daran

¹ https://www.schulministerium.nrw.de/docs/Schulsystem/Schulformen/Sekundarschule/Schulkonsens_Eckpunkte.pdf

vorbei, endlich eine innerparteiliche Debatte zur Zukunft des Schulsystems in NRW zu führen. Zudem fordern wir die Einrichtung einer Bildungskommission nach dem Vorbild von 1992-1995 unter dem damaligen NRW-Ministerpräsidenten Johannes Rau².

2. KONSEQUENTE UMSETZUNG DES SOZIALINDEX FÜR EINE GERECHTERE LEHRSTELLENVERTEILUNG!

Der Sozialindex, der probeweise unter Schwarz-Gelb auf den Weg gebracht und dessen Ausbau 2012 im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen vereinbart wurde, leistet einen maßgeblichen Beitrag zu einer gerechten Verteilung von Lehrstellen an Schulen. Durch die Auswertung der den Schulen vorhandenen Daten der SchülerInnen sowie des Umfelds der jeweiligen Schule (sogenannte „soziale Belastung“) können die SchülerInnenzahlen der einzelnen Schulaufsichtsbezirke so gewichtet werden, dass eine gerechte Verteilung von Lehrstellen dem Bedarf der Schulen entsprechend durchgeführt werden kann. Den Erfolg dieses Modells beweist auch eine Studie der Bertelsmann-Stiftung im Rahmen des Präventionsprogramms „Kein Kind zurücklassen“, welches an verschiedenen Grundschulen in Mülheim an der Ruhr durchgeführt wurde³. Wir NRW Jusos begrüßen dieses Modell, das dem momentanen LehrerInnenmangel an Schulen vorbeugen kann und durch eine gerechtere Lehrstellenverteilung die Bildungsqualität an den Schulen erheblich verbessert. Die Anwendung des Sozialindex auf lediglich zusätzliche Stellen für individuelle Förderungen an Schulen soll ausgeweitet werden und auch zunehmend die Verteilung von regulären Lehrstellen betreffen. Auch fordern wir die Anwendung des wohnortspezifischen Ansatzes, der im Vergleich zum schulortspezifischen Ansatz einen genaueren Bedarf an Lehrstellen ermitteln kann.

3. RÜCKKEHR ZU G9 – ZÜGIGE ABSCHAFFUNG DES TURBO-ABIS DURCH DEN RUNDEN TISCH!

Nachdem der runde Tisch zu G8, welcher aus VertreterInnen von Elternschaft, LehrerInnenschaft, SchülerInnen, Kommunen und Verbänden aus verschiedenen Bereichen besteht, Ende des Jahres 2014 verschiedene Verbesserungen bei G8 vereinbart hat⁴, regt sich weiterhin der Protest gegen das Turbo-Abi. Laut einer Umfrage der Landeselternschaft NRW sprechen sich mittlerweile 79% der befragten Eltern für eine Rückkehr zu G9 aus⁵ und auch die LandesschülerInnenvertretung fordert die Rückkehr zum Abitur nach 13 Jahren. Schulministerin Sylvia Löhrmann hat sich nun kürzlich dafür entschieden, den runden Tisch im Herbst dieses Jahres wieder einzuberufen, um mit den Beteiligten erneut und auch grundsätzlich über G8 zu beraten. Wir lehnen weiterhin konsequent G8 mit seinen verheerenden Auswirkungen auf die Arbeitsbelastung der SchülerInnen ab und fordern daher den runden Tisch zu G8 auf, zum Abitur nach 13 Jahren zurückzukehren, um SchülerInnen wieder mehr Schulzeit zu geben und sie damit zu entlasten. Die NRWSPD muss dabei sicherstellen, dass es zu keinem erneuten Chaos an den Schulen kommt. Eine Rückkehr zum G9 muss gut geplant und mit genügend Zeit für die Umsetzung an den Schulen vor Ort erfolgen. Auch muss die Dominanz der Wirtschaftsverbände bei bildungspolitischen Entscheidungen wie bei denen des runden Tisches endlich ein Ende haben! Allerdings sind wir als NRW Jusos auch davon überzeugt, dass die derzeit durch G8 bestehende Attraktivität der Gesamtschulen weiterhin gewahrt werden muss. Nur eine gesellschaftliche Mehrheit für eine Schule für alle bringt uns unserem Bildungsideal ein Stück näher. Daher gilt es die Menschen in NRW durch gute Gesamtschulen von diesem Ideal zu überzeugen und ihnen die vielen Vorteile einer Schule für alle zu zeigen.

Wir sehen die Umsetzung dieser drei Forderungen durch eine zukünftige SPD-geführte Landesregierung in NRW als besonders wichtig an, um die Qualität der Schulen sowie die Bildungschancen aller SchülerInnen erheblich zu verbessern. Zudem muss gerade innerhalb unserer Mutterpartei das Thema Bildung wieder mehr Relevanz gewinnen, für die wir NRW Jusos uns einsetzen. Auch rufen wir durch die Umsetzung dieser drei Forderungen die NRWSPD auf, sich auf ihre sozialdemokratischen Wurzeln zu besinnen und endlich weitere Schritte auf dem Weg zu unserem Bildungsideal einer Schule für alle zu gehen – denn wir NRW Jusos sind davon überzeugt, dass wir nicht mehr, sondern gar keine Selektion mehr brauchen! Alle SchülerInnen müssen dieselben Chancen erhalten! Die NRWSPD muss im bildungspolitischen Bereich gerade mit dieser Grundüberzeugung entschlossen in den Wahlkampf treten.

² https://de.wikipedia.org/wiki/Bildungskommission_NRW

³ https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/KeKiz_WB_6_gruen_final.pdf

⁴ https://www.schulministerium.nrw.de/docs/Schulpolitik/G8/Empfehlungen_Runder_Tisch_03_11_2014.pdf

⁵ <http://www1.wdr.de/wissen/mensch/umfrage-turbo-abitur-100.html>

DEMOKRAT*INNEN BEISTEHEN – SOLIDARITÄT MIT UNSEREN SCHWESTERORGANISATIONEN

Seit Jahren kämpfen wir Seit an Seit mit unseren Genoss*innen der CHP Youth gegen die Autokratische Politik Erdogans und der AKP-Regierung. Wie sehr unsere Schwesterorganisation unter Repressionen durch den Staat leidet, wurde nach dem Putsch deutlich, als Genoss*innen vorgeworfen wurde, am Putsch beteiligt gewesen zu sein und deswegen festgenommen wurden.

Auch den Schwesterparteien CHP und HDP unserer Mutterpartei gilt unsere Solidarität für ein Miteinander in einer Pluralen Gesellschaft und gegen eine faschistische Politik. Während die CHP, als Partei von Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk, die türkische Sozialdemokratie und die Kemalist*innen repräsentiert, ist die pro-Kurdische HDP ein Zusammenschluss sozialistischer Verbände und vertritt den demokratischen Sozialismus in der Türkei.

Alle Organisationen stehen für linke weltoffene Politik. Sie setzen sich für mehr Minderheitenschutz ein und wollen den Dialogprozess voranbringen. Jedoch werden sie zunehmend von Seiten der Regierung aber auch deren Anhänger*innen angegriffen. So wurden zahlreichen türkischen Abgeordneten die Immunität entzogen, auch wurden Genoss*innen festgenommen, da sie den Präsidenten „beleidigt“ hätten. Des Weiteren wurden viele Parteihäuser angegriffen und zum Teil zerstört, gerade von der HDP.

Wir sprechen uns klar gegen Demokratie-Feinde in der Türkei aus und beobachten mit Sorge den voranschreitenden Demokratieabbau seitens der Regierung. Wir fordern aber auch unsere Genoss*innen der CHP dazu auf, verstärkt mit der HDP in Dialog zu treten und geschlossen als linke Alternative gegenüber der nationalistischen & fundamentalistische Politik der AKP, unterstützt von der faschistischen MHP, aufzutreten. Aus diesen Gründen solidarisieren wir uns mit unseren Schwesterorganisationen in der Türkei.

SOZIAL- UND ARBEITSMARKTPOLITIK

S 1	Kampf dem Union Busting!	101
S 2	Gesetzlicher Mindestlohn – Eine Erfolgsgeschichte weiterschreiben.....	102

S 1

KAMPF DEM UNION BUSTING!

Das vermehrte Aufkommen von „Union Busting“, einer organisierten Form des Be- und Verhinderns von Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben, lehnen die NRW Jusos ab. Zur Bekämpfung von Union Busting fordern die NRW Jusos folgenden Maßnahmenkatalog:

1. Mitbestimmungsmöglichkeiten für Betriebsräte, Schwerbehindertenvertretungen sowie Jugend- und Auszubildendenvertretungen auszuweiten.
2. Es ist zu überprüfen, ob die Erweiterung der Straftatbestände im Betriebsverfassungsgesetz, insbesondere die Einführung einer Versuchsstrafbarkeit und die Verfolgung der Straftaten auch ohne Strafantrag, sowie die Verschärfung der Strafbemessung angemessene Mittel zur Bekämpfung des „Union Busting“ darstellen.
3. Die Einrichtung einer staatsanwaltschaftlichen Schwerpunkteinheit zur Verfolgung von Straftaten gegen die Arbeit von Betriebsräten und Gewerkschaften im Betrieb.
4. Es ist zu überprüfen, ob die strafrechtliche Verfolgung von Seminar-Anbieter*innen, deren Seminare den alleinigen Zweck verfolgen, die Interessenvertretung von Arbeitnehmer*innen im Betrieb zu verhindern, eingeführt werden sollte.

GESETZLICHER MINDESTLOHN – EINE ERFOLGSGESCHICHTE WEITERSCHREIBEN

Der gesetzliche Mindestlohn ist die Erfolgsgeschichte sozialdemokratischer Regierungspolitik in dieser Legislaturperiode. Viele Millionen Menschen konnten dadurch ihre persönliche, wirtschaftliche Situation verbessern. Trotzdem muss jetzt an dem Gesetz weitergearbeitet werden, damit die Erfolgsgeschichte „gesetzlicher Mindestlohn“ weitergeschrieben werden kann.

Deshalb fordern wir:

1. Einen Mindestlohn, der alle Ausnahmen und Gesetzeslücken zur geringen Entlohnung ausschließt. Der Mindestlohn muss Niedrigstlöhnen endlich einen effektiven Riegel vorschieben!
2. Einen Mindestlohn, der Einkommensarmut, die auch volkswirtschaftlich schädlich ist, noch effektiver eingrenzt. Um dies zu erreichen, muss die Mindestlohnkommission ihre Aufgabe wahrnehmen, die gesamtwirtschaftliche Lage in die regelmäßige Erhöhung des Mindestlohns einzubeziehen. Zur Eingrenzung von Einkommensarmut in Deutschland braucht es dafür schnellstmöglich eine Erhöhung des Mindestlohns auf ein Niveau weit oberhalb der Grundversicherung, sodass ein gutes Leben auch im Alter möglich ist.
3. Feste Regelungen, die klarstellen, dass vertraglich bestehende Sonderzahlungen (wie Weihnachts- und Urlaubsgeld) nicht auf den Mindestlohn angerechnet werden dürfen. Der Mindestlohn muss auch hier zu einer klaren Aufwertung führen.
4. Eine gesetzliche Klarstellung und Stärkung der Behörden, die für die Kontrolle und Sanktionierung der Mindestlohngesetzgebung zuständig sind.
5. Ein Verbandsklagerecht, um die Rechte der Betroffenen gegen Missbrauch zu stärken.
6. Eine Stärkung der Tarifautonomie, damit Tariflöhne über dem Mindestlohn wieder zur Normalität werden.

WOHNEN, INFRASTRUKTUR UND MOBILITÄT

W 1	Bedarfsgerechter Wohnungsbau	105
W 2	Belebet den Leerstand!	108

BEDARFSGERECHTER WOHNUNGSBAU

Unser Bundesland setzt sich für ein preisangemessenes, bedarfsgerechtes, Ressourcen schonendes und inklusives Wohnangebot ein, welches sich an allen Bevölkerungsgruppen sowie den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen orientiert. Das erfordert die Entwicklung zeitnaher Lösungen, um der aktuellen Situation gerecht zu werden und gleichzeitig die Weichen so zu stellen, dass wir mittel- und langfristig ein zukunftsfähiges Wohnen in NRW ermöglichen.

Es ist wichtig, dass hierbei jede Kommune individuell anhand ihrer Bevölkerungsstruktur den Bedarf ermittelt und individuell Lösungsansätze findet, um den Bedürfnissen gerecht zu werden.

Daher fordern wir, dass Kommunen verpflichtet werden, nach der rechtlichen Umsetzung dieses Antrages und im weiteren Verlauf alle fünf Jahre ein Handlungskonzept bzw. Masterplan bezüglich der wohnbaupolitischen Ausrichtung zu erstellen.

Besondere Berücksichtigung sollen dabei folgende Handlungsfelder finden:

HANDLUNGSFELD SOZIALE WOHNRAUMVERSORGUNG

Wohnraum muss attraktiv sein. Ein Blick in die Kommunen gibt zu erkennen, dass die Mängelbeseitigung in einigen Fällen keine sinnvolle Option ist. Gerade der Bestand aus den 50er/60er/70er Jahren muss einer kritischen Prüfung unterzogen werden. Wir müssen uns die Frage stellen, ob unser Bestand im Hinblick auf energetische Faktoren noch zeitgemäß und auf Dauer bewohnbar ist. Hier ist eine Doppelstrategie von Nöten: Einerseits muss evaluiert werden, ob eine energetische Sanierung sinnvoll ist, andererseits muss auch in potenziellen Neubauten von Anfang an eine langfristige energetische Lösung verankert sein. Vorbild muss dabei das „Wiener-Modell“ sein, bei dem geförderter Wohnraum auch im Vergleich zum freien Wohnungsmarkt eine mindestens ebenbürtige Beschaffenheit bietet. Gerade attraktiver Wohnraum führt zu einer heterogenen Wohngemeinschaft. Zukunftsfähiges Wohnen bedeutet auch Investitionen zu tätigen, denn Zukunft gibt es nicht für Lau. Das heißt, es muss Schluss sein mit der Privatisierung des Wohnungsmarktes. Stattdessen brauchen wir eine Rekommunalisierungs-Offensive.

Ähnlich dem Wiener-Modell muss auch die Lage ansprechend sein. Das bedeutet zum einen, dass geförderter Wohnraum mit dem freien Wohnungsmarkt gut durchmischt sein muss, um die Entstehung von sozialen Brennpunkten zu verhindern. Zum anderen muss auch ein attraktives Wohnumfeld geschaffen werden, dass den Bewohnern gerecht wird und sich an deren Bedürfnissen orientiert. Bedarfsgerechter Wohnraum muss immer Hand in Hand mit einem bedarfsgerechten Wohnumfeld gehen. Des Weiteren begrüßen wir die jüngste Wohnbauoffensive der Landesregierung. Wir müssen aber auch darauf hinweisen, dass es bei all den bereit gestellten Fördermitteln und Fördermaßnahmen, wichtig ist, dass die Kommunen diese auch ausschöpfen. Es muss eine verstärkte Evaluation von Fördermitteln erfolgen.

Für uns steht allerdings auch fest, dass die Wohnbauoffensive der Landesregierung alleine nicht ausreicht. Schließlich liegt die Zahl der benötigten Sozialwohnungen noch immer deutlich hinter der Zahl der Neubauten. Deswegen sehen wir vor allem den Bund in der Pflicht, die Mittel für sozialen Wohnungsbau deutlich aufzustocken. Anhand der Entwicklung der Mietpreise wird deutlich, dass in erster Linie günstiger öffentlicher Wohnraum benötigt wird. Solange private Investor*innen in dem bisherigen Maße in die Verantwortung gezogen werden, kann es keine merklichen Verbesserungen bei den Mietpreisen geben, zumal die Mietpreisbremse bisher leider ohne Wirkung bleibt. Private Investor*innen haben in den vergangenen Jahren hohe Profite alleine über Mietpreissteigerungen erzielt. Überlässt man nun den Neubau wieder in hohem Maße privaten Investor*innen, werden diese ausschließlich in höherpreisigen Marktsegmenten bauen, da sich ansonsten das Modell der Mietpreissteigerungen zerschlagen würde.

HANDLUNGSFELD JUNGES WOHNEN

Studierende

Die Zahl der Studierenden steigt stetig. Dies führt zu einer Veränderung der Qualität von Haushalten, was dazu führt, dass die Zahl der Singlehaushalte in den letzten Jahren rapide angestiegen ist. Darüber hinaus sehen wir den immer steigenden Zuzug von Studierenden in einzelne Städte aus dem eine schwierige Wohnsituation resultiert. Gerade öffentlich geförderte Wohnungen sind eine adäquate Möglichkeit um preisgebundenen und/oder mietgeminderten Wohnraum zu schaffen. Hier ist es wichtig gerade mehr Single-Wohnungen zu schaffen, die trotz ihrer kleineren Größe genug Privatsphäre bieten. Darüber hinaus ist auch WG-taugliche Beschaffenheit für Studierende eine Notwendigkeit, worauf Kommunen verstärkt achten müssen. Eine weitere wichtige Rolle spielt auch das Studierendenleben. Hierbei kann man das sog. „Studidorf“ in Bochum als Vorbild nehmen, um ein Studierendenleben zu fördern und entstehen lassen zu können. Hierbei muss neben der räumlichen Nähe von Studierenden auch genug Platz für Entfaltung in Form öffentlicher Plätze geschaffen werden.

Azubis

Des Weiteren muss die Lage von Auszubildenden in einem Handlungskonzept berücksichtigt werden. Die Annahme, dass Auszubildende im Elternhaus wohnen bleiben und parallel ihrer Tätigkeit nachgehen ist veraltet. Gerade hier müssen Kommunen reagieren und bei Bedarf Auszubildendenwerke schaffen, die Azubiwohnheime und Beratungsangebote für junge Menschen anbieten. Insbesondere die geringe Entlohnung Auszubildender muss bei der Konzeption von Wohnheimen berücksichtigt werden und darf nicht dazu führen, dass eine eigene Wohnung oder ein eigenes WG-Zimmer von dem individuellen finanziellen Hintergrund der Auszubildenden abhängt. Darüber hinaus sind die gleichen Rahmenbedingungen wie bei Studierenden zu beachten, was die Entfaltung und räumliche Nähe angeht. Es muss auch ein Azubileben geschaffen werden.

Familienfreundlichkeit

Auch Familien müssen in Städten adäquaten Wohnraum finden. Das bedeutet Größe, Preis und Umfeld müssen besonders berücksichtigt werden. Ebenfalls muss auch die Ausrichtung der Wohneinheiten dabei kinderfreundlich sein. Eine gute Anbindung an Angeboten zur Kinderbetreuung, Schulen und bspw. Spielplätzen ist nur ein wichtiger Faktor. Es müssen auch Modelle wie Mehrgenerationenhäuser in Betracht gezogen und stärker gefördert werden. Eine weitere Gruppe die besonders berücksichtigt werden muss, ist die der Alleinerziehenden, deren Anzahl in den letzten Jahren in NRW weiterhin gestiegen ist. Gerade hier ist es wichtig die genannten Faktoren wie Anbindung an Kindertagesstätten, Schulen etc. und Preisangemessenheit zu fokussieren, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachhaltig zu gewährleisten. Es müssen kurze Weg und auch passende Betreuungsmodelle, die in dem Wohnkonzept integriert sind ausgearbeitet werden.

HANDLUNGSFELD SELBSTBESTIMMTES WOHNEN

Menschen mit Behinderungen

In Deutschland gelten knapp 10 Millionen Menschen als behindert, wovon 75% als schwerbehindert eingestuft werden. Die UN-Behindertenrechtskonvention formuliert, dass Behinderungen nicht an den Menschen festzumachen sind, sondern Ergebnisse von Beeinträchtigungen durch Barrieren sind. Hier müssen wir anknüpfen und Kommunen den besonderen Bedarf erfüllen und den inklusiven Gedanken weiter vorantreiben lassen. Das bedeutet im wohnbaulichen Kontext, dass Barrierefreiheit ein grundlegendes Prinzip für die Ausrichtung von Kommunen sein muss. Gleichzeitig muss, ähnlichen wie bei Familien, auch ein adäquates Betreuungs- und Beratungsangebot in dem Wohnraumkonzept verankert sein. Der inklusive Gedanke verlangt auch, dass auch hier eine heterogene Wohngemeinschaft entstehen muss.

Geflüchtete

Auch den neuen Menschen in unserem Land muss passender Wohnraum geboten werden.

Integration fordert Kontakt und Kontakt fordert Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Das wiederum fordert die Nähe zu gesellschaftlichen bzw. sozialen Knotenpunkten d.h. Zentrumsnähe. Darüber hinaus müssen wir auch hier eine heterogene Wohngemeinschaft schaffen, um den Kontakt zueinander zu gewährleisten, sodass auch ein Miteinander entsteht. Konkret bedeutet das für die Kommunen, dass auch hier die Schaffung von sozialen Brennpunkten sowie eine Gentrifizierung verhindert werden muss.

Senioren

Wir sehen demographisch bedingt auch bei den älteren Bürger*innen Handlungsbedarf. Die zentrale Aufgabe für uns ist es, ein selbstbestimmtes Wohnen in eigenen Räumen -so lange wie gewollt- zu ermöglichen und anzubieten. Die Barrierefreiheit spielt dabei eine große Rolle. Gerade der inklusive Gedanke macht es notwendig, die dementsprechenden Vorkehrungen zu treffen, um ein altersgerechtes Wohnen zu gewährleisten. Gleichzeitig ist darauf zu achten, dass die Größe von Wohneinheiten sowie der Preis angepasst werden. Hier sind ebenfalls verschiedene Varianten des betreuten Wohnens zu beachten: Es muss zwischen einem „Basisservice“ (v.a. Hausmeister, Notrufservice) und „optionalen Wahlservice“ (insb. Pflegeleistungen) unterschieden werden. Es muss versucht werden so viele Varianten wie möglich anzubieten, sodass ein selbstbestimmtes Wohnen möglich ist, das eine punktuelle Betreuung bei Bedarf beinhalten kann.

BELEBET DEN LEERSTAND!

In beinahe allen Stadtzentren des Landes bietet sich in den vergangenen Jahren ein ähnliches Bild: In den ehemals lebendigen und erfolgreichen Innenstädte finden sich zunehmend leere Schaufenster und unvermietete Ladenlokale. Dieser Leerstand der Innenstädte kann als Problem gesehen werden - oder als Chance auf Veränderung! Politik und Verwaltung sind aufgefordert die Ansiedlung von jungen, kreativen Projekten, Start-Ups und kulturellen Angeboten durch die Schaffung eines Leerstandsmanagement zu fördern. Die bürokratischen und finanziellen Hürden bei der (Zwischen-)Nutzung – insbesondere bezogen auf städtische Liegenschaften - sind so niedrig wie möglich zu halten.

WIE ENTSTEHT LEERSTAND?

Der demographische Wandel geht Hand in Hand mit einem wirtschaftlichen Wandel: Nicht nur junge, sondern Menschen aller Altersklassen kaufen mit immer noch steigender Tendenz im Internet, statt klassisch im lokalen Einzelhandel der Stadtzentren. Diese wiederum werden in den letzten Jahren eher vom Bau großer Einkaufszentren geprägt, die ein großes Angebot auf vergleichsweise kleiner Fläche bieten. Die außerhalb dieser Shopping-Malls gelegenen Einzelhändler können oft mit den Preisen und der Angebotsvielfalt dieser Zentren nicht mithalten; zudem fehlt die Laufkundschaft. Es folgt ein „Trading down“-Prozess: Leerstand führt zu sinkender Kundenfrequenz, was zu noch mehr Leerstand führt. Teils findet sich auch ein „induzierter Leerstand“ durch das Wegbrechen großer Ankermieter. In großen Städten findet sich hingegen teils ein von finanziellen Einzelinteressen geprägter Leerstand: Lokalitäten, die nicht zu einem erwarteten Mietniveau auf den Markt gebracht werden können, werden lieber leer stehen gelassen, als sie „unter Wert“ zu vermieten.

Die Folge: Deprimierende Ansichten blanker Schaufenster, der Wegfall sozialer Kontrolle durch Publikumsverkehr (mit der der Entwicklung von „Angsträumen“ als Folge), Zerfall von ungenutzter und nicht renovierter Bausubstanz. Diese Prozesse können als „gegebene Umstände“ bejammert werden. Oder: Politik Verwaltung und BürgerInnen sehen und nutzen die sich bietenden Chancen zur Stadtgestaltung.

Abgesehen vom beschriebenen Leerstand in Ladenlokalen zeigt sich auch ein gewollter Leerstand von Wohnflächen. Hier ist politisch einzuschreiten, wenn ein hohes öffentliches Interesse an der Umsetzung der angedachten Nutzung als Wohnraum besteht. Denn die Bekämpfung vom Leerstand ist nicht nur ein gesellschaftliches Anliegen, Immobilien verkommen zu lassen oder Grundstücke brachliegen zu lassen verstößt gegen das Grundgesetz. § 14 Absatz 2 des Grundgesetzes: ‘(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.’. Hier darf Politik nicht einfach nur zuschauen. Eigentum verpflichtet, egal wo!

WAS IST LEERSTANDSMANAGEMENT UND WER IST DAFÜR VERANTWORTLICH?

Leerstandsmanagement beschreibt in unseren Augen den bewussten und zielgerichteten Umgang mit leerstehenden Immobilien mit dem Ziel der sinnvollen und sozialverträglichen Nutzung dieser. Hauptaufgaben des Leerstandsmanagements sind Analyse und Katalogisierung des vorhandenen Leerstands, sowie die Erforschung der Ursachen und Folgen der Leerstandsproblematik. Aufbauend auf die ständig zu aktualisierende Bestandsaufnahme folgt eine auf einzelne Objekte oder Quartiere zugeschnittene Ermittlung des Handlungsbedarfs zur Verbesserung der Situation. Gemeinsam mit Akteuren vor Ort sollen neue Nutzungsmöglichkeiten erarbeitete und partnerschaftlich umgesetzt werden.

Je nach Organisation der Stadtverwaltung sowie den genauen Zielen des lokalen Leerstandsmanagements kann die Aufgabe beispielsweise im Stadtmarketing, in der kommunalen Wirtschaftsförderung oder den Stadtentwicklungsorganen angesiedelt sein.

WELCHE VORTEILE HAT EINE ZWISCHENNUTZUNG?

Zwischennutzung bewirkt eine Belebung und soziale Kontrolle; Vandalismusschäden, Müllablagerungen und „Angsträume“ werden reduziert. Zwischennutzung wirkt dem bei Leerstand entstehenden Verfall der Bausubstanz (wie dem von Wasserver- und Entsorgungsleitungen) entgegen; die Infrastruktur kann durch temporäre Weiternutzung gesichert und für eine Nachnutzung erhalten werden.

Doch auch auf anderen Ebenen weist die Zwischennutzung leerstehender Gebäude Vorteile auf: Durch den Wegfall finanzieller Barrieren können junge, kreative Projekte Ideen umsetzen, die sich sonst nicht in Innenstädten wiederfinden – und gestalten dabei die Stadt sichtbar mit. Diese Art der Kulturarbeit ist bürgerschaftliches Engagement in Reinform: Bürger*Innen nehmenden Stab des Handelns selbst in die Hand und erschaffen, was ihnen fehlt. Politik und Verwaltung müssen diese Entwicklung als wirkliche Chance auf Veränderung begreifen, wertschätzen und unterstützen.

Die Wandlung der Stadtzentren von reinen Einkaufs- und Dienstleistungszentren hin zu lebendigen, kulturell aufgewerteten Gegenden geht mit einer veränderten Wahrnehmung der Innenstadt als öffentlichen Lebensraum einher. Sie induziert ein Mehr an sozialer Kontrolle, eine Erhöhung des Sicherheitsgefühls und potentiell auch einen Rückgang von Vandalismus und öffentlichem Zerfall. Ein gut geplantes und umgesetztes Leerstandsmanagement kann frühere Versäumnisse in Stadtplanung aufarbeiten sowie Trostlosigkeit und Lücken in der Stadtgestaltung bekämpfen

WAS FÜR NUTZUNGSMÖGLICHKEITEN GIBT ES?

Wir legen unseren Fokus zwar auf die Belebung von Leerstand in Stadtzentren, aber sowohl dort als auch in peripheren Stadtgebieten sind nicht alle Lokalitäten für jede Art der Nutzung geeignet. Ebenso ist nicht jeder Leerstand für die Nutzung als Wohnraum geeignet. Professionelles Leerstandsmanagement differenziert daher sowohl zwischen kurz- und langfristiger Nutzung als auch zwischen kommerzieller, kultureller und sozialer Nutzung. Kommerzielle und (sozio-)kulturelle Nutzung können kurz- oder mittelfristig angelegte Interimslösungen sein; soziale Nutzung (also die Umwandlung in Wohnraum) ist nur bei langfristiger Perspektive sinnvoll – sie bedingt meist bauliche Veränderungen. Raum für kulturelle Projekte und Einrichtungen sowie Experimentierräume für Start-Ups, Popup-Stores oder gastronomische Angebote („ruin bars“) kommen meist ohne größere bauliche Intervention aus; teils sind die Unvollkommenheit und der „Charme des Temporären“ geradezu Magnet für Nutzergruppen.

BESETZUNG LEGALISIEREN!

Immer wieder wird Leerstand so lange ungenutzt gelassen, bis es von Menschen besetzt wird. In der Regel folgen dann Räumungsklagen und die Immobilie bleibt weiterhin ungenutzt. Im besten Fall hat die Besetzung eine solche öffentliche Diskussion angeregt, dass der oder die Eigentümer*in unter Druck gesetzt wurde. Wir fordern daher die Legalisierung der Nutzung von länger bestehendem Leerstand auch ohne explizite Einwilligung des Eigentümers bzw. der Eigentümerin. Dabei muss die Immobilie vorher einen längeren Zeitraum ungenutzt gewesen sein und dem Eigentümer / der Eigentümerin darf kein finanzieller Schaden entstehen, laufende Kosten und Reparaturen müssen also von den Nutzer*innen gezahlt werden. Wenn der Eigentümer oder die Eigentümerin eine beabsichtigte Weiternutzung nachweisen kann, kann den Bewohner*innen binnen einer Frist gekündigt werden. Dabei wollen wir uns an bestehende europäische Modelle anlehnen.

WAS MÜSSEN POLITIK UND VERWALTUNG TUN?

Die Konzeption der konkreten, auf die jeweiligen Umstände vor Ort zugeschnittenen Ziele und die folgende Einrichtung einer Stelle bzw. einer/s Beauftragten in Stadtmarketing, in der kommunalen Wirtschaftsförderung oder den Stadtentwicklungsorganen steht am Beginn. Dafür und für die erfolgreiche Arbeit des Leerstandsmanagements ist eine unterstützende Kultur in Politik und Verwaltung sowie die Bereitschaft für nicht unmittelbar gewinnbringende Investitionen unabdingbar.

Bei der Katalogisierung des vorhandenen Leerstands sind Politik und Verwaltung in mehrfacher Hinsicht gefragt: Es müssen vorhandenen Kataster zur Verfügung gestellt und ausgeschöpft werden; die Stadt muss Bereitschaft dazu zeigen, städtische Liegenschaften zur Verfügung zu stellen. Zudem

sollen bestehende Kooperationen im Immobilienmanagement ausgebaut werden, sodass Eigentümer der Gebäude und Freiflächen (Privatpersonen, Firmen, Erbengemeinschaften, Banken, Immobiliengesellschaften) an einen Tisch gebracht werden können.

Teils wird eine ordnungsrechtliche Handhabe für die Zwischennutzung entwickelt werden. Dazu muss unter anderem bedacht werden, wie mit dem Konflikt zwischen den legitimen finanziellen Interessen von Vermietern und dem öffentlichen Interesse an sozial verträglicher Zwischennutzung beispielsweise benachbarter Gebäude umgegangen werden kann. Wichtig ist: Ein „Zweiter Mietmarkt“, bei dem an dem bestehenden privaten und halböffentlichen Mietmarkt vorbei ein von vornherein bevorteilter Parallelmarkt mit nicht kompetitiver Preisgestaltung entsteht, muss verhindert werden. Eher ist es Verständnis des Leerstandsmanagement, Vermieter und Mietsuchende zusammenzubringen und gemeinsam den Leerstand zu bekämpfen.

INITIATIVANTRÄGE

INI 1	Wir sind die stärkste der Parteien - Anforderungen der NRW Jusos ans Wahlprogramm der NRWSPD	112
-------	---	-----

WIR SIND DIE STÄRKSTE DER PARTEIEN

ANFORDERUNGEN DER NRW JUSOS ANS WAHLPROGRAMM DER NRWSPD

Die Landtagswahl 2017 in Nordrhein-Westfalen findet in aufgewühlten Zeiten und vor dem Hintergrund einer tiefen Vertrauenskrise in die etablierten Parteien statt. Auch in NRW werden wir uns mit den gefährlichen Umtrieben der Extremen Rechten beschäftigen müssen und alles daran setzen diese aus dem Landtag fern zu halten.

Auch die SPD steht vor der Herausforderung, sich mit der Vertrauenskrise im politischen System auseinandersetzen zu müssen. Allerdings können wir mit Hannelore Kraft eine stark Kandidatin ins Feld führen, die bereit ist, klare Kante zu zeigen. Aufbauend auf den letzten fünf Jahren werden wir einen konsequenten Gegenentwurf zur Politik der Ausgrenzung und gesellschaftlichen Spaltung formulieren. Insbesondere die Wahlen in Rheinland-Pfalz und Berlin haben gezeigt, dass wir uns keinesfalls das rechte Vokabular zu eigen machen und auf den rechten Zug aufspringen dürfen. Wir können mit Hannelore Kraft eine starke Kandidatin ins Felde führen, müssen aber zeitgleich mit einem konsequenten Gegenentwurf zur Politik der GroKo aufwarten. Zudem dürfen wir uns keinesfalls das rechte Vokabular zu eigen machen und auf den rechten Zug aufspringen. Wir müssen Haltung zeigen und bewahren. Und diese Haltung kann nur in der häufig beschworenen „sozialen Gerechtigkeit“ liegen. Wir wollen nicht nur kein Kind zurücklassen, wir wollen keinen Menschen zurück lassen. Das haben wir in den letzten Jahren klar gemacht.

Zwei Jahre lang haben wir unermüdlich unsere Kampagne „Zukunft gibt's nicht für lau“ weiterentwickelt und vorangetrieben. Wir sind damit auch in der NRWSPD durchgedrungen. Dies war nicht zuletzt auf dem Landesparteitag erkennbar, wo nicht nur unser Kampagnentitel mehrfach zu hören war, sondern auch unsere Forderung nach einem Azubi-Ticket Gehör fand und nun ins Wahlprogramm aufgenommen wird. Zusammen mit dem Azubi-Ticket wollen wir allen jungen Menschen eine Garantie auf eine Ausbildung schaffen. Besonders die Privatwirtschaft und öffentliche ArbeitgeberInnen sind in der Verantwortung, endlich genügend duale Ausbildungsplätze zu schaffen. Die freiwilligen Selbstverpflichtungen im "Ausbildungskonsens" etc. haben uns leider keinen großen Schritt weiter gebracht. Wenn die Wirtschaft junge Menschen ohne Ausbildung nicht selbst zu den dringend benötigten "Fachkräften von morgen" ausbildet, muss sie hier auf das Gemeinwohl verpflichtet werden. Wir brauchen eine funktionierende Ausbildungsumlage, wenn sich nicht zeitnah andere Lösungen finden! Es war und ist klar erkennbar, dass wir NRW Jusos mit unseren zahlreichen Expertinnen und Experten aus den verschiedensten Themen sehr gut aufgestellt sind. Auch unser breit aufgestellter Antrag wird einen wichtigen Part in der weiteren Entwicklung des Wahlprogramms spielen. Daran ist erkennbar, dass wir mit unserer Analyse genau richtig liegen und eine der treibenden inhaltlichen Kräfte innerhalb der Partei sind. Dies wollen wir weiterhin sein und werden daher sehr genau beobachten wie der weitere Programmprozess verläuft. Wir stellen Forderungen auf, die gut begründet sind und unsere Partei attraktiv machen. Nicht nur, aber auch für junge Menschen und Familien.

Für diese sind Zukunftsperspektiven ein, wenn nicht das, entscheidende Kriterium. Das beginnt mit bezahlbarem Wohnraum, mit kostenfreier Bildung in der KiTa, einer guten Schulbildung, führt über eine Ausbildungsplatzgarantie, ein gutes und kostenfreies Studium zu guter Arbeit und endet nicht bei der Ausfinanzierung von Kultur und einer modernen und zukunftsfähigen Infrastruktur.

Dies alles ist nicht mit einem blinden Festhalten an der Schwarzen Null möglich, sondern mit einer gezielten Bekämpfung von Steuerflucht und einer Verbesserung der Einnahmenseite durch eine sozial gerechte Steuerpolitik. Dann lassen sich auch Investitionen bewerkstelligen. Dazu gehören Investitionen in die Bildung, in die Mobilität und in die Daseinsvorsorge. Wir wollen ein funktionierendes Bahnnetz und gute Straßen. Wir wollen hervorragende Bildungsmöglichkeiten in gut ausgestattete Kitas, Schulen und Hochschulen. Wir wollen eine gute Grundversorgung mit Energie und Wasser, genauso wie mit Kultur, Freiräumen und Gesundheit.

Wenn die Inhalte stimmen, werden wir NRW Jusos wie gewohnt einen fantastischen Wahlkampf auf die Beine stellen. Auf der Straße und im Netz. Und werden somit dafür sorgen, dass die NRWSPD auch in der nächsten Legislatur die bestimmende Kraft in diesem Land bleibt und eine GroKo in NRW nicht notwendig wird.

Nach einer langen und intensiven Beschäftigung sind für uns folgende Punkte zentral:

» **Das Azubi-Ticket**

Vergleichbar mit dem Studierenden-Ticket wollen wir für alle Auszubildende ein kostengünstiges Angebot schaffen, um durch NRW zu fahren.

» **Ausbildungsplatzgarantie mit der Perspektive einer Ausbildungsumlage**

Zusammen mit dem Azubi-Ticket wollen wir allen jungen Menschen eine Garantie auf eine, bestenfalls duale, Ausbildung schaffen.

» **Ausbau des Bildungsurlaubs für Azubis**

Genauso wie alle ArbeitnehmerInnen verdienen auch Auszubildende das Anrecht auf fünf Tage Bildungsurlaub pro Jahr. Den bisherigen Azubi-Anspruch von fünf Tagen Bildungsurlaub in der gesamten Ausbildung müssen wir dringend aufstocken.

» **Master-Garantie**

Jene Studierende, die einen Bachelor erreicht haben, soll die Möglichkeit gegeben werden auch einen Master zu erarbeiten.

» **Wohnraum für junge Menschen schaffen**

In den Hochschulstädten ist die Wohnsituation teilweise immer noch katastrophal. Hier muss dringend in mehr günstigen Wohnraum investiert werden. Zusätzlich muss es aber auch günstigen Wohnraum für Auszubildende geben. Azubiwohnheime gehen da genau in die richtige Richtung.

» **Abschaffung von Drittmitteln**

Der Einfluss von Unternehmen auf Lehre und Forschung ist in den letzten Jahren immer größer geworden. Der Wissenschaftsbetrieb darf aber nicht an den Geldhähnen der Wirtschaft hängen, sondern muss frei von wirtschaftlichem Druck arbeiten können.

» **Anerkennung internationaler Abschlüsse**

NRW ist ein offenes Land. Dies muss sich auch an den Hochschulen widerspiegeln durch die Anerkennung anderer Abschlüsse.

» **Demokratisierung der Hochschulen**

Nicht Hochschulräte sollten die maßgeblichen BestimmerInnen sein, sondern die an der Hochschule mitwirkenden Akteure. Darunter selbstverständlich auch die Studierenden, die noch immer das kleinste Rad am Wagen sind.

» **Gebührenfreier Meister**

Nach einer guten Ausbildung muss die Möglichkeit für alle bestehen einen Meister zu machen. Dies darf nicht am Geldbeutel scheitern.

» **Adoptionsrecht für Homosexuelle**

Nicht sexuelle Identität darf über die Möglichkeit zur Adoption entscheiden.

» **Ehe für alle**

Das althergebrachte Ehe-Konzept ist nicht mehr zeitgemäß. Den unterschiedlichsten Familienkonzepten muss endlich Rechnung getragen werden.

» **Polizeikennzeichnung**

Wir halten weiter an der Polizeikennzeichnung fest und treten entschieden gegen Bodycams ein.

» **Menschenrechtserziehung in Polizeiausbildung**

Damit die Polizei ein verlässlicher Partner wird, muss eine Ausbildung dringlich die Menschenrechte mit aufnehmen.

» **Beratungsstellen gegen rechts absichern, zivilgesellschaftliches Engagement fördern**

Die (mobilen) Beratungsstellen und AussteigerInnenprogramme leisten in ganz NRW hervorragende Arbeit, die konsequent und dauerhaft abgesichert sein muss. Die demokratisch aktive Zivilgesellschaft muss in ihrer Arbeit gegen Rechts unterstützt werden.

» **Erasmus ausbauen**

Wir fordern ein Erasmus-Programm für alle, sodass auch SchülerInnen weiterführender Schulen und Auszubildenden die Möglichkeit gegeben wird, sich über Auslandsaufenthalte zu bilden.

- » **Erhöhung der Mittel des Landesjugendplans**
Zusammen mit unserem engen Bündnispartner, den Falken, fordern wir eine sofortige Erhöhung der Mittel um 20 Prozent und eine kontinuierliche jährliche Anpassung in Höhe der Kostensteigerung.
- » **Förderung von Unternehmensgründungen**
Wir wollen junge Menschen befähigen und fördern, Unternehmen zu gründen. Sollte der Erfolg ausbleiben, werden wir diese mutigen Menschen nicht fallen lassen. Scheitern ist keine Schande, weshalb wir die Kultur der „einmaligen Chance“ beerdigen wollen.
- » **Ausbau „neuer“ Mobilitätskonzepte**
Es bleibt dabei: Wir brauchen mehr ÖPNV, mehr Fahrrad- und Fußwege, sowie E-Mobilität. Wir wollen langfristig Mobilität fahrschein- und kostenlos gestalten.
- » **Ausbau der digitalen Infrastruktur**
Unabhängig von Geldbeutel und Wohnort muss ein schneller Zugang in die digitale Welt vorhanden sein.
- » **Qualität von Bildung erhöhen**
Wir fordern klare und verbindliche Qualitätsansprüche sowie weitere Weichenstellungen für mehr LehrerInnen und AusbilderInnen. Hinzu kommt der flächendeckende Ausbau qualitativ hochwertiger Sprachförderung.
- » **Bildung gibt's auch für lau: Gebührenfreie Kita!**
Bildung muss gebührenfrei sein! Was in Schule und Hochschule schon Realität ist, muss auch bei den ganz Kleinen der Fall werden. Wir fordern gebührenfreie Kitaplätze in allen Kommunen für jedes Alter.
- » **Kultur fördern**
Wir brauchen eine aktivierende staatliche Kulturförderung, sodass prekäre Beschäftigungen im Kulturbetrieb der Vergangenheit angehört. Wir fordern ferner eine angemessene Freistellung aller ArbeitnehmerInnen für kulturellen Bildungsurlaub und pro Jahr mindestens vier eintrittsfreie Tage in Kulturstätten
- » **Gewinnorientierung raus aus der Gesundheit**
Wir fordern die Übertragung aller Krankenhäuser in öffentliche Hand und die Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin.
- » **Wahlalter auf 16 Jahre senken**
Junge Menschen sollen, wie auf der kommunalen Ebene, die Möglichkeit haben mit 16 Jahren ihr Wahlrecht wahrzunehmen.

Dies sind nur einige Punkte, die wir im Wahlprogramm für die Landtagswahl verankern wollen. Wir sind der festen Überzeugung, dass ein so gestaltetes Programm der NRWSPD sehr gut zu Gesicht stehen würde und der Realität Rechnung trägt. Wir wollen in einem weltoffenen NRW mit guten Startbedingungen für alle, egal ob aus dem Ruhrgebiet oder dem Rheinland, aus dem Münsterland, dem Sauerland oder aus Ostwestfalen, leben und den nachfolgenden Menschen die Vielfalt und Gestaltungsmöglichkeiten dieses wunderschönen Landes erhalten und verbessern.